

DIE ZUKUNFT VON NRW.

DIE KRAFT DER SPD.



PROTOKOLL.

**7. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG, 25. JUNI 1983,
DUISBURG, MERCATORHALLE.**

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Eröffnung und Begrüßung	5
2. Grußworte	9
3. Grußansprache	13
4. Konstituierung des 7. ordentlichen Landesparteitages	17
5. Beschlußfassung über a) Tagesordnung b) Geschäftsordnung	18
6. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau	20
7. Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Karl Josef Denzer	32
8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach	37
9. Bericht der Kontrollkommission Hans Kalkbrenner	40
10. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten a) Grundsatzreferat b) 7., 8. und 9.	42
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission	51
12. Behandlung der Anträge	52
13. Wahlen a) des Landesvorsitzenden b) der stellvertretenden Vorsitzenden c) der Beisitzer d) der Landeskontrollkommission e) eines Mitgliedes des Parteirates	106
14. Schlußwort	113

Vor Beginn des 7. Ordentlichen Landesparteitages sang und spielte die chilenische Folkloregruppe ARAUCARIA, die

sich mit ihrem Auftritt verabschiedete, um nach langen Jahren im Exil wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

10.15 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung

Antje Huber, MdB,
stellvertretende
Landesvorsitzende
der SPD in NRW



"Liebe Genossinnen und Genossen,

zu allererst wollen wir unseren chilenischen Freunden für die Musik danken. Sie sind zehn Jahre im Exil in der Bundesrepublik gewesen und werden jetzt in ihre Heimat zurückkehren.

Sie haben auch auf dem Nordrhein-Westfalen-Tag in Dortmund für uns gespielt. Wir wünschen ihnen alles Gute. Sie sind sicherlich auch froh, daß wir heute eine Chile-Entschließung verabschieden werden. Wir möchten sie bitten, noch ein Abschiedslied für uns zu spielen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nordrhein-Westfalen steht insbesondere nach der Wende in Bonn heute unter einem doppelten Anspruch, nämlich einmal die Probleme unseres Landes offen zu diskutieren und zum anderen, die SPD als die tragende politische Kraft dieses Landes zu präsentieren. Beides zugleich kann nur gelingen, wenn der Ernst der augenblicklichen Situation ohne Resignation erörtert wird und der notwendige Disput ohne Verletzung erfolgt. Ebenso wie die jeweils diskutierte wichtige Sache wird in der Öffentlichkeit auch verfolgt, ob wir als Volksvertreter uns in der Debatte so verhalten, wie wir das in unseren Sonntagsartikeln beschreiben. Das ist jetzt besonders wichtig und könnte für die Auseinandersetzungen der kommenden Monate in Fragen der politischen Diskussion Maßstäbe setzen.

Hier geht es heute um die Angelegenheiten des größten Bundeslandes, dem allerdings in Bonn nun ein schwieriger Verhandlungspartner gegenübersteht, der die wachsenden Nöte des Reviers zum Beispiel, aber nicht nur des Reviers, erst wirklich registriert, wenn Staatsverdrossenheit infolge des ungeschaffenen Aufschwungs sich über seine Grenzen ausbreitet.

Wir können, jenseits aller kleinlichen parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten, die neue Bundesregierung nur warnen, es sich mit dem marktwirtschaftlichen Konzept nicht zu bequem zu machen und nicht Regionen verkommen zu lassen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für uns alle den Aufschwung gebracht und lange Jahre für viele die Lasten mitgetragen haben.

Nordrhein-Westfalen hat jahrelang auch für nationale Interessen gezahlt, ohne daß dieses öffentlich honoriert worden

wäre. Unser Land kann jetzt mangels Steuern und weiterer Kreditmöglichkeiten viele Wünsche nicht erfüllen.

Neben dieser nüchternen Betrachtung aber, die man jetzt in den Vordergrund stellen muß, sollten unsere Worte und Taten auf eine Zukunft weisen, die falsche und manchmal auch verständliche Ansprüche abweist, aber die lebenswichtigen Hoffnungen als erfüllbar glaubhaft macht: zum Beispiel am Arbeitsplatz, im Bildungsbereich, im Sozialbereich und im Umweltschutz.

Ich bin überzeugt davon, daß das unsere Beratungen heute leiten wird, ohne daß wir in eine kleinliche Haushaltsberatung über Einzelpunkte des Etats abgleiten.

Es wird Zeit, daß wir merken in unserer Partei, daß wir uns nicht monatelang um ein einziges Thema kümmern dürfen, sondern daß den Bürger auch noch andere Sorgen drücken und daß er uns in unserer Kompetenz daran mißt, wann und wie wir Aussagen zu diesen Themen treffen.

Nordrhein-Westfalen ist zur Zeit das einzige große Bundesland, in dem die SPD regiert, die einzige große Bastion der SPD.

Man schaut auf uns bundesweit mehr als früher und besonders mit dem Blick auf die Wahljahre 1984 und 1985. Wir, die nordrhein-westfälische SPD, nehmen die Herausforderung an und versprechen, mehr als unsere Pflicht zu tun. Aber wir erwarten auch von den Parteimitgliedern in den anderen Regionen und insbesondere von unseren Mandatsträgern in Bonn und in den anderen Ländern, daß sie uns in den hart bedrängenden nationalen Fragen wie Kohle und Stahl nicht lokalpatriotisch im Stich lassen und dann gespannt 1985 vor dem Fernsehschirm sitzen um festzustellen, ob Johannes Rau es wieder schafft!

Mancher Fortschritt, liebe Genossinnen, liebe Genossen, ist heute nicht mit Geld zu kaufen. Er wird aber möglich durch Solidarität - und das ist eine alte Tradition der SPD, übrigens eine, die man nicht mit Geld bezahlen kann.

Was Bonn betrifft, so ist Oppositionspolitik sicher schwierig. Das wissen wir. Aber sie gewinnt ihre Stärke dort, wo sie Ängste und Nöte der Bevölkerung ausdrückt, an denen man nur bei Strafe zukünftiger Massenverarmung vorbeisehen kann. Wir haben immerhin in besseren Zeiten 20 Milliarden DM an andere Län-

der abgegeben. Jetzt fordern wir die umgekehrte Solidarität für ein Land, das mit seinen Potentialen und mit seiner Entwicklung sich sehen lassen kann, auch wenn etliche Märkte jetzt schwierig sind.

Die politische Verantwortung der SPD hat dieses Land seit Jahren geprägt. Sie ist das Fundament, auf das der Bürger sich auch und gerade in harten Zeiten verlassen kann. Dies vor allem muß unser Parteitag hier deutlich machen.



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir freuen uns, daß wir eine Reihe von Gästen unter uns haben.

Wir wollen sie herzlich begrüßen.

Wir erwarten auch noch Willy Brandt, der zu uns sprechen wird.

Zunächst begrüßen wir den Oberbürgermeister dieser Stadt, unseren Freund Josef Krings.

Wir begrüßen unseren früheren Regierungschef Heinz Kühn.

Von der Spitze der Bundestagsfraktion ist Anke Fuchs unter uns. Horst Ehmke hat sein Kommen angekündigt.

Aus dem Bereich der Gewerkschaften begrüßen wir Heinz Oskar Vetter, den früheren DGB-Bundesvorsitzenden,

Ilse Brusis vom DGB-Bundesvorstand,

Michael Geuenich, den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen

und

Werner Fischer, den nordrhein-westfälischen Landesverbandsleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

Wir haben auch Gäste der ausländischen Schwesterparteien unter uns.

Wir begrüßen von der luxemburgischen Arbeiterpartei Guy Linster,

von der PSOE aus Spanien ist Augustin Marina gekommen und von unserem israelischen Patenbezirk Tel-Aviv Motke Esched.

Wir begrüßen recht herzlich, auch wenn ich sie nicht im einzelnen nenne, die Vertreter der ausländischen Konsulate, die uns heute die Ehre geben.

Ferner ist unter uns Richard Grünschläger, der Regierungspräsident von Arnberg.

Es sind zu uns gekommen Wilfrid Hülsberg, der Landesvorsitzende der Falken, und

der Genosse Rieger von den Naturfreunden. Wir freuen uns über diesen Besuch und hoffen, daß wir damit auch Bundesgenossen gewonnen haben für die Bewältigung der Probleme, die uns bewegen.

Ich begrüße recht herzlich auch alle Delegierten und Gastdelegierten, und wir begrüßen die Mithelfer des Parteitages.

Ein ebenso herzlicher Gruß gilt den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wir danken ihnen für das Interesse, das sie heute dem ganzen Land und der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.

Ich möchte die Genossen Posser, Girgensohn und Schnoor für einige Stunden entschuldigen. Sie sind verhindert wegen der Veranstaltung in Krefeld, von der Ihr alle wißt. Ich denke, daß dieser Parteitag die dringende Hoffnung ausdrücken sollte, daß die hierbei stattfindenden Demonstrationen ohne Gewalt verlaufen mögen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitag 1983 ist eröffnet!

Zu Beginn möchte ich bitten, Euch zu Ehren der Toten, die wir zu beklagen haben, zu erheben.
Stellvertretend für alle, die uns verlassen haben, nenne ich

Peter Fischermann,
Landrat aus Heinsberg, für den Bezirk Mittelrhein,

Max Ingberg,
den Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Minden,



Eugen Krautscheid,
den langjährigen Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen,

Otto Libuda,
den ehemaligen Geschäftsführer des Unterbezirks Paderborn,

Hermann Lorsch,
den Bezirksleiter der Gewerkschaft Nahrung und Genuß in Bielefeld,

Adi Meyer,
unseren Mitarbeiter aus dem Bezirksbüro Mittelrhein.

Wilhelm Meinicke,
den Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion in Oberhausen haben wir verloren. Er war 33 Jahre lang in dieser Funktion und der Dienstälteste aller Vorsitzenden der bundesdeutschen Parlamente. Er war auch Landtagsabgeordneter, und wir haben ihn sicherlich fast alle sehr gut gekannt.

Karl Mirus
hat uns verlassen, der langjährige Vorsitzende unserer Landeskontrollkommission. Er war als Vorsitzender der Kontrollkommission auch im Bezirk Westliches Westfalen tätig.

Elli Müller
aus dem Bezirk Mittelrhein war uns Frauen sehr gut bekannt. Sie war fünfzig Jahre lang Mitglied der SPD und hauptamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt.

Hermann Scheffler
war der Unterbezirksvorsitzende von Hagen, langjähriger Bundestagsabgeordneter und der erste Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Hermann Schmidt (Würgendorf) war ebenfalls langjähriger Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär a. D.;

Dieter aus dem Siepen war seit 1969

Bürgermeister und ab 1974 Oberbürgermeister der Stadt Mülheim;

Elisabeth Surmann aus Düsseldorf war 75 Jahre Mitglied unserer Partei.

Diese Genossinnen und Genossen haben uns lange Wegstrecken begleitet. Wir möchten ihnen danken und wir werden sie in ehrender Erinnerung behalten.
Ich danke Euch.

Ich möchte noch auf zwei Ausstellungen hinweisen. Die eine ist eine Solidaritätsaktion zu Chile und Nicaragua, die andere über Genossenschaftswesen und Selbsthilfe. Beide können in den Unterbezirken ausgeliehen werden.

Wir bitten sehr, Euch diese Ausstellungen in der Mittagspause anzusehen.

Herzlichen Dank."

2. Grußworte

Grußwort des Oberbürger- meisters der Stadt Duisburg Josef Krings



"Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe schon gestern beim Landesvorstand darauf hingewiesen, daß Ihr in einer Stadt tagt, die Geburtstag hat. Vor 1100 Jahren segelten die Wikinger rheinaufwärts und machten leider das, was die Wikinger überall gemacht haben: Frauen schänden, Männern die Schädel einschlagen, Stadtkassen plündern und Meßwein klauen. Der Abt hat das aufgeschrieben und deshalb sind wir erstmalig urkundlich erwähnt worden. Das feiern wir heute, und ich will daraus auch eine Lehre ziehen und Euch bitten, die Wikinger nicht zum Vorbild zu nehmen.

Aber ich darf zum Ernst kommen. Ihr tagt in einer Stadt, in der es böse Kennziffern gibt, sehr ähnliche wie bei Euch: 30.000 Arbeitslose, 30.000 Kurzarbeiter, 30.000 Sozialhilfeempfänger. Die Menschen bewegt die Sorge um den Arbeitsplatz. Das gilt für das ganze Land

und das gilt für das Revier im besonderen. Die Arbeitslosigkeit im Mai betrug in Dortmund 14,8 %, in Gelsenkirchen 13,9 % und in Bochum 13,4 - in Duisburg 17,5 %. Ihr tagt in der Stahlstadt Duisburg und Ihr versteht meine Sorge, die auch die Sorge von Günter Samtlebe, von Werner Kuhlmann, von Friedhelm van den Mond und von Heinz Eikelbeck ist: Die Stahlindustrie findet in der Bundesrepublik nicht zu einem einheitlichen Konzept.

Die zweite Sorge, die wir haben, gipfelt in der Frage, ob die Bundesregierung das Land Nordrhein-Westfalen verkommen lassen will. Die Duisburger Entscheidung zeigt den Kurs für das Revier. Seit der Ruhrkonferenz setzen wir auf die nordrhein-westfälische Landesregierung. Das heißt: Kohle zuerst, Stahl bleibt im Revier, aber auch: neue Technologie gehört in eine alte Industrieregion.

Ich habe gestern die Nachricht bekommen, daß in Duisburg das Eisenbahnausbesserungswerk in Wedau wahrscheinlich geschlossen wird und daß sich Alfred Dregger sehr entschieden für den Erhalt des Eisenbahnausbesserungswerks in Fulda einsetzt. Ich frage mich dabei, ob dies beispielhaft sein wird für die nächste Zeit.

Lieber Johannes,
ich will das Grußwort nicht überziehen und Dir sagen: Du verstehst Dich immer mehr als entschiedener Lobbyist für Nordrhein-Westfalen. Laß Dich nicht durch kleinkariertes Mäkeln davon abbringen.

Die Hafenstadt Duisburg schenkt Dir einen Kompaß. Das ist ja bekanntlich ein Gerät, das in der Schifffahrt unentbehrlich ist, um den richtigen Kurs zu halten.

Das erste deutsche Rheinschiff, das in Duisburg 1844 von der Firma Haniel gebaut wurde, hatte einen solchen Kompaß, wie ich ihn jetzt vor mir habe. Das Schiff hatte den schönen Namen "Hoffnung".

Laß Dir die beiden Knäufe - rot und grün - nicht allzu sehr zu Herzen gehen und überinterpretiere das auch nicht. Die Farben stehen für Backbord und Steuerbord - nicht mehr..

Ich darf Dir zurufen und Dich bitten: halte den Kurs auch in stürmischer See und fahre immer in richtiger Richtung!

Vielen Dank."

Grüßwort des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Niederrhein Heinz Schleußer



"Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist üblich, auch die Grüße des gastgebenden Bezirks den Delegierten des Landesparteitages zu übermitteln. Ich tue das gern und denke dabei daran, welchen Anteil der Bezirk Niederrhein daran hatte, daß aus den vier Bezirken des Landes Nordrhein-Westfalen seinerzeit diese Landespartei geworden ist. Wobei wir bei allem Stolz auf unseren Anteil sehr wohl wissen und auch hinnehmen müssen, daß nicht nur immer reine Freude aus dem Bezirk zur Landespartei gekommen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem wir am 1. Oktober 1982 durch den Wechsel des Koalitionspartners und dann am 6. März durch den Wählerentscheid unsere Gestaltungsmöglichkeiten in Bonn weitgehend verloren haben, müß-

te es verstärkt unsere Aufgabe sein, aus den wenigen roten Punkten in der zu schwarz gewordenen Bundesrepublik wieder mehr zu machen und alles daranzusetzen, daß wir in Nordrhein-Westfalen unsere Handlungsfähigkeit auch nach 1985 erhalten können. Dabei wird es nicht nur um die richtigeren Lösungen und die besseren Antworten gehen, die wir haben und die wir geben können; das war auch vor dem 6. März so, sondern es wird auch mit darum gehen, unsere Position zu den Wählern zu transportieren. Und dazu gehört, glaubwürdig zu sein in unseren Aussagen und damit das Vertrauen zu gewinnen, daß das, was wir sagen, nicht nur Aussage bleibt, sondern konkrete Politik wird.

Dazu gehört auch die Frage, so finde ich, die sich jeder von uns immer wieder stellen sollte, wenn Erklärungen abgegeben, Entscheidungen begründet, Überlegungen dargestellt werden: wem nützt das? Wäre das immer so, daß diese Frage gestellt und beantwortet würde, dann wäre ich mir sicher, liebe Genossinnen und Genossen, daß manche Erklärung anders aussehen, manche Entscheidung nicht so getroffen und eine Reihe von Überlegungen jedermann für sich behalten würde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Duisburg ist immer ein guter Platz für vernünftige Sach- und Personalentscheidungen der Partei in Nordrhein-Westfalen gewesen.

Knapp zwei Jahre vor der Landtagswahl und ein Dreivierteljahr vor der kommenden Kommunalwahl haben wir Anlaß und Grund genug, heute gemeinsam jeden Versuch zu unternehmen, dieser positiven Bilanz der Partei hier an diesem Ort ein weiteres Datum hinzuzufügen.

Dem Landesparteitag ein herzliches Glückauf!"

Grußwort des neugewählten Vorsitzenden des Deutschen Städtetages Günter Samtlebe



"Liebe Genossinnen und Genossen,

ich danke Euch, daß ich ein kurzes Grußwort an Euch richten kann, und da ich weiß, wie Grußworte gewürdigt werden, wenn sie einen Parteitag langweilen, will ich es kurz machen.

Ich hätte heute am liebsten schon am Vormittag als Delegierter bei Euch gesessen. Aber da die Ruhrgebiets-Oberbürgermeister ernstnehmen, was Willy Brandt und Johannes Rau sagen, nämlich nach Möglichkeit bei den Bürgern zu sein, war ich den ganzen Morgen auf der Schachanlage Minister Stein in Dortmund; denn dort gehören wir in erster Linie hin.

Laßt mich sagen, liebe Genossinnen und Genossen, daß ich völlig illusionslos - auch gegenüber meiner eigenen Partei - in meine neue Tätigkeit gehe. Wir reden von der Renaissance, die die SPD über die Kommunen und über die Kommunalpolitiker erleben soll. Das ist für meine Begriffe zu hoch aufgehängt. Das mutet uns zuviel zu! Denn wir können nur zu-

sammenwirken, indem wir wieder eine klare Sprache sprechen und indem wir uns überall dort bewegen, wo die Bürger sind. Wir dürfen nicht etwa glauben, daß die Bürger zu den Propheten kommen, die Visionen für das Jahr 2.500 verkünden. Heute ist einiges los in unserem Lande, im Revier! Da ist es gut, dabei zu sein und rechtzeitig die Ohren in den Wind zu stellen.

Ich weiß, daß die Haupttätigkeit im Städtetag - gemeinsam mit Euch - den Fragen der Finanzen und der Gemeindefreiheit gelten wird. Wenn wir über Kommunalfinanzierung sprechen, sollten wir ehrlich miteinander sein. Dann sollten wir freimütig zugeben, daß nicht mehr allzuviel beim Land und beim Bund zu holen ist. Es gebietet einfach die Redlichkeit - besonders gegenüber unserer Landesregierung, die auch jetzt noch nach diesem schlimmen Eingriff die kommunalfreundlichste ist, dies deutlich zu sagen. Seitdem Johannes Rau da ist und vor allen Dingen auch sein Innenminister, werden die Kommunalpolitiker respektiert und als Gleichberechtigte behandelt. Das ist unter Umständen mehr wert, als mit einer Tasche voll Geld zu kommen.

In einer anderen Frage werden wir Streit bekommen, und diesem Streit werde ich nicht aus dem Wege gehen. Das ist die Frage der Gemeindefreiheit.

Ich bin nicht zufrieden mit dem, was in Sonntagsreden erklärt wird. Da muß die eine oder andere Gängelung abgebaut werden, da muß der eine oder andere Erlaß verschwinden. Zieht Euch bitte, Landesregierungen - gleichgültig welcher politischer Couleur - und Regierungspräsidenten auf das wieder zurück, wozu Ihr allein nach der Verfassung zuständig seid: Ihr habt lediglich darauf zu achten, daß die Kommunen im Rahmen des geltenden Rechtes arbeiten können. Mehr steht Euch nicht zu!

Wenn man nämlich Bürgerbeteiligung ernstnimmt, Genossinnen und Genossen, und auch bereit ist, auf ernsthafte Frauen und Männer zu hören, dann muß man mit den Mandatsträgern in den Kommunen anfangen. Sie haben ein Mandat.

Sie sind keine selbsternannten Träger irgendwelcher Initiativen. Sie müssen gewählt werden und sich immer wieder zur Wahl stellen.

Da sehe ich unsere gemeinsame Arbeit. Dabei ist für mich selbstverständlich, aber ich will es dennoch sagen: Die

Arbeit, wo immer, ob in der SGK oder im
Städtetag, kann nicht am Rande oder in
irgendeiner Gruppierung der Partei er-
folgen, sie kann nur mitten drin sein -
in einer gemeinsamen Solidarität.

Dem Landesparteitag ein herzliches
Glückauf!"

3. Grußansprache

Grußansprache des
Vorsitzenden des
DGB-Landesbezirks
Nordrhein-
Westfalen
Michael Geuenich



"Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich überbringe die Grüße der Gewerkschaften von Nordrhein-Westfalen an den Landesparteitag der SPD in Duisburg.

Die SPD ist eine Volkspartei. Der DGB ist eine Arbeitnehmerorganisation. Bereits aus dieser Definition ergibt sich ein Spannungsverhältnis. Ich bin dankbar, daß ich heute einige Positionen aufzeigen kann aus der gewerkschaftlichen Sicht. Denn es gilt: Wer Volkspartei sein will, muß auch die Interessen außerhalb der Arbeitnehmerschaft aufgreifen und umsetzen. Dies ist uns klar. Die Existenz der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen macht diesen Sachverhalt ebenso augenfällig wie die vor Jahren erfolgte Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

Die Landes-SPD hat es zugegebenermaßen nicht leicht. Manches, was in Bonn von der SPD verlangt wird, kann in Düsseldorf nicht geleistet werden. Die Gefahr liegt darin, große Entschließungen zu verabschieden, anstatt selbstbewußt und offen die Grenzen der Handlungsspielräume in der Landespolitik aufzuzeigen. Aber die Arbeitnehmer haben ein Gespür dafür, was geht und was nicht geht. Arbeitnehmer haben mit dem Godesberger Programm die politische Öffnung der Partei vorangetrieben: aus einer 30%-Partei am Rande der politischen Einflußsphäre wurde schon zehn Jahre später eine SPD im Mittelpunkt politischer Macht. Siebzehn Jahre Regierungsbeteiligung machen dies deutlich.

Und dennoch: Spätestens Mitte der 70er Jahre sind Entwicklungen eingetreten, die Fragen aufwerfen und nach Antworten verlangen. Gemeint ist die wirtschaftliche Krise, ja die Gefahr einer Depression, die am Horizont zu erkennen ist.

Das Gerede vom Aufschwung verkleistert die reale Situation. Es verharmlost die Lage und ist ein übles Spiel mit den Arbeitslosen!

Ganz sicher ist es kein Zufall, wenn ein Blatt wie DIE ZEIT spöttisch vom kürzesten Aufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik spricht.

Die Wirtschaftskrise hat zur Verarmung des Staates geführt, die Kassen der öffentlichen Hand sind leer, und gerade die Sozialdemokraten des strukturell besonders hart gebeutelten Landes Nordrhein-Westfalen haben jeden Tag mit diesem Problem zu kämpfen. Nicht die Verteilung des Mehrprodukts, sondern die Verwaltung des Mangels steht auf der Tagesordnung. Dies hat Folgen: Über Jahrzehnte verdeckte Interessensgegensätze brechen wieder auf. Wir erleben, wie jeden Tag die wirtschaftlich Mächtigen an der sozialen Absicherung der Schwachen zerren.

Wo liegen nun die Chancen einer Regierung, die sparen muß? Bei einer linearen Kürzung in allen Haushaltsbereichen sicherlich nicht. Dies kann nicht der Stein der Weisen sein, denn für eine solche Politik reicht notfalls ein Computer.

Politik heißt aus unserer Sicht: den

Willen zu gestalten. In Krisenzeiten bedeutet dies: Prioritäten setzen.

Die Bundesregierung setzt Schwerpunkte, allerdings sind ihre Prioritäten falsch und die Schwerpunkte höchst unsozial.

In der Sozialpolitik tut sich ein Abgrund auf, in den Hunderttausende abzustürzen drohen. Kürzungen bis weit unter das Existenzminimum werden von der Bundesregierung praktiziert.

Am sozialen Netz stehen Lambsdorff und Stoltenberg mit dem Schneidbrenner, und unser Kollege Blüm in der Bundesregierung redet nur, anstatt ihnen die Gasflasche abzdrehen.

Diese Politik ist hart für die Gewerkschaften. Aber ich denke: sie ist auch eine Chance für die Sozialdemokraten.

Viele Prioritäten müssen Schlagseite für die Arbeitnehmerschaft aufweisen. Die Schlagseite wird auch das Pfund sein, mit dem 1984 und 1985 die Wahlen gewonnen werden können.

Tatsache ist: bereits an eine Koalitionsregierung unter SPD-Führung wurden hohe Ansprüche gestellt. Die Ansprüche an die sozialdemokratische Alleinregierung indessen liegen logischerweise noch darüber. Viele Parteitage waren jahrelang geprägt von dem Stoßseufzer: "wenn nur die FPD nicht wäre". Die Bürger, vor allem die Arbeitnehmer, haben diesen Satz registriert. Er schlägt natürlich auf die Anspruchserwartung zurück.

Es geht jetzt darum, glaubwürdige Positionen aufzuzeigen, und dies auch für die Masse der Arbeitnehmer verständlich auszudrücken!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Sozialdemokraten und Gewerkschafter verbindet eine lange, oft leidvolle Geschichte. Bis zum heutigen Tage hat sich das Band des Vertrauens als reißfest erwiesen. Es hält jedoch nicht automatisch. Für viele Kolleginnen und Kollegen liegt sein Wert in einer unverwechselbar arbeitnehmerorientierten Politik. Dies gilt vor allem in Krisenzeiten, wo es sehr leicht zu einer Kluft zwischen Hoffnung und Wirklichkeit kommen kann. An dieser Kluft sind die Gewerkschaften im Lande nicht interessiert. Unrealistische Forderungen werden von uns nicht gestellt. Was wir erhoffen, ist eine stärkere Betonung der Interessen der abhängig Beschäftigten und damit der sozial Schwachen.

Die SPD muß den Arbeitnehmern eine wirtschaftliche Perspektive geben. In Nordrhein-Westfalen ist dies besonders wichtig, weil hier die SPD in der Regierung und in Bonn in der Opposition ist. Sie muß qualitatives Wachstum und Arbeitszeitverkürzung zur zentralen Frage ihrer Innenpolitik machen. Sie muß deutlich machen, daß Umweltschutz, Produktivitätsentwicklung und Arbeitsplätze bei allgemeiner Arbeitszeitverkürzung keine Widersprüche sind.

Die aktuellen Konflikte um die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen sind für die Mehrheit der Arbeitnehmer in ihrem Sinne unverständlich. Warum sagen wir nicht: Es geht um Arbeitsplätze und Umweltschutz, statt die Begriffe Ökologie und Ökonomie zu verwenden? Eine SPD, die hier an der Macht bleiben und dort in Bonn an die Macht zurück will, muß bei den Arbeitnehmern verstanden werden.

Die Partei muß die Energiewirtschaft zu den nötigen Umweltinvestitionen zwingen, ohne daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährdet wird.

Die Wirtschaftspolitik der SPD muß gekennzeichnet sein durch die Stärkung sinnvoller privater und staatlicher Investitionen. Sie muß den Mut aufbringen, staatliche Eingriffe in den privaten Wirtschaftsbereich vorzunehmen. Denn vergessen wir nicht: achtzig Prozent aller Investitionen werden von Privaten getätigt.

So kann die Sozialdemokratie das Profil gewinnen, das sie von der Union und der FDP unterscheidet! Das Arbeitnehmerbein am Volkstisch SPD darf nicht brechen, sonst bricht die gesamte SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind in Duisburg mitten im Ruhrgebiet, oft wird gesagt: im sozialdemokratischen Herzen der Bundesrepublik. Aber aus unserer Sicht ist dieses Herz krank. Seine Schlagadern - Kohle und Stahl - werden mit riesigem Druck zusammengepreßt.

Die Landesregierung versucht, bei Kohle und Stahl das Mögliche zu tun. Es gehört aber auch dazu, deutlich zu machen, was man selbst kann und was eindeutig in die Kompetenz des Bundes gehört.

Die Bundesregierung hat viel geredet. Die Stahlkonzerne betreiben das Spiel: jeder gegen jeden. Da werden Marktanteile

le neu vergeben, Ausblutungsstrategien entwickelt und nebenbei von einigen Profite gemacht.

Nur: vom Erhalt der Arbeitsplätze ist in den Chefetagen nie die Rede. Im Gegenteil!

Hier tut ein Kurswechsel not. Es ist notwendig, daß die Kohle neu geordnet wird und daß die Bundesregierung mit ihren allgemeinen Feststellungen Schluß macht und eine sinnvolle Investitionspolitik für den Kohlebergbau auf die Schiene bringt, anstatt immer nur mit der Subventionsgießkanne umherzugehen.

Die Bundesregierung - dies ist unsere Forderung - soll endlich ihren Anteil an der Stahlanierung auf zwei Drittel erhöhen. Sie läßt es an Klarheit fehlen, läßt Moderatoren zu Wort kommen und hält sich selbst zurück.

Wir konstatieren bei den Unternehmen mangelnde und fehlende Einsicht. Diese kann nur mit politischem Druck zustandegebracht werden. Fällige Staatszuschüsse dürfen nicht zur Beseitigung von Arbeitsplätzen, sondern sie müssen zur Modernisierung von Anlagen und zur Entwicklung marktgerechter Produkte eingesetzt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehen. Ende des Jahres wird die Bundesrepublik drei Millionen, Nordrhein-Westfalen sicher eine Million Arbeitslose aufweisen. Massenarbeitslosigkeit ist das Problem der Gegenwart. Wir fürchten, daß es auch noch einige Zeit das Problem der Zukunft bleiben wird. Möglicherweise sind Zahlen von fünf Millionen Arbeitslosen eines Tages bittere Realität.

Ohne durchgreifende politische Maßnahmen wird uns eine Problemlawine überrollen!

Besondere Bedeutung setzen die neuen Technologien, denn die alte Wahrheit, Technik schafft Arbeitsplätze, droht in ihr Gegenteil umzuschlagen. Vom Bundespostminister stammt der Satz, daß die neue Regierung nicht verhindern wird, was die Technik ermöglicht. Leider ist dies auch der Grundsatz fast der ganzen Bundesregierung.

Wir brauchen ein neues Technologieverständnis, denn die Richtschnur kann nur heißen: vor die Einführung neuer Tech-

nik muß ihre soziale Beherrschung gestellt werden und der Anteil der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Ergebnis muß gesichert werden. Ein offensives Politikkonzept ist nötig. Die Bevölkerung ist verunsichert. Sie will Wege erkennen, will neuen Mut fassen. Dieses Rezept hat der Union bei den letzten Wahlen genutzt. Nur, die Zutaten dieses Rezeptes sind für die Arbeitnehmer ungeeignbar.

Neben der Arbeitszeitverkürzung muß qualitatives Wachstum, muß die Mitbestimmung stehen. Hier kann Nordrhein-Westfalen Vorreiter sein.

Die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes steht an, die Mitbestimmung in öffentlich rechtlichen Unternehmen kann verbessert werden.

Die Einführung von Strukturräten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist - beispielsweise - ein weiterer Weg der Mittel oder eine Bundesratsinitiative zur Sicherung der Mitbestimmung im Unternehmensbereich.

All dies wäre Politik für die Arbeitnehmer, würde Pluspunkte schaffen. Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sollten deshalb ihre Chance nutzen. Verzögerungen müßten zur Irritation bei den Gewerkschaften führen. Speziell die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes wird dies mit sich bringen.

700.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind davon betroffen.

Der von den Sozialdemokraten angestrebte Schulterschuß muß seinen Niederschlag in nachvollziehbarer Arbeitnehmerpolitik finden!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein von der SPD herausgebrachtes Buch zu diesem Parteitag hat die Überschrift "Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt davon ab, ob ihre Organisation in der Lage ist, politische Ideale ihrer Wähler in der politischen Praxis durchzusetzen."

Dieser Satz gilt.

Ich wünsche der SPD die Kraft dazu. Umfragen zeigen, daß Sympathieverluste der SPD auch die Gewerkschaften mit einbeziehen und umgekehrt.

Ich denke, es lohnt sich, für die sozial Schwachen zu kämpfen, für eine menschliche Gesellschaftsordnung einzu-

treten.

Demokratie im guten Sinne ist unsere gemeinsame stärkste Wurzel. Wir sollten alles tun, um sie in alle Lebensbereiche hineinzutragen.

Dem Landesparteitag ein herzliches Glückauf!"

4. Konstituierung des 7. ordent- lichen Landes- parteitages

Es wurden
vorgeschlagen
und gewählt
bzw.
bestätigt:

a) als Mitglieder des Präsidiums

Hans Werner Bertel, Niederrhein
Anke Brunn, Mittelrhein
Horst Hein, Ostwestfalen-Lippe
Hermann Heinemann, Westliches West-
falen
Günter Schluckebier, UB Duisburg

b) als Mitglieder der Man- datsprüfungskommission

Norbert Busche, Bezirk Westliches-
Westfalen
Günter Essen, Bezirk Niederrhein
Horst Ginuttis, Bezirk Mittelrhein
Renate Handke, Bezirk Westliches-
Westfalen
Manfred Hofmeister, Bezirk Ostwest-
falen-Lippe
Hans Kalkbrenner, Kontrollkommission
Heinz Kamm, Unterbezirk Duisburg
Gisela Kramer, Bezirk Mittelrhein
Wilfried Mittelberg, Kontrollkommis-
sion
Reinhard Paul, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Rainer Verhoeven, Kontrollkommission
Christel Weber, Bezirk Niederrhein

c) als Mitglieder der Zählkommission

Irene Albers-Spratte, Bezirk Ost-
westfalen-Lippe
Detlev Bogdan, Bezirk Westliches
Westfalen
Horst Ginnuttis, Bezirk Mittelrhein
Manfred Holsiek, Bezirk Westliches
Westfalen
Gisela Kramer, Bezirk Mittelrhein
Marianne Kronwald, Bezirk Nieder-
rhein
Klaus Rothgang, Bezirk Niederrhein
Willi Schultheis, Bezirk Mittelrhein
Hans-Günter Steins, Bezirk Nieder-
rhein
Friedel Uthe, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe

d) die Mitglieder der Antragskommission

Bernd Dopheide, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Gerhard Dornseifer, Bezirk Mittel-
rhein
Detlef Ehlert, Bezirk Niederrhein
Hans Ettrich, Bezirk Westliches
Westfalen
Reinhard Grätz, Landesvorstand
Horst Henning, Bezirk Mittelrhein
Dieter Jüngerkes, Bezirk Niederrhein
Rainer Maedge, Landesvorstand
Franz Müntefering, Bezirk Westliches
Westfalen
Ruth Nabel, Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hans Peters, Bezirk Westliches West-
falen
Willi Schmidt, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Volkmar Schultz, Bezirk Mittelrhein
Gerd-Peter Wolf, Bezirk Niederrhein
Christoph Zöpel, Landesvorstand

5. Beschlußfassung über a) Tagesordnung b) Geschäfts- ordnung

a) Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Grußworte;
3. Grußansprache des DGB-Landesvorsitzenden Michael Geuenich;
4. Konstituierung des 7. ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission;
5. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
6. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Räu;
7. Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Karl-Josef Denzer;
8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach (schriftliche Vorlage);
9. Bericht der Landeskontrollkommission Hans Kalkbrenner (schriftliche Vorlage und mündliche Ergänzung);
10. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten
 - a) 6. Grundsatzreferat
 - b) 7., 8. und 9.;
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
12. Behandlung der Anträge;
13. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) der stellvertretenden Vorsitzenden
 - c) der Beisitzer
 - d) der Landeskontrollkommission
 - e) eines Mitgliedes des Parteirates;
14. Schlußwort.

b) Geschäfts- ordnung

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde bei Änderung der Frist für die Einreichung der Initiativ-Anträge auf 12.00 Uhr angenommen. Zuvor war beschlossen worden, während der Antragsberatung zuerst über das Votum der Antragskommission abstimmen zu lassen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (§9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:

der Landesvorsitzende,
die stellvertretenden Landesvorsitzen den in besonderen Wahlgängen,
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.

Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.

Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.

5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt.

Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativ-Anträge. Initiativ-Anträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (14. Mai 1983) nicht absehbar war. Antrags-schluß ist der 25. Juni 1983, 12.00 Uhr.

Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.

6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragssteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

6.Grundsatz- referat des Lan- desvorsitzenden Johannes Rau



Liebe Genossinnen und Genossen,

unser letzter Parteitag war am 27. Juni 1981 in Köln. In der damals zu Ende gegangenen Phase, über die Bericht zu erstatten war, lag die Landtagswahl, die wir gewonnen hatten am 11. Mai mit mehr als 48 %. Wir hatten einen Bundestagswahlkampf bestanden, ohne den Wahlerfolg vom Oktober als Wahlsieg zu empfinden. Viele von uns hatten schon das lähmende Gefühl, der Partner in der Koalition wolle zum Gegner der Regierung werden und wenige Wochen später fiel zum ersten Mal das Wort von der Wende. Wir haben seitdem manche, nicht nur manche schmerzhaft Erfahrung mit Gegnern und früheren Partnern gemacht. Wir haben auch festgestellt, manche Disziplinlosigkeit in der eigenen Partei hat sich als Vielfalt garniert. Wir hatten seit diesem Parteitag in Köln vor 2 Jahren

wieder mancherlei erlebt und erlitten, mitgestaltet und erfahren. Erfahren und erlitten hatten wir den Regierungssturz in Bonn. Gefreut haben wir uns daran und darüber, daß im November des vergangenen Jahres, 6 Wochen nach dem kalten Machtwechsel, an die 100.000 Menschen zu uns gekommen sind zum Nordrhein-Westfalen-Tag in Dortmund und uns gezeigt haben, wir sind eine große politische Kraft, auch wenn wir in Bonn nicht regieren für eine Zeit. Dann haben wir den 6. März erlebt, die Niederlage, die kein Betriebsunfall war und die jetzt noch bei manchen unter uns zu Unsicherheit und zu gelähmtem Schweigen führt. Wir haben auch Gutes erlebt. Seit diesem ersten Oktober sind allein in Nordrhein-Westfalen 15.000 Menschen neu zur SPD gekommen. Allein in diesen Monaten haben wir ihnen schon Heimat gegeben, haben wir ihnen schon die Chance der Mitarbeit eröffnet und da ist dann noch vieles zu tun. Genug Wähler freilich haben wir am 6. März nicht gefunden. Ich widerspreche der Legende, die Bundestagswahl sei zuerst in Nordrhein-Westfalen verloren worden. Alles spricht dagegen. Aber auch wenn wir sagen, daß wir in Nordrhein-Westfalen nicht zuerst verloren haben, dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir vorherige Zahlen nicht erreicht, daß wir nicht das hinzugelegt haben, was bei anderen fehlte, und so gehen wir in diesen Parteitag mit der Erfahrung dieser Niederlage und hoffentlich auch mit den Lehren aus dieser Niederlage. Wenn wir jetzt 1983 unseren Parteitag haben und wenn viele hier sind, als Delegierte, als Gäste und als Zuhörer, die in den letzten 10 oder 15 Jahren zu uns gefunden haben, dann darf man wohl zusätzlich daran erinnern, daß das Jahr auch noch etwas mit einem anderen Jubiläum zu tun hat, mit einem schmerzhaften. Vor 25 Jahren ging der erste Versuch einer sozialdemokratischen Regierung zu

Ende. Das Wahlergebnis machte es nicht möglich, daß Fritz Steinhoff seine Arbeit weiter tat, obwohl er die Stimmen nicht verloren hatte, sondern die FDP halbiert wurde. Vor 25 Jahren starb ein Mann, der nicht unserer Partei angehört hat, der unser politischer Gegner war und an den wir in den nächsten Tagen voller Respekt denken, ohne ihn für uns vereinnahmen zu wollen. Ich meine Karl Arnold, der davon gesprochen hat, daß Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein müsse und bleiben müsse.



Die CDU, in der er damals stand, als er nach dem Kriege Rudolf Amelunxen folgte, war eine andere CDU als die von heute. Seine Freunde hießen Ernst Lemmer und Jakob Kaiser, und Gustav Heinemann war auch dabei. Wir möchten, es gäbe heute noch solche Männer und wir müßten uns nicht herumschlagen mit Zimmermann, Dregger und Geißler und denen, die mit ihren wortradikalen Formulierungen die Demokratie gefährden und eine junge Generation abstoßen. Wir haben von Herrn Geißler im Bundestagswahlkampf gehört.

So, wie er damals das Wort vom totalen SPD-Staat erfunden hat, und so, wie er 1980 die sogenannte Rentenlüge erfunden hat und dann im letzten Wahlkampf die sogenannte Mietenlüge, das mag man ja alles noch verstehen als das taktische Finassieren, um den Gegner in eine Ecke zu bringen und von Themen abzulenken. Aber wenn jemand die Pazifisten und Auschwitz zusammen in einem Atemzug nennt, dann ist Feierabend, das lassen wir nicht zu.

Daß Bertha von Suttner oder Carl von Ossietzki als Leute diffamiert werden, die Vorschub geleistet haben, und dann in die Ecke getrieben, den Rückzug von Engländern und Franzosen, was hat der Mann eigentlich für ein Verständnis von Außenpolitik, wie geht er eigentlich mit befreundeten Völkern um?

Wir sagen, wir werden dem widerstehen, daß verbaler Radikalismus bloß um der Macht willen im Inneren Flurschaden anrichtet und im Äußeren Unfrieden sät. Aber, Genossinnen und Genossen, täuschen wir uns bei aller Empörung nicht. Nach dem 6. März hat sich vieles schmerzhaft verändert. Wir beschimpfen keine Wähler, sondern wir fragen uns, woran es denn wohl gelegen haben könnte, aber wir sagen gleichzeitig - und das sagen wir im Blick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr und im Blick auf die Landtagswahl in 2 Jahren - und da nehme ich nun das Wort von Heiner Geißler einmal umgekehrt auf, es darf nicht zum totalen CDU-Staat kommen, das tut unserem Volk nicht gut.

Der Bundespräsident, vor dessen Arbeit ich, einer, der ihn nicht gewählt hat, hohen Respekt bekunde, der Bundespräsident kommt aus der CDU. Der Bundestagspräsident kommt aus der CDU, der Präsident des Verfassungsgerichts kommt aus der CDU, der Bundeskanzler ist der Vorsitzende der CDU. Sieben von elf Ländern, sechs von acht Flächenstaaten sind in Händen von CDU und CSU. Freunde, wenn uns das nicht wach macht, wenn uns das nicht auf Trab bringt, was soll denn die Sozialdemokraten auf Trab bringen? Aber sehen wir genauer hin: 1972 stellte die SPD im Bundesgebiet 47 Oberbürgermeister, 1983 sind es noch 35. Von den 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist weniger als 1/3 sozialdemokratisch bestimmt. Und wer sich die Situation in den Rundfunk- und Fernsehanstalten ansieht, der weiß ja, daß da inzwischen die Union das Sagen hat. Um so mehr werden wir Sozialdemokraten für den freien, für den kritischen, für den auch uns gegenüber kritischen Journalismus eintreten, damit nicht von oben das Wort vom "Schwarzfunk" entsteht, nachdem man uns den "Rotfunk" jahrelang vorgeworfen hat. Die Journalisten müssen wissen, auf wen sie rechnen können. Und wir müssen es ihnen sagen, auch da, wo sie uns nicht nach dem Munde reden oder schreiben. Die Freiheit des Wortes muß gelten: Auch wenn gegenwärtig viele in den Medien noch gar nicht begriffen haben, wie weit die Wende eigentlich geht. Es gibt ja zwei Stichwörter aus dem letzten Halbjahr. Da ist das Wort vom "Aufschwung" und da ist das Wort von der "Wende". Leider kann man über den Aufschwung nicht viel sagen, denn der ist ja nur an Plakattafeln erschienen. In Arbeitslosenzahlen, da ist er erschienen. Aber von der Wende muß man reden. Übrigens, was den Aufschwung angeht, ich bin auch für Unternehmergewinne. Ich bin dagegen, daß man die Rendi-

te eines Unternehmens als Profit diffamiert, denn man braucht das. Und die Kapitalausstattung vieler Unternehmen ist noch zu gering. Aber ich sage dennoch, ein Aufschwung, der nur in den Renditen und nur im Couponschneiden stattfindet und nicht im Abbau der Arbeitslosigkeit, der kann uns gestohlen bleiben. Das ist kein Aufschwung.

Aber die Wende ist total. Da wird als Versuchsballon seit 14 Tagen in die Luft gegeben, das Rentenalter für Frauen solle erhöht werden. Und Norbert Blüm dementiert das immer. Wir danken für das Dementi, aber wir wüßten mal gerne, woher kommt eigentlich die Vorlage, in der das steht? Aus welchem Ministerium stammte denn diese Vorlage? Die Wende ist deutlich, man muß nur Zeitungen lesen und Fernsehen zur Kenntnis nehmen und Rundfunk hören. Das Klima zwischen Ost und West ist auch innerdeutsch wieder vereist. Kein Wunder, wenn da philosophiert und fabuliert wird von neuen Grenzen und von der Veränderung der Grenzen, die nach den Ostverträgen zustande gekommen sind. Ein völlig unnötiger Konflikt, den nun wahrlich weder wir Deutschen vertragen können noch das polnische Volk, mit dem es so viel Solidarität gibt. Die Gewerkschaften werden genüßlich gedemütigt, das Arbeitslosengeld wird gekürzt und die Sozialhilfe steigt. Wieder eine Umverteilung! Wieder eine Umverteilung,

diesmal aber eine zu Lasten der Gemeinden, die auf der Sozialhilfe sitzen, die ihre übrigen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können.

Wie wäre das, wenn eine Bundesregierung, die Steuererleichterung und Steuerkürzungen verspricht, einmal ihre eigenen Steuern kürzte, statt die der Länder und der Gemeinden!

Das Unterhaltsgeld bei beruflicher Bildung, die Mittel für berufliche Rehabilitation werden gekürzt. Das ist eine merkwürdige Symmetrie. Das Mutterchaftsgeld wird um 1/3 reduziert und bei den Subventionen wird 1 % weggenommen. Wenn das nicht Umverteilung von unten nach oben ist! Wir müssen in die Offensive. Wir müssen aussprechen, was ist und wir müssen auch hinzufügen, was wir getan haben. Wir müssen auch reden von dem, was wir an Schmerzlichem hätten tun müssen, damit wir in der Opposition glaubwürdig sind. Und da darf man nicht jede Kürzung ablehnen, aber da muß man davon reden, ob es eigentlich soziale Ausgewogenheit gibt. Ob Norbert Blüm eigentlich tätig ist für die Rentner und für die Arbeitnehmer oder nur für Tagesschau und Tagesthemen. Das wollen wir gerne wissen.

Nun mag mancher, Genossinnen und Genossen, denken, da setzt der sich mit der Union auseinander, aber da gibt's doch



im eigenen Bereich auch einiges zu erörtern. Ich will das tun. Denn Parteitage der SPD dürfen nichts verschleiern und nichts verkleiden. Und wir müssen so miteinander umgehen, daß wir das schwierige Aussprechen und die Lösungen miteinander suchen. Viele von uns sind in diesen Tagen bestürzt über die Tatsache, daß aus der Regierung, die ich seit fast 5 Jahren führe, einer der Farbigsten und einer der Profilertesten ausgeschieden ist und dabei noch die Tür laut zugeschlagen hat. Ich meine Hans Otto Bäumler. Wir kennen sein Temperament und Ihr kennt meins. Wir sind unterschiedlich. Wir haben es uns oft nicht leicht gemacht, und ich bin auch nicht Regierungschef geworden, um es leicht zu haben. Ich kann auch für den Fall, daß Ihr mich heute wiedewählt, nicht sagen, ich mach's Euch allen leicht, denn die Partei hat jeden mit seinen Stärken und mit seinen Schwächen. Und ich bitte wahrlich nicht um irgend eine demonstrative Zahl, sondern um ehrliche Ergebnisse. Ich habe Stärken und Schwächen. Aber nur so wie ich bin, nur so kann die Partei mich haben und nur so kann das Land mich haben.

Nun gibt es neben den Stärken und den wirklichen Schwächen auch solche, die werden einem bloß zugeschrieben. Und manche geben fahrlässig Anlaß, das Zuschriebene immer wieder festzuschreiben. Ich habe hier heute vor 6 Jahren gesagt, niemand halte Behutsamkeit in der Sprache für zögernd in der Sache. Dabei bleibe ich und füge hinzu: Bei manchem Medikament, das öffentlich verabreicht wird und das gemeint ist als Stärkung, ist die Nebenwirkung so schlimm, daß sie die gewollten Wirkungen mehr als aufhebt. Und nach dem das ausgesprochen worden ist, sage ich: Das Bündnis der Vernunft, das, was Hans Otto Bäumler mit dem Stichwort "Waldläufer und Malocher" bezeichnet hat, das bleibt und das bleibt vernünftig und das bleibt nötig, aber es muß auch vernünftig eingefordert werden. Laßt uns nicht in die Alternative Wald oder Revier geraten, Natur oder Technik, Arbeit oder Gesundheit. Der eine meint, ein Befreiungsschlag sei gut, der Zuständigkeiten verändert. Ich bleibe bei einer behutsamen, bei einer beharrlichen, bei einer zielbewußten Fortsetzung meiner Arbeit.

Ich höre viel auf Experten, Wissenschaftler und Statistiker, aber ich nehme denen nicht gleich alles ab. Wie oft haben die sich schon geirrt. Die Bürger haben Ansprüche, ökologische, materielle und soziale. Arbeitsplätze

und Umwelt sind gleichwertig, aber wo die Gesundheit gefährdet ist, muß Umweltschutz absoluten Vorrang haben. Freilich, die CDU diskutiert bei uns seit Monaten, wer 1985 wohl die besseren Chancen habe, um die SPD und den Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen zu schlagen. Herz oder Kopf, Kopf



oder Herz, Herz und Kopf, Kopf und Herz. Laien könnten glauben, da gehe es um eine Organbank. Richtig ist, Mundwerk allein tut's nicht. Da muß schon jemand ganz und mit seinem ganzen Einsatz bereit sein. Aber ich frage angesichts dieses Bildes der Union in diesen Wochen ebenso freimütig, wenn's schon der Opposition so schwer fällt, sich auf das angeblich richtige Gegenbild zu einigen, müssen wir dann eine neue Diskussion entfachen oder für die neue Diskussion Material liefern?

Genossinnen und Genossen, um es nicht zu ernsthaft werden zu lassen: Wenn ich mir den seit Monaten anhaltenden Familienstreit in der CDU "in diesem unserem Lande" ansehe, dann stellt sich ja nicht nur bei mir, sondern auch bei manchem von den unmittelbar Beteiligten und Betroffenen ein, was der alte kluge Spötter Karl Kraus einmal gesagt hat. Er hat gesagt: "An dem Wort Familienbande ist viel Wahres dran." Nun erleben wir ja diese ganze Diskussion in der Union auf dem Hintergrund, das Revier müsse erobert werden. Da mag es alle möglichen Strategien geben. Sie können nicht Erfolg haben. Wer das Revier gewinnen will, der muß hier Wurzeln haben, wenn etwas machtvoll wachsen soll. Da kann man nicht ein paar kleine Setzlinge oder ein paar Ablager aus dem alten Blumenkasten bringen, und da genügt kein schlagzeilen-trächtiger Auftritt mit dem Jeep, als ob das Ruhrgebiet Safariland wäre. In der Regierungserklärung von Helmut Kohl steht übrigens nur ein Satz zum Ruhrgebiet, und der hilft nicht weiter. Des-

halb wollen wir unsere Positionen verteidigen und ausbauen im Ruhrgebiet - aber nicht nur da. Wenn wir das wollen, müssen wir uns klar darüber sein, Genossinnen und Genossen, Nordrhein-Westfalen ist entgegen landläufigen Meinungen kein klassisches SPD-Land. In der Weimarer Zeit hatte im Ruhrgebiet das Zentrum die Mehrheit, wir lagen oft bei 15 bis 20 %, während es anderswo 60 waren. Wir hatten erst 1962 mehr als 40 % bei der Bundestagswahl. Wir hatten 1966 zum ersten Mal mehr Stimmen als die CDU. Wenn ich das sage, dann sage ich das, damit wir wissen, Hochburgen kann man auch verspielen, man darf ihrer nicht zu sicher sein. In München waren es 1972 noch 55 % und 1978 waren es noch 34 %. Und jetzt geht's da aufwärts und jetzt wünschen wir Georg Kronawitter Glück. Aber wir wissen gleichzeitig, wir dürfen es uns nicht leicht machen, wir müssen uns ganz einsetzen. Für unser ganzes Land, für das Revier wie für den bergischen Bereich, für die Eifel wie für Ostwestfalen und Lippe und das Münsterland. Das geht nur, Genossinnen und Genossen, wenn Parteitage wieder Orte der Ermutigung werden.



DIE ZUKUNFT VON NRW. DIE KRAFT DER SPD.

Das hat es früher mal gegeben, daß nach Parteitag die demoskopischen Zahlen hochgingen und nicht herunter. Ob wir das miteinander schaffen und ob wir das Zweite schaffen: deutlich zu machen, der Ernstfall der Parteilarbeit ist nicht der Ortsverein und nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern ist die Situation, in der der Sozialdemokrat in den Vereinen und Verbänden, in den Gewerkschaften und Kirchen, im vorpolitischen Raum für sozialdemokratische Ziele eintritt, darauf kommt es an. Da ist noch viel zu tun, in Bürgerinitiativen und Schulpflegschaften. Da muß die Partei das auch honorieren, da darf sie den einzelnen nicht fragen, wie er in der Gremienarbeit gewesen ist, die auch sein muß, die aber ihren Dienstleistungscharakter wieder deutlich zei-

gen muß. Nordrhein-Westfalen, Genossinnen und Genossen, Antje hat schon davon gesprochen, steht in einer schwierigen Situation. Wir haben es schwerer als andere Länder, vor allen Dingen im Süden. Es gibt Leute, die glauben, es gäbe auf Dauer ein Nord-Süd-Gefälle. Ich kann das nicht hinnehmen. Aber deutlich muß sein, wir Sozialdemokraten bauen keine Klagemauer. Wir betteln nicht um Hilfe. Aber wir fordern ein, daß diejenigen die Probleme unseres Landes mitlösen, die von unseren Lösungen jahrzehntlang gelebt haben. Die von Kohle und Stahl gelebt haben und denen wir Milliardenbeträge gegeben haben, damit sie ihre Volkswirtschaft aufbauen konnten. Freilich, und im Beitrag von Jupp Denzer wird das deutlich werden, wer von Nordrhein-Westfalen erwartet, daß wir die Bonner Defizite ersetzen, den müssen wir enttäuschen um der Redlichkeit und um der Wahrhaftigkeit willen. Wir können das nicht. Wir können nicht eine Arbeitsteilung mitmachen, bei der Bonn die Einnahmen und wir die Ausgaben haben. Aber wir können gemeinsam mit der Bundestagsfraktion in Bonn und natürlich auch gemeinsam mit der gewählten



DIE ZUKUNFT VON NRW. DIE KRAFT DER SPD.

Bundesregierung, die wir uns anders wünschen, die aber unser Partner sein muß, für dieses Land eintreten und seine Probleme zur Sprache bringen. Dabei wird sich herausstellen, die bundesstaatliche Finanzordnung ist nicht mehr in Ordnung, die muß geändert werden. Unser Steuerrecht muß im nächsten Jahr ein Thema werden, wir brauchen ein sozialeres Steuerrecht, als wir es jetzt haben. Und wenn wir das soziale Gewissen sind, dann wollen wir die Beiträge liefern.

Manche Kommentatoren tun so, als sei unser Ja zum Kohle-Vorrang, als sei unser Ja zum Stahl Sentimentalität oder Nostalgie. Davon kann doch keine Rede sein. Wir treten doch nicht für die Kohle ein, weil wir gern Bergmannskapellen hören, sondern wir treten für die Kohle

ein, weil wir wissen, wenn es diese sichere heimische Energiequelle nicht mehr gibt, dann steigt das Maß unserer Erpreßbarkeit durch andere Energien. Und deshalb leisten wir einen nationalen Beitrag.

Kohle muß umweltverträglich gemacht werden in Benutzung und Veredelung. Das ist eine Aufgabe, die darf man nicht kleinschreiben. Aber Kohle darf man nicht aufgeben in einem Land, dessen Abhängigkeit von anderen Energien wir zweimal erlebt haben, und in einer Welt, in der man gar nicht weiß, wann welcher Krisenherd wo entsteht.

Und so sagen wir zum Stahl, wir wissen, daß die Zeit der hohen Stahlproduktion nicht zurückkommt. Wir wissen, daß die, die da tätig sind, und die die Produkte weiterverarbeiten, vor schwierigen Zeiten stehen. Wir können nichts versprechen, was über unsere Kraft hinausgeht, aber unsere Solidarität, die wird nicht nur in Worten bestehen, und deshalb legen wir Wert darauf, daß ein industriepolitisch und ein regionalpolitisch vernünftiges Stahlkonzept zustande kommt. Und deshalb sage ich auch in Duisburg, daß wir nur ein Stahlkonzept mittragen können, in dem auch Dortmund und Bochum und Hagen und Siegen stattfinden.

Und da fragen wir die Bundesregierung, da fragen wir die, die uns Zögern und Zaudern vorwerfen, wie lange wollen sie sich noch hinter Moderatoren verstecken, wann kommen einmal die Pläne auf den Tisch, wann erfahren wir einmal, was die Bundesregierung wirklich will, und welche Standort- und welche Arbeitsplatzsicherung haben die im Sinn, die in dieser Republik für Wirtschaftspolitik zuständig sind. Unser Land hat seine Probleme, und wir als Nordrhein-Westfalen und als Sozialdemokraten versuchen, die Antworten auf diese Probleme zu geben. Wir tun das oft glanzlos, manchmal vielleicht zu glanzlos. Aber die Aufgabe ist auch schwer, das Land einzustellen auf den Anpassungsprozeß mit seinen ökonomischen, seinen finanziellen und sozialen Auswirkungen. Und diesen Anpassungsprozeß so abzufedern, daß die Leitlinie der solidarischen Gesellschaft gehalten wird und erkennbar bleibt, daß das Erreichte sozial und strukturell sinnvoll konsolidiert wird und daß mit den verbleibenden Möglichkeiten zukunftsweisende Anstöße für unser Land gegeben werden. Wir werden heute nachmittag die Duisburger Erklärung diskutieren und, wie ich hoffe, verabschieden. Dann wird deutlich, dieses Einstellen der Landespolitik auf

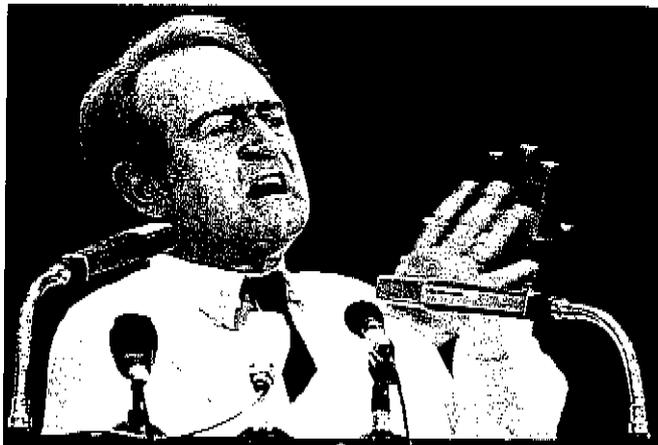
diesen Anpassungsprozeß geschieht auf einem hohen privaten und öffentlichen Wohlstandsniveau - sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich mit einer Infrastrukturausstattung in den Gemeinden und den Städten und den Kreisen, die ihresgleichen sucht. Fragt da mal die Oberbürgermeister oder die Oberstadtdirektoren, wie unsere Städte im



Vergleich zu denen in anderen Ländern sind. Was hier Sozialdemokraten an Leistung vollbracht haben, ist nicht allen präsent, muß immer wieder deutlich gemacht werden - auch deshalb, weil für diese Werte, für Wohnungsbau, für Straßenbau, für das Schul- und Bildungssystem, für die Sportstätten und die Wasser- und die Abwassersysteme - heute und in den nächsten Jahren noch bezahlt werden muß, weiter bezahlt werden muß. Darum haben wir Einschnitte geschehen lassen müssen und Einschnitte vornehmen müssen in Bereichen, die uns wahrlich wichtig sind: bei der Weiterbildung, bei der Lernmittelfreiheit, bei den Kindergärten, beim Rettungsdienst. Das war nötig, damit alle Gruppen Beiträge erbringen, damit wir Spielraum bekommen für die Zukunftschancen der jungen Generation.

Wir haben besondere Probleme. Übrigens nicht nur in der Montan- und Grundstoffindustrie. Auch bei Textil, bei Chemie und Maschinenbau sind wir in vielen Bereichen nicht mehr der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und damit erhöhen sich die Arbeitslosenziffern und die Konkurse, die regionalen und sozialen Probleme. Aber da sage doch keiner, das sei die Schuld der Sozialdemokraten. Im ersten Quartal dieses Jahres hat die Zahl der Pleiten bundesweit um 15 % zugenommen. Was hatte denn Herr Kohl versprochen: daß seine Regierungsübernahme das beste Beschäftigungsprogramm sein würde. Wo ist das denn geblieben? Wir haben wenig Spielraum, wir haben geringe Zuständigkeiten, wir ha-

ben zuwenig Hilfe von anderen, und der mühselige und dauernde Abwehrkampf gegen die Pläne bei Kohle und Stahl ist wahrlich schwer. Wir führen einen für die Öffentlichkeit schwer zu durchschauenden Kampf gegen die finanzielle Aushöhlung des Landes und seiner Gemeinden durch Bundesgesetze. Eine zweite Niederlage wie bei der Lohnsummensteuer könnten wir nicht mehr ertragen, könnten wir nicht mehr verkraften. Aber wenn



nun einige fragen, und einige unter uns fragen ja, wo ist eure Leistungsbilanz, dann will ich ein paar Stichworte dafür nennen. Kennt Ihr die arbeitsplatzorientierten neuen Förderprogramme, den Handlungsrahmen mit Fernwärme, das Stahlstandortprogramm, die umfangreichen Programme zur Bekämpfung der



Jugendarbeitslosigkeit, das neue Städtebaukonzept, den Grundstücksfonds für Bodenmodernisierung im Ruhrgebiet, die konsequente Landschaftspolitik durch Landschaftspläne? Wir sind das erste Land, das einen Landschaftsplan in der Bundesrepublik in einem Kreis hat verabschieden können. Wir sind führend in der Umsetzung des Bundesabwasserabgabengesetzes, der Natur- und Pflanzenschutz ist durch nordrhein-westfälische Initiativen voran gekommen, wir haben eine aktive Verbraucherschutzpolitik betrie-

ben. Wir haben eine konsequente Luftreinhalte-Politik, wir haben Immissionschutzförderungen und Rahmenabkommen, wir haben staatliche Standards zur Entlastung der Kommunen und der freien Träger abgebaut. Wir haben unsere Probleme in einer Zeit, in der weniger Geld da ist. Aber nach dem ab 1. August 1982 das neue Gesamtschulgesetz verabschiedet worden ist, sind 14 neue Gesamtschulen errichtet worden. Das waren unsere bildungspolitischen Akzente. Wir haben als Landesregierung der Fraktion zugesagt, daß wir das Geleistete praktisch verwendbar aufarbeiten und eine bis hin in jede Gemeinde nachvollziehbare Bilanz als Mandatsträger zur Verfügung stellen wollen. Leistungen sind der rückwärts gerichtete Teil der Politik. Aber die Grundlinien der solidarischen Gesellschaft gelten auch für die kommenden Jahre. Da geht es darum, den Kampf für soziale Rechte und für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Da geht es darum, zu streiten für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, für Chancengleichheit, gegen eine konservative Gesellschaftspolitik, die wieder Bildungsbarrieren errichten will von unten nach oben, unter dem Deckmantel der Wirtschaftsbelebung umverteilt, und die Mitbestimmung und Mitgestaltung zurückdrehen will. Von den vier Milliarden Steuerentlastung der Regierung Kohl gehen 3,5 Milliarden an die Unternehmen und 500 Millionen, das sind 12 %, so ungefähr, die bleiben für die Masse der Arbeitnehmer. Wir sagen, das ist falsche Umverteilungspolitik. Da gilt es jetzt, Dinge zusammenzufassen, da gilt es, Plätze zu schaffen im Ausbildungs- und Schulbereich, und die Diskussion wird zeigen können, daß sich das, was da geschieht, sehen lassen kann. Wir hatten keine Ausbildungsplatzgarantie abgegeben vor der Wahl, und es war beschämend, daß uns dann die Briefe aus Bonn erreichten, wir sollten doch den jungen Leuten einen Ausbildungsplatz besorgen. Da soll ein ganzer Jahrgang, der vor der Wahl angesprochen und dem was versprochen wird, offenbar behandelt werden mit dem Auf und Ab eines Kursbarometers, jeden Tag eine neue Nachricht. Was denken sich eigentlich Menschen, die sich solche Wahlschlager einfallen lassen, über die Würde des Menschen und über die Hoffnung einer jungen Generation? Wir wissen und wir sagen es seit Jahren, die Probleme der Arbeitswelt lassen sich in einer Zeit zunehmender Produktivität und geringer gewordenen Wachstums nicht lösen ohne Arbeitszeitverkürzung. Ich will das jetzt nicht ausbreiten. Wir haben in vielen Veranstaltungen darüber gespro-

chen, sondern ich will noch einmal sagen, wir können über die Wünschbarkeit von Wachstum Stunden und Stunden reden. Wenn diese Gesellschaft nicht begreift, daß qualifiziertes, daß ausgewähltes Wachstum, daß menschlich entschiedenes Wachstum das Thema sein muß, dann wächst alles, aber eben nicht nur der Wohlstand, sondern auch das, was wir an schrecklicher Ausbeutung unserer Welt erleben. Man kann das ja sehr einfach sagen. Soll wirklich die Produktion von Medikamenten noch mehr wachsen? Oder brauchen wir bessere und weniger? Und brauchen wir eine andere Art zu leben, damit nicht alles wachsen muß. Aber wenn ich das alles einmal weglasse, dann bleibt doch die Frage, und die muß man doch auch Herrn Esser oder auch Herrn Rodenstock stellen, damit sie aus ihren Tabu-Gräben herauskommen, wenn sie uns immer wieder versichern, daß es keine Arbeitszeitverkürzung geben könne. Gibt es denn eine schlimmere, eine inhumanere, eine volkswirtschaftlich dümmere Arbeitszeitverkürzung, als die mit 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, die auf Null gesetzt sind?

Das ist eine Sache der Tarifpartner. Da können wir nur anschieben und fördern, aber in einigen Bereichen können wir auch was tun. Deshalb bin ich Jürgen Girenschn für seine Vorschläge dankbar, was die Lehrer angeht und den übrigen Kabinettskollegen, die aufgrund einer Studie, die Friedhelm Farthmann vorgelegt hat, in Einzelaspekten rechtliche, beamtenrechtliche, im Bundesrat einzubringende Initiativen vorbereiten. Das ist das, was wir tun können, aber das ist längst nicht alles und das ist nicht das Entscheidende. Und deshalb sage ich, in diese Politik paßt auch die Entscheidung, im Jahre 1984 ein Gesetz zu verabschieden, damit ab 1985 in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Bundesländern Bildungsurlaub möglich wird. Ich habe das versprochen und ich will das halten.

Und ich füge hinzu, das machen wir doch nicht, um ein paar Handwerksmeister oder ein paar Mittelständler zu ärgern. Im Gegenteil, für einige von denen müssen wir Ausgleichsregelungen finden. Sondern das tun wir, damit uns das Potential erhalten bleibt, das das entscheidende Potential in Nordrhein-Westfalen ist: Der qualifizierte Arbeiter, der phantasiereiche Techniker, der kreative Kaufmann, die sollen in diesem Land die Chance haben, sich weiterzubilden und ihre Orientierung zu qualifizieren. Und darum wollen wir diesen Schritt gehen. Wir brauchen eine Struk-



tur und eine Industrie, eine energie- und eine umweltpolitische Gesamtstrategie. Das ist leichter gesagt als getan, das ist ein mühevolleres Geschäft: bei Luftreinigung, bei Sanierung der Altanlagen, bei gleichzeitigem Angehen gegenüber anderen Verbrennungsvorgängen, bei der weiteren Umsetzung unseres Fernwärmekonzeptes und beim Festhalten am Vorrang von Energiesparen und rationeller Energienutzung. Wir brauchen eine Konzentration des Aktionsprogramms Ruhr und seine Einbettung in eine Ruhrgebietspolitik, die neue konkrete Ansatzpunkte für Technologie und Innovation und neue Produkte liefert, ohne daß wir unsere Verantwortung für Kohle und Stahl vernachlässigen. Die innere Umrüstung unserer Industrie ist das Thema, nicht die Frage, ob wir Kohle und Stahl verdrängen wollen. Da sind unsere Einflußmöglichkeiten gering. Denn Wirtschafts- und Struktur- und Steuerpolitik gehen nur auf dem mühsamen Weg über den Bundesrat. Und wer unseren Kampf gegen falsche Bauherrenmodelle und sinnlose Abschreibungsmöglichkeiten angesehen hat, den Diether Posser eingeleitet hat, der weiß, wie lange so etwas dauert. Aber wir sind stolz darauf, daß wir in Fragen der Wirtschafts- und der Umweltkriminalität und ihrer Bekämpfung wach waren, bevor andere das Feld auch nur entdeckten.

Es geht um den Frieden mit der Natur und um die Erhaltung der Umwelt. Mit Landschaftsplanung und Biothopenschutz, mit dem Ankauf ökologisch wertvoller Flächen, wie das erreicht worden ist mit der Verdoppelung der Naturschutzgebiete. Aber natürlich müssen wir darüber hinaus stärker in die Abfall- und Recyclingwirtschaft, die marktfähig ist und die gleichzeitig öffentlichem Interesse entspricht.

Wir brauchen mehr Schutz vor Chemikalien durch vorbeugenden Umweltschutz in der Landwirtschaft.

Genossinnen und Genossen, ich habe Euch die Rede, die ich am Mittwoch dazu im Landtag gehalten habe, vorgelegt, und ich will hier noch einmal zitieren, was wir im Wahlprogramm am 21. Januar gesagt haben:

Es genügt nicht, die Probleme von Ökologie und Umweltschutz richtig zu erkennen und ihre Ursachen zu benennen. Wer verändern will, muß praktische Verantwortung übernehmen und gestalten wollen. Ohne den Willen und die Fähigkeit zur praktischen Umsetzung des Gewollten wird niemand seiner Verantwortung vor der Zukunft gerecht. Dazu gehört allemal die Bereitschaft zum konstruktiven Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

So gibt es nicht nur Sorgen um die Welt. Es gibt eine weit über unsere Partei hinausgehende Diskussion unter vielen Menschen und wahrlich nicht bloß unter jungen, wie man denn den Frieden sicher machen könnte. Wir wollen das Thema heute nicht in den Mittelpunkt unseres Parteitages stellen. Wir werden im Herbst Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. Ich möchte die Tatsache, daß der amerikanische Vizepräsident heute in Nordrhein-Westfalen ist, nutzen, um eine Bemerkung zu machen: Niemand darf sich im unklaren sein, niemand darf der oft geschürten Unklarheit Vorschub leisten: Wir diskutieren im Bündnis, und wir diskutieren nicht über das Bündnis.

Unser Ja zum Westen ist klar und eindeutig. Wir sind keine Wanderer zwischen beiden Welten.

Aber Genossinnen und Genossen, mich überkommt betroffenes und erschreckendes Erstaunen, wenn ich feststelle, daß die Union jeden, auch jeden unbedachten Satz oder Halbsatz eines amerikanischen Generalstäblers und Sicherheitsberaters als innenpolitischen Schlagstock gegen die SPD verwendet und dann betreten schweigt, wenn die Amerikaner, die sich deutlich und ausführlich äußern, katholische Bischöfe sind. Ist das eine besonders subtile Form von Antiamerikanismus bei der CDU, oder ist das eine besondere neue Christlichkeit der christlich firmierten Partei? Oder ist das die schlichte Verstocktheit gerade derer, die uns im Bundestagswahlkampf 1980 im Interesse ihres eigenen Wahlerfolges einzelne Zitate aus einem Hirtenbrief mißbräuchlich um die Ohren geschlagen haben? Wir fragen danach, und wir fügen hinzu, es wird in dieser Welt nicht nur genug gerüstet, sondern zuviel. Es gibt viel an Kriegs-, an Militärforschung, und deshalb bin ich betroffen, daß die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die Gustav Heinemann angeregt und gegründet hat, jetzt ganz still sterben soll. Und da sage ich: Wir werden darauf achten bis zum Herbst, ob die Sache, um die es da geht, erhalten bleibt. Denn es muß mehr



geforscht werden über den Frieden und über die Konfliktbeherrschung als über neue militärische Potentiale. Und wenn die Sache nicht erhalten bleibt, dann wird Nordrhein-Westfalen aufrufen, ein Gustav-Heinemann-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in unserem Lande zu gründen.

Laßt mich an dieser Stelle sagen, eine Volkspartei, darüber wird ja viel geredet, was das ist; eine richtige Volkspartei muß auch ein Gespür haben für das, was es in anderen Völkern gibt. Sie darf nicht einäugig sein, und sie darf nicht blauäugig sein. Und deshalb meine ich, es wäre eine Auszeichnung dieses Charakters der Volkspartei der nordrhein-westfälischen SPD, daß wir im vergangenen Jahr als erste Parteiorganisation von allen Parteien eine Aktion gemacht haben: "Solidarität mit Solidarnosc" und daß ein Mann wie Lew Kopelew, der inzwischen ein Bürger unseres Landes ist, uns dabei geholfen hat. Und deshalb meine ich, es wäre eine Auszeichnung als Volkspartei, daß wir in diesem Jahr daran erinnern, daß in Nicaragua Menschen sterben und daß in Chile Menschenrechte geknechtet werden. Und deshalb war Ernesto Cardenal unser Gast. Beide, Lew Kopelew aus der Sowjetunion, der jetzt bei uns lebt - und ich möchte, Sacharow könnte auch hier leben, nachdem, was ihm geschieht - und Ernesto Cardenal, das ist die Spannweite. Und da frage ich die jungen Menschen, ist das nicht eine Partei, zu der man hinzukommen muß? Denn wieviele Hoffnungen sind zerstört worden in den letzten Jahrzehnten, als Dubcek abgelöst und später, als Allende ermordet wurde. Ich bin nicht für billige Gleichsetzung. Aber ich bin dafür, daß wir, gerade weil wir Bodenhaftung haben, uns den Blick in die Welt nicht verstellen lassen und daß wir da mittun, wo wir Menschen in Not und in Elend, auch in innerer Not helfen können.

Das alles, was jetzt mit dem Wähler zu besprechen ist, das alles, was wir ins Gespräch mit dem Bürger bringen möchten, und dafür müssen wir uns Zeit nehmen, das alles ist wie in einem Brennglas in den sozialen Verwerfungen der Gegenwart erkennbar. Wir sind nicht zuletzt eine sozialpolitische Partei. Aber wir sind auch nicht die, die mit dem Cocktailglas herumstehen und ständig vom Mißbrauch der Sozialgesetze reden. Wir glauben, daß es auch Mißbrauch gibt. Natürlich gibt es auch Mißbrauch bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld; den muß man abstellen. Aber wir möchten, daß über Mißbrauch da nicht mehr

und nicht herablassender geredet wird als über den Mißbrauch, den wir in vielen Bereichen, in anderen Berufs- und Einkommenschichten haben. Das hat was mit Gerechtigkeit zu tun.

Sozialpolitik ist nicht bloß für Schönewetterzeiten. Und wer eine schwierige wirtschaftliche Situation dazu mißbraucht, die Menschen herauszunehmen aus der Versicherung ihrer Grundrisiken, der findet unseren Widerspruch. Das war kein Sozialdemokrat, der gesagt hat: "Wenn die Menschen im Westen den Glauben daran verlieren, daß demokratische Regierungen die Kontrolle über ihre wirtschaftlichen Geschicke besitzen, wird die Wirtschaftskrise zu einer Krise der westlichen Demokratien werden." Das war Henry Kissinger, und ich gebe ihm Recht. Und viele, die durch die Aufschwungparole hinter das Licht geführt worden sind, müssen wissen, die Sicherung des einzelnen vor materieller Not ist gerade in Krisenzeiten nötig. Darum gibt es doch die sozialen Leistungssysteme, damit die Grundrisiken abgesichert werden können. Mit gesetzlicher Krankenkasse und Rentenversicherung. Mit Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Damit wir nicht nur selber, sondern damit unsere Bürger vor den Wechselfällen des Lebens, vor Not und bei Krankheit und im Alltag gesichert sind. Die Ellenbogengesellschaft, Genossen und Genossen, hat keine Zukunft. Aber die solidarische Gesellschaft hat Zukunft. In vielen Köpfen ist längst die Einsicht gereift, daß viele noch Zuwachs brauchen, daß aber materieller Luxus und Wohlstand nicht alles sind. Menschliche Wärme ist auch ein erstrebenswertes hohes Gut. Freizeit für die Familie, für die Freunde, für den sozialen Dienst, für die politische Mitwirkung sind auch etwas, wofür Sozialdemokraten gestritten haben. Und wenn man das erreichen will, daß menschliche Wärme und menschliche Werte auch materielle Krisenzeiten überstehen können, dann muß Gerechtigkeit herrschen, und darum treten wir für soziale Gerechtigkeit ein. Das tun wir mit allen, die bereit sind, mitzutun. Und darum sagen wir den Arbeitgebern: Vergessen Sie es nicht, sozialer Friede ist auch ein Produktions- und Produktivitätsfaktor. Wir sind das Land mit den geringsten Streiktagen unter allen Industrienationen. Das verdanken wir auch der Tatsache, daß wir eine so starke Einheitsgewerkschaft haben, und wir wollen nicht, daß immer nur die Gewerkschaften in Polen gelobt werden und daß sie hier gedemütigt werden.

Und darum sage ich Michael Geuenich ein Wort des Dankes und sage, das wissen wir, und die, die lange bei uns sind, wissen es schon lange. Es geht nur, wenn diese beiden Wurzeln der Arbeiterbewegung zusammenbleiben. Nur dann kann der Baum gute Früchte tragen. Das heißt nicht, daß wir eine reine Arbeiterpartei werden müssen. Wo sind denn die Aufsteiger eigentlich hergekommen. Woher kommen denn die, die ihre Privilegien gegen uns verteidigen, weil sie vergessen haben, daß wir ihnen diese Privilegien der weiterführenden Bildung erst verschafft haben?

Und darum kämpfen wir um die Mitte. Nicht um von links wegzukommen, sondern um den Aufsteigern und den Aufgestiegenen zu sagen, es ist diese Gesellschaft, diese von Sozialdemokraten bestimmte Gesellschaft, die, die solche Strukturen und Infrastrukturen geschaffen haben, die Euch das gebracht haben, was Ihr habt. Niemand will Euch das wegnehmen. Neid ist kein Mittel der Politik. Niemand will Euch das wegnehmen. Aber wer glaubt, er könne die Struktur vergessen, aus der das stammt, der darf sich nicht wundern, wenn er eines Tages nicht mehr bei Mittelstandskongressen Diskussionen führen kann, sondern wenn die Konzerne dafür sorgen, daß der Mittelstand ganz schön mittel und ganz wenig beständig bleibt. Darum müssen wir über Mittelstand reden. Wir müssen eine Offensive der neuen Bündnisse machen und, damit mich keiner mißversteht, nicht der neuen Koalitionen. Mein Bedarf an Koalitionen ist auf lange Zeit gedeckt.

Wir suchen keine Koalitionspartner, wir suchen Wähler, von denen haben wir zu wenig. Aber dennoch interessiert uns, was wird aus der FPD in den nächsten Jahren. Bleibt sie in der Sackgasse der reinen Wirtschaftspartei oder wird es mal wieder organisierten Liberalismus geben. Dennoch interessiert uns, was wird aus denen, denen die herkömmlichen Parteien keine Antwort zu geben scheinen. Werden die abseits stehen, oder werden die in politische Sekten geraten, oder tun wir genug, um sie für uns zu gewinnen? Durch die Art des Umgangs mit ihnen und durch die Art des Umgangs untereinander. Das sind Fragen, die sollten wir stellen. Neue Bündnisse: Wir brauchen ein Bündnis, und wir können sie doch fragen, die Menschen in den Kirchen, die von den Problemen der dritten Welt noch stärker bewegt werden, als viele unter uns: Wo ist denn die politische Kraft, die das aufnimmt, wenn nicht die Sozialdemokratie? Wir

müssen sie doch fragen, nicht nur die aus dem Mittelstand, von denen ich eben gesprochen habe, auch die alten Menschen müssen wir doch danach fragen, wie wäre es mit einem neuen Bündnis, weil wir eure Erfahrungen brauchen in einer schwerer gewordenen Zeit? Wie kommen wir zu einem Bündnis mit der jungen



DIE ZUKUNFT VON NRW.

DIE KRAFT DER SPD.

Generation, wie wir es in der 2. Hälfte der 60er mit Willy Brandt's Hilfe zustande gebracht haben, und das hat uns ja allen Narben beigebracht. Aber das ist doch unser Stolz, daß, als die CDU/CSU sich einer ganzen Generation verweigert hat, daß wir da Narben in Kauf genommen haben um unserer Demokratie willen. Nun fragt mal weiter nach, mit welchen Einzelgruppen, mit wem wir über ein solches Bündnis reden müßten. Übrigens auch mit den Ärzten, mit den Heilberufen, viele von denen werden doch nur diffamiert durch die Mißbräuche einiger ihrer Kollegen. Da ist doch nicht ein ganzer Stand abzuschreiben, sondern da gibt es doch viele Fragen danach, ob nicht diese technisierte Medizin Platz machen müßte einem neuen Verhältnis von Arzt und Patient, von Schwester und Patient. Und so könnte ich viele Gruppen nennen, mit denen ein solches Bündnis gesucht werden müßte, auch mit denen, die Liberalität wollen. Liberalität auf der Straße und vor Gericht, bei Demonstrationen und im Prozeß, in den Medien, in den Schulen und Hochschulen. Recht und Ordnung gehören zu unserem Gemeinwesen. Und Helmut Simon hat recht gehabt, wenn er schon vor 10 Jahren gesagt hat, zwei Dinge haben wir nach 1945 bekommen und gewonnen. Und wir reden nur von dem einen und nicht von dem anderen: das eine ist die Demokratie und das andere ist der Rechtsstaat. Und darum müssen die, die diesem Rechtsstaat dienen, im öffentlichen Dienst als Beamte und Richter, als Polizisten, als Soldaten, die müssen wissen, daß wir Partner sind und daß wir gesprächsfähig bleiben. Aber

das bleiben wir nur, wenn wir gleichzeitig sagen: Recht und Ordnung machen das Grundgesetz nicht aus, sondern Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Bekenntnisfreiheit, Meinungsfreiheit und auch der Satz, daß Eigentum verpflichtet. Erst der soziale Rechtsstaat ist der, den wir wollen. Wie sieht es aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die uns in der Kommunalpolitik manchmal helfen und manchmal drücken, die die Nachbarschaft neu entdeckt haben, den Stadtteil, die eine eigene Publikationskultur zustande gebracht haben, die oft in ihrer Wirkung über die Lokalausgaben der Zeitungen hinausgehen? Wie sieht das aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die man in anderen Sprachbereichen technische Intelligenz nennt. Ich denke doch auch darüber nach, über das, was viele von uns bewegt, darf man alles, was man kann? Ist alles verantwortbar, was machbar ist? Seht mal in die Fachzeitschriften, das sind doch nicht alles blasse, blutleere Technokraten, das sind doch Bündnispartner. Da müssen wir deutlich machen, wir sagen ein Ja zu neuen Technologien, aber wir wollen sie sozial-verträglich machen. Uns ist die Verkabelung der Bundesrepublik nicht so wichtig wie die Verrohrung, weil Fernwärme besser ist als Fernsehen. Aber bleifreies Benzin ist doch ein Thema. Das hat doch was damit zu tun, wie wir Leben und Arbeit zusammenbringen. Warum reden wir nicht mit den Technikern darüber. Ich lade ein, mit Phantasie nach neuen Partnern zu suchen. Und dazu gibt es viele Gelegenheiten. Dazu aber muß eine Partei bodenständig sein, und sie darf nicht bloß am Boden kleben bleiben. Die Europawahl wird das deutlich machen. Ich habe das gestern ein bißchen überspitzt gesagt: Wenn die Delegiertenkonferenz für die Europakandidaten nur darin besteht, daß wir da Namen ankreuzen, müssen wir ja wohl nicht unbedingt hingehen, sondern da muß geredet werden über die europäischen Probleme. Über die Beschäftigungspolitik, über Kohle, über Stahl, über einen wahnwitzig gewordenen Agrarmarkt, mit dem wir Überflüssiges produzieren und finanzieren. Wir müssen endlich wieder den politischen Gegner zur Kenntnis nehmen. Ich will das nur an einem kleinen minimalen Beispiel sagen: Hier in Nordrhein-Westfalen gab es vor sieben Jahren eine sogenannte "Filzdebatte". Ich fand sie unrühmlich. Aber was ist eigentlich mit dem, der die damals angeregt hat, hat der eigentlich aufgeschrien und geschimpft, als zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich in Bayern, jemand gleichzeitig Partei- und Staatssekretär

sein konnte, Edmund Stoiber hieß er. Schreit er eigentlich auch angesichts der Tatsache, daß ausgerechnet der Jugend- und Familienminister für die ganze Bundesrepublik zugleich erster Sekretär seiner Partei ist? Ist das kein Filz?!

Wir sagen, das ist stilwidrig, das ist der Demokratie abträglich, und wir sagen, eine Partei wie die CDU, die auf neue Probleme mit alten Rezepten antwortet, die kann eine Wahl gewinnen, das haben wir erlebt, aber die braucht einen öffentlichen Widerpart, der glaubwürdig ist. Und glaubwürdig ist man nur, wenn man mehrheitsfähig und mehrheitswillig ist. Wer meint, mit der Harmonie der kleinen Richtigkeiten kämen wir schon zurecht, der mauert die Partei ein und der bekommt nicht den offenen Blick und nicht die freie Tür zum Bürger. Da ist an unserem Tun einiges zu ändern. Vielmehr gelten wir als Problemwölfer und als Schwarzseher und als Bundesbedenkenträger. Das darf nicht unsere Rolle sein. Die Leute mögen es auch nicht, wenn sie in einer wirtschaftlich schwierigen Situation den Eindruck haben, die Ärzte stehen am Bett des Patienten und streiten darüber, ob er noch zu retten wäre, und weil sie so lang streiten, darum kommt es nicht zu einer Indikation. Deshalb müssen wir heraus aus dem Streit, brauchen wir neue Einigkeit, die die Vielfalt nicht zerstört, müssen wir Mut machen, statt mies zu machen, und muß der Bürger wissen, wo Sozialdemokraten zusammen sind, da sind sie nicht mit sich selber beschäftigt, sondern da sind die dabei, meine Sorgen zu hören, mir Hilfe zu leisten, auch Hilfe durch Zurechtweisung und Zurückweisung. Aber das ist eine Partei, die ist nicht in sich selbst verliebt, sondern sie ist um der Menschen willen da. Das sollten wir zeigen. In Nordrhein-Westfalen, in den Städten und Gemeinden, im Bund, in der Nachbarschaft, nicht bloß auf Kongressen, sondern so wie wir miteinander umgehen, dann entwickelt das Sog-Wirkung, dann kommen wieder Menschen und stellen uns ihre Fragen, und dann werden wir innerlich frei zu neuen Antworten.

7. Bericht des Vorsitzenden der Landtags- fraktion Karl Josef Denzer



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich glaube, wir spüren alle, daß dieser Landesparteitag kein normaler Arbeitsparteitag ist. Der Machtwechsel in Bonn am 1. Oktober vergangenen Jahres und das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. März haben die politische Landschaft für uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen schlagartig verändert.

Neben der Lösung drängender wirtschafts- und finanzpolitischer Probleme gilt es, dem erschreckenden Rückgang der SPD in der Gunst des Wählers von Nordrhein-Westfalen aus wirksam gegenzusteuern. Hierzu ist eine kritische

Standortbestimmung der SPD in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung des am 6. März erkennbar gewordenen Wählerwillens notwendig. Jetzt müssen die politischen Weichen für die überschaubare Zukunft gestellt werden.

Unser kurzfristiges Ziel steht dabei außer Frage: wir werden um die Erhaltung der Regierungsverantwortung unter der Führung von Johannes Rau über das Jahr 1985 hinaus kämpfen! Mittelfristig müssen wir durch eine überzeugende Regierungsleistung eine konstruktive Unterstützung der SPD-Opposition in Bonn unseren Beitrag zur Wiedergewinnung der Macht im Bund leisten. Für den Rest der Wahlperiode wird nordrhein-westfälische Landespolitik Repräsentativfunktion für die SPD insgesamt über unsere Landesgrenzen hinaus haben.

Das kann aber nicht bedeuten, Genossinnen und Genossen - und hier bitte ich genau zuzuhören -, daß wir die "Ausputzerrolle" für die Grausamkeiten der Bundesregierung übernehmen. Wir dürfen uns nicht zum Reparaturbetrieb degradieren lassen und sozusagen als "Rot-Kreuz-Station" das heilen, was die Konservativen in Bonn durch ihre Streich- und Steuerpolitik anrichten.

Wir wollen keine "Sonthofen-Strategie", aber wir können auch nicht verhindern, daß die Leute merken und am eigenen Leibe spüren, was die Mehrheit am 6. März gewählt hat!

Vor diesem Hintergrund ist dieser Parteitag aus der Sicht der Landtagsfrak-

tion überaus wichtig. Die Fraktion braucht den gedanklichen Anstoß durch die Partei. Die Partei muß vordenken, kritisieren, anregen! Dies ist nicht nur ihr gutes Recht, dies ist ihre eigentliche Aufgabe. Die Partei muß aber auch Verständnis für diejenigen haben, die als Sozialdemokraten in Regierung und Parlament Verantwortung tragen. Um dieses Verständnis werbe ich für die Landtagsfraktion um so mehr, weil ich weiß, wie groß die Hoffnungen und Erwartungen waren, die 1980 mit der absoluten Mehrheit der SPD im Landtag verbunden worden sind. Ein zu Kompromissen nötiger Koalitionspartner störte nicht mehr, der Durchsetzung unverfälschter sozialdemokratischer Politik schien nichts im Wege zu stehen.

Nun, nach drei Jahren absoluter Mehrheit wird sicherlich so mancher unsere Arbeit mit kritischen Anmerkungen versehen.

Es sind meistens die Ungeduldigen unter uns, die vor dem drängenden Wunsch nach Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten und erkannter Mißstände in unserer Gesellschaft den Blick für das Machbare verlieren.

Schlagworte wie

- Kürzungspolitik
- Kaputtsparen
- Totengräber der Jugendpolitik

waren Kommentare, die allzuoft aus den Reihen der eigenen Genossen zu vernehmen waren. Da wurden voreilig Sozialdemokraten eingeteilt in gute und schlechte. Die guten, das waren die, die Ausweitung wollten, im Bildungsbereich, bei den Sozialausgaben, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der Kulturpolitik, bei den Zuweisungen an die Gemeinden, im Wohnungsbau, im Umweltschutz usw. Die schlechten Sozialdemokraten waren die, die auf das leere Staatsportemonnaie hinwiesen und ihre Mitwirkung bei einer zu starken Ausgabenausweitung verweigerten.

Es ist das bittere Los der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie, daß sie ausgerechnet in einer Zeit wirtschaftlicher Umorientierung vom Wähler mit absoluter Mehrheit ausgestattet worden ist. Der Abschied von den Zuwächsen der 50er und 60er Jahre fällt uns Sozialdemokraten naturgemäß schwerer als denen, die mit liberalistisch-konservativem Staatsverständnis Politik betreiben! Wie haben wir auf diese Herausforderung reagiert? Wir haben frühzeitig den An-

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG



passungsprozeß an veränderte Rahmendaten eingeleitet. Durch eine Politik strenger Ausgabendisziplin und eine gleichzeitige, starke Ausweitung der Kreditaufnahme haben wir versucht, ausbleibende Steuereinnahmen zu verkräften. Dabei haben wir aus der Erfahrung früherer Jahre darauf gehofft, daß irgendwann Wirtschaftswachstum und damit kräftig steigende Steuereinnahmen Haushaltsprobleme von selbst lösen würden.

Die Realität sieht leider völlig anders aus:

- eine weltweite, lang anhaltende Wirtschaftsschwäche mit sinkenden Steuern,
- Steuersenkungsprogramme, noch dazu für die Falschen,
- die weltweite Anwendung konservativer Rezepte in der Wirtschaftspolitik mit einer Vermögensumverteilung von unten nach oben

haben unsere Haushaltsprobleme zunehmend verschärft.

Steigende Einnahmen des Landes sind nicht zu erwarten, ein zusätzlicher Kreditspielraum besteht nicht mehr! Das müssen endlich auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die bei Finanzierungsproblemen auch heute noch auf das scheinbare Patentrezept einer verstärkten Kreditaufnahme hinweisen. Ich sage hier ganz deutlich: Auch noch so stramme Parteitagebeschlüsse können kein Geld ersetzen!

Landesregierung und Landtagsfraktion haben erkannt, daß das Ende der Fahnenstange längst erreicht ist. In der Erkenntnis, daß Politik als Kunst des Möglichen beschrieben wird, haben wir unsere kurz- und mittelfristigen politischen Ziele neu formuliert. Jeder von uns weiß, daß Politik sich nicht irgendwann vollendet. Politik ist vielmehr das ständige Ringen um die Lösung von

Problemen in unserer Gesellschaft, wobei in der sogenannten Tagespolitik aktuelle Rahmenbedingungen nicht ignoriert werden können. Heinz Kühn hat in seiner Regierungserklärung im Jahre 1975 unter dem Eindruck der Auswirkungen der ersten Ölpreisexplosion erklärt: "Es gibt Zeiten, in denen die Bewahrung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren ist." Er ist damals wegen dieser Aussage heftig kritisiert worden. Heute wären viele seiner damaligen Kritiker froh, wenn das in vielen Politikbereichen Erreichte gehalten werden könnte. Ich meine, daß der Satz von Heinz Kühn sogar abgewandelt werden muß: Unter bestimmten Konstellationen kann zum aktuellen politischen Ziel durchaus das werden, was hinter das bereits früher Erreichte zurücktritt.

Trotz aller Anpassungszwänge ist in Nordrhein-Westfalen keine Politik blinder Ausgabenkürzung betrieben worden. Wir haben stets unsere sozialdemokratische Verantwortung wahrgenommen. Wir haben das Gebot der sozialen Ausgewogenheit bei notwendigen Einschränkungen staatlicher Leistungen beachtet und Prioritäten gesetzt.

Dies wird deutlich, wenn man ausgewählte Ausgabenpositionen im Landeshaushalt in den ersten vier Haushaltsjahren dieser Legislaturperiode den letzten vier Haushaltsjahren der letzten Legislaturperiode gegenüberstellt:

Einer Steigerung der Gesamtausgaben um 33 % in den Jahren 1980 bis 1983 gegenüber dem Zeitraum 1976 bis 1979 stehen in für Sozialdemokraten wichtigen Bereichen folgende Ausgabensteigerungen gegenüber:

Landesjugendplan + 36 %, Weiterbildung + 37 %, Kindergärten + 30 %, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit + 79 %, Umweltschutz + 210 %, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen + 722 %.

Diese nüchternen Zahlenvergleiche sind ein Beleg dafür, wo wir Prioritäten gesetzt haben. Sie sind auch ein Beleg dafür, wie wichtig es auch in Zeiten angespannter Haushaltslage ist, daß Sozialdemokraten die Richtlinien der Landespolitik bestimmen! Das Maximum des Erreichbaren wird heute leider durch unsere spezifische Haushaltsstruktur bestimmt. Sie ist gekennzeichnet durch eine viel zu niedrige Steuerfinanzierungsquote, eine zu hohe Kreditfinanzierung und eine daraus folgende unerträgliche Zinsbelastung.

Zwei Zahlenvergleiche sollen dies ver-

deutlichen: Die Zinsausgaben dieser Legislaturperiode - also die Zinsausgaben der Haushaltsjahre 1980 bis 1983 - weisen gegenüber dem Vierjahreszeitraum 1976 bis 1979 eine Steigerungsrate von 188 % aus! Die Steuereinnahmen sind dagegen lediglich um 19,5 % gestiegen. Dieses Mißverhältnis gilt es zu beseitigen. Damit sich jeder hier einmal plastisch vorstellen kann, wie groß die Zinsbelastung des Landes ist:

Wenn man so reich wäre, daß man jeden Tag 1.000 DM ausgeben könnte, dann müßte man 15.000 Jahre leben, um das Geld auszugeben, was das Land allein in diesem Haushaltsjahr an Zinsen aufbringen muß!

Nun ist wohl jedem klar, daß zu den von uns zu lösenden landespolitischen Fragen auch die mittelfristige Konsolidierung unseres Landeshaushaltes gehört. Ich glaube, spätestens seit dem Wahlsieg der Konservativen ist jedem von uns bewußt, daß die Kompetenz zur Lösung haushaltswirtschaftlicher Probleme auch für viele unserer Traditionswähler ein entscheidendes Kriterium bei der Beurteilung politischer Parteien ist.

Wir müssen und wir werden uns dieser Prüfung stellen, und ich bin davon überzeugt, daß wir die innere Kraft besitzen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Das politische Geschäft in Nordrhein-Westfalen ist zur Zeit nicht leicht. Unsere Arbeit ist seit dem 16. Juni auch nicht gerade leichter geworden. Streitigkeiten auf der Führungsebene der Landes-CDU wurden von einem Tag auf den anderen aus den Schlagzeilen der Massenmedien verdrängt. Die SPD war wieder im Gespräch, Umweltfragen haben dabei eine große Rolle gespielt. Umweltpolitik ist ohne Zweifel wichtig. Wir haben sie als große Herausforderung an unsere politische Gestaltungskraft erkannt. Wir wissen aber auch - im Gegensatz zu "Grünen" und ihren Sympathisanten -, daß Umweltpolitik nicht isoliert gesehen werden kann. Für Sozialdemokraten sind Umweltpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik keine gegeneinander abzugrenzenden Politikbereiche. Für uns gibt es nicht die Alternative: Saubere Umwelt oder Arbeitsplätze. Unser Ziel lautet: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Schonung und Pflege von Natur und Umwelt!

Philosophieren hilft hier nicht viel: Wir müssen Mut zu konkreten politischen Schritten aufbringen. Diesen Mut haben wir in einigen Bereichen bewiesen und

für die Bundesrepublik Deutschland beispielhafte Konzepte eingeleitet und umgesetzt:

- Mit dem Grundstücksfonds Ruhr haben wir erstmalig einen konzeptionellen Ansatz für ein wirksames Flächenrecycling im Ballungsraum Ruhr aufgezeigt.
- Dem Verursacherprinzip im Umweltschutz haben wir mit dem Abwasserabgabegesetz und dem Landschaftsgesetz Geltung verschafft. Damit haben wir einen wichtigen Schritt vom konzeptionslosen Kurieren an Symptomen zu einer koordinierten, mit Durchsetzungskraft versehenen Umweltpolitik getan. Mit dem Abwasserabgabegesetz haben wir zweierlei erreicht:

1. Abwassereinleiter werden gezwungen, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie den zusätzlichen Kostendruck durch die Abwasserabgabe durch Änderungen im Produktionsprozeß bzw. Vorreinigung der Abwässer vermindern können und

2. das Gebührenaufkommen, das 1983 mit knapp 100 Mio. DM veranschlagt ist, kann zielgerichtet als Darlehen für notwendige Investitionen im Gewässerschutz eingesetzt werden.

Daneben, das sei nur am Rande erwähnt, sind die staatlichen Mittel für die Investitionsförderung bei Abwasserbeseitigungsanlagen ohnehin enorm: In den Jahren 1980 bis 1982 wurden für diesen Zweck ca. 1,3 Mrd. DM bereitgestellt. Wir haben bewiesen, daß von einem mit absoluter SPD-Mehrheit regierten Bundesland modellhafte Konzeptionen gerade im Umweltschutz ausgehen.

Im übrigen ist es heute unbestritten, daß der sorgsame Umgang mit nicht regenerierbaren Ressourcen und der Schutz der Landschaft nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist. Eine auf Vermeidung von Umweltschäden angelegte Wirtschaftspolitik ist mittel- und langfristig gerade unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erheblich billiger als eine nachträglich notwendige Sanierung. Die ist meistens unzureichend und kann häufig nur unter Aufwendung unverhältnismäßig hoher Mittel geleistet werden. Das Beispiel der Abwasserabgabe zeigt, daß von vernünftiger Umweltschutzpolitik erhebliche Investitionsanreize für die Wirtschaft ausgelöst werden können.

Spricht man von Umweltpolitik in diesem

Land, muß man zwangsläufig auch einige Worte zur Kohlepolitik sagen. Häufig wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, unsere seit Jahren - und zwar mit Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien - betriebene Kohlevorrangpolitik sei unvereinbar mit einer wirksamen Umweltschutzpolitik. Hier sollte sich niemand verunsichern lassen. Ich sage ganz deutlich: Wir werden an unserer Kohlevorrangpolitik nicht nur im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern im Interesse einer sicheren Energieversorgung der gesamten Bundesrepublik Deutschland festhalten. Hierfür gibt es nicht nur eine Übereinstimmung im Landtag mit der CDU-Opposition, sondern hierfür gibt es auch die Zustimmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung unseres Industrielandes. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, die Kohle und ihre Verwendung im Gleichklang mit dem technischen Fort-



schritt genauso umweltverträglich zu machen wie diskutierte andere Energiearten. Gerade unter dem Eindruck von zwei Ölpreisexplosionen und ihren energiepolitischen Auswirkungen müssen wir die Kapazität des heimischen Bergbaus als verlässliche Säule der Energie- und Rohstoffversorgung aufrechterhalten. Unser Bergbau muß auf Dauer in der Lage sein, seinen Beitrag für die gesamte Volkswirtschaft zu leisten. Hierfür sind wir bereit, unsere enormen finanziellen Anstrengungen zur Sicherung der Kohle fortzuführen. In den letzten fünf Jahren waren dies 5,5 Mrd. DM.

Ich wende mich insbesondere an die Bürger außerhalb unseres Landes, wenn ich sage, daß diese erhebliche Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen aus gesamtstaatlichem Interesse für eine nationale energiepolitische Aufgabe - also auch für die Menschen in den anderen Bundesländern - erbracht wird.

In derselben Weise sind wir Sozialdemo-

kraten in Nordrhein-Westfalen bereit, uns auch an den Kosten der notwendig gewordenen Umstrukturierung der Stahlindustrie zu beteiligen. Wir müssen allerdings den Erpressungsversuchen aus Bonn widerstehen, die von uns eine 50 %ige Kostenbeteiligung fordern. Wir müssen - wie bei der Kohle - bei unserem Angebot einer Drittelbeteiligung bleiben!

Wir fordern eine Stahlkonzeption, die nicht von vornherein einzelne Unternehmen zum Tode verurteilt, eine Konzeption, die Beschäftigungsrisiken auf Dauer so gering wie möglich hält und regionalpolitisch ausgewogen ist. Dies sind wir den Arbeitnehmern in der Stahlindustrie unseres Landes schuldig. Sie haben in den letzten Jahren erschreckende Opfer bringen müssen. Von insgesamt 26.000 Stahlarbeitsplätzen, die allein in den Jahren 1980 bis 1982 verlorengegangen sind, entfielen allein 20.000 auf Nordrhein-Westfalen. Es ist ein unmögliches und unzumutbares Verfahren, diesem Land den größten Teil der Opfer an Arbeitsplätzen aufzubürden und gleichzeitig zu fordern, daß es sich an der Hälfte der Kosten für die Umstrukturierung beteiligt.

Ich sage ganz deutlich: Wir werden uns nicht zu Zahlknechten degradieren lassen, sondern darauf bestehen, die Politik mitzugestalten, an der wir uns finanziell in beträchtlichem Umfang beteiligen werden.

Laßt mich zum Abschluß noch etwas zu dem Problem der Arbeitslosigkeit sagen. Welche arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten das Land selbst hat und mit welchen Mitteln es der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, begegnet, ist in unserem Euch schriftlich vorliegenden Bericht eingehend dargestellt. Ich möchte mich daher hier darauf beschränken, nochmals zu versichern, daß die Arbeitsmarktsituation bei allen politischen Entscheidungen von uns berücksichtigt wird. Dabei hat die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für uns selbstverständlich oberste Priorität.

Prioritäten fordern und sie setzen heißt aber auch, Nachrangigkeiten aufzustellen. Heißt, in anderen Bereichen kürzer zu treten und unter Umständen Streichungen hinzunehmen.

Trotz aller Bemühungen sind wir von einer generellen Lösung des Arbeitsmarktproblems weit entfernt. Allein sind wir nicht in der Lage, dieses Problem nachhaltig in den Griff zu bekom-

men. Deshalb müssen in einem gesamtwirtschaftlichen Konsens alle Anstrengungen unternommen werden, damit sich nicht Hoffnungslosigkeit und Resignation unter den jungen Menschen ausbreiten. Wir müssen verhindern, daß der Ausstieg aus unserer Gesellschaft bei Jugendlichen zur Regel wird. Es darf nicht dazu kommen, daß das Vertrauen in unser demokratisches parlamentarisches System bei den Jugendlichen noch mehr ausgehöhlt wird. Dann suchen sie nämlich nach Scheinalternativen und sind anfällig für Extremismus von links und rechts. Das Land mobilisiert sein eigenes Ausbildungspotential bis zur Grenze der finanziellen Möglichkeiten. Wenn die Wirtschaft sich ähnlich verhält und ihre Verantwortung für die Ausbildung der jungen Generation wahrnimmt, kommen wir einer Lösung dieses Problems einen gewaltigen Schritt näher.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme haben wir Sozialdemokraten keinen Anlaß, zu verzagen oder mit Angst in die Zukunft zu sehen. Eine starke und in sich geschlossene Partei kann auch einmal Rückschläge verkraften. Breite Schichten unseres Volkes setzen ihre Hoffnung auf uns Sozialdemokraten. Wir werden uns anstrengen und sie nicht enttäuschen.

Die SPD-Landtagsfraktion, die in dieser schwierigen Legislaturperiode ein beispielhaftes Bild der Geschlossenheit geboten hat und nur so in der Lage war, die notwendigen schwierigen Entscheidungen zu treffen, wird ihren Beitrag weiterhin leisten. Ich möchte mich ausdrücklich vor diesem Landesparteitag bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die Einsicht in Notwendigkeiten und für eine Solidarität, die heute nicht mehr überall selbstverständlich ist, bedanken.

8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach



Zu dem von Bodo Hombach vorgelegten Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes wurde keine mündliche Ergänzung gewünscht.

Bericht des Landesgeschäftsführers

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine Arbeit als Landesgeschäftsführer begann mit der Legislaturperiode des Landesvorstandes, der mich zum Nachfolger von Rainer Maedge, dessen Stellvertreter ich nach langjähriger, verschiedener hauptamtlicher Tätigkeiten im DGB-Bereich war, wählte. In die Zeit

der Tätigkeit Rainer Maedges waren wichtige konsolidierende Maßnahmen gefallen, die er für den Landesverband einleitete. Damit wurden die Voraussetzungen in der Organisation geschaffen, auf die der neue Landesgeschäftsführer und die Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro aufbauen konnten. Mit der langfristig angelegten Arbeit, neuen Entwicklungen und Ausblicken auf Planungen hat sich daher dieser erste Beitrag von mir zu einem Organisationsbericht für einen Landesparteitag zu befassen.

Die Legislaturperiode des Landesvorstandes ist nun zwar zu Ende, aber für die Arbeit von Landesregierung und Landtagsfraktion war erst kürzlich die zeitliche Mitte des politischen Auftrags erreicht. So ist auch dieser Bericht erst eine Art Zwischenbilanz, aber mehr als nur die Erfüllung einer Satzungspflicht: Viele Aktivitäten und Anstrengungen sind erst eingeleitet, angelegt und vorgeplant, insbesondere auch die seit Jahren laufenden Vorbereitungen für neue, wirksame Wahlkampfformen. Auswirkungen und Erfolge werden nur nach Abschluß der Anstrengungen darstellbar werden.

Ein typisches Beispiel dafür ist die oben gedruckte Studie zur Arbeit der Ortsvereine "Die SPD von innen". Über deren Wirksamkeit und positive Folgen läßt sich endgültig Rechenschaft ablegen, wenn aus diesem Buch konkrete Maßnahmen für die Parteiarbeit erwachsen sind. Andere Vorhaben sind ähnlich mittel- bzw. langfristig strategisch angelegt. So sollen die neu belebten Anstrengungen zum "Bündnis der Vernunft"

ausgebaut und zu einer Hauptinitiative im Vorfeld der Landtagswahl 1985 werden, sollen viele andere Aktionen, wie die Schaffung dezentraler Ausstellungen, regelmäßige NRW-Tage, Zielgruppenaktionen und typische Publikationen etc., zu einem kontinuierlichen und konstanten Bild des Wirkens der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten beim Bürger führen. Nicht Einzelmaßnahmen, wie gut auch immer sie sein mögen, sondern nur langfristige, beharrliche Anstrengungen prägen die Haltung des Bürgers zur Partei.

Eine solche langfristige Anstrengung ist das Thema "NRW - Land der Arbeit, SPD - Partei der Arbeit", das durch eine Ausstellungsmappe und viele dezentrale Aktivitäten ins ganze Land getragen werden wird. Hier geht es um die Verknüpfung des erwachenden Bewußtseins der NRW-Bürger für ihre "Nahwelt" mit Inhalten und Erfahrungen sozialdemokratischer Politik. Das bietet Chancen zur Stärkung des Selbstverständnisses von nordrhein-westfälischen Bürgern und Sozialdemokraten: Denn dieses junge Bundesland hat keine regional-traditionelle, fast folkloristische Identität. Es ist vielmehr geprägt durch frühe Industrialisierung und durch Arbeit. Die Aktionen zu diesem Thema beginnen mit einer umfangreichen Mappe mit Materialien über das Land NRW und die Partei SPD mit ihren Wurzeln in der Geschichte. Es wird Ausstellungen, Buchveröffentlichungen und andere Informationsangebote im ganzen Land geben. Schließlich soll es zu einer überregionalen Ausstellung zum "Arbeiterleben in Nordrhein-Westfalen" kommen, deren Eröffnung in der Zeche Zollern II an der Stadtgrenze Dortmund/Bochum vorgesehen ist.

Weitere konkret angelegte Maßnahmen, um das Bild der NRW-SPD in der Meinungsbildung der Bürger zu prägen, sind die vielen neuen Elemente (internationale Beteiligung) beim zweiten NRW-Tag und die verstärkte Produktion von Arbeits- und Sachbroschüren zu politisch relevanten Themen. Traditionen der "politischen Kultur" unserer Gesinnungsgemeinschaft sollen durch massive Anstrengungen belebt und durch zeitgemäße Formen politischer Kultur ergänzt werden. (Siehe dazu auch im Juli-Heft der "Neuen Gesellschaft" meine "Vorschläge zur Belebung der politischen Kulturarbeit".) Die SPD muß sich im Bewußtsein der Menschen in diesem Land einen festen Platz als ihre Partei erhalten und erarbeiten.

Diese Aktions- und Planungsvielfalt zeigt ihre wirkliche politische Wirkung

erst in der Kontinuität der Aktivitäten und Anstrengungen; es wäre nur auf den ersten Blick verlockend, auf Effekthascherei zu schielen. Der Ernstfall sind die anstehenden Wahlen, und hier besonders die zum Landtag 1985, nach der Bilanz gezogen werden muß. Und die dann in einer ausführlichen Parteitagsdebatte bestehen sollte, weil dieses Datum mehr verlangt als nur die Vorlage eines schriftlichen Geschäftsberichtes.

Die Wahlen in den Jahren '84 und '85 erfolgreich zu bestehen, auch durch ständige Arbeit zwischen den Wahlen für Partei und Öffentlichkeit, ist Hauptaufgabe des Landesverbandes. Das bedeutet, daß sowohl die Qualifizierung der organisatorischen Arbeit verfolgt wird, und es verlangt auch, daß sich abzeichnende und ergebende Themen öffentlichkeitswirksam und politisch wirksam aufgearbeitet und umgesetzt werden. Politische Wirksamkeit ist nur erreichbar, wenn alle Ebenen der Partei einbezogen sind und aufgrund übereinstimmender Ziele mitarbeiten. Dem Planen und Vorbereiten muß auch das Umsetzen in der Öffentlichkeit folgen; das ist mehr als "Öffentlichkeitsarbeit", es ist Praxis der Parteiarbeit aller Ebenen. Das gilt besonders für Wahlkämpfe, denn diese sind das Paradefeld für Planung und Vorbereitung und deren politische Umsetzung.

Um diesen Zielen gerecht zu werden, muß der Parteiapparat effektiv arbeiten. Dabei geht es darum, sicherzustellen, daß die Politik der gewählten Mandatsträger, ehrenamtlichen Funktionären und beauftragten Politiker umgesetzt wird. Darüber hinaus lautet der Auftrag aber auch, professionelle, kollegiale Zusammenarbeit zu leisten. Diese kann darin bestehen, Politikberatung zu organisieren, Koordination und Formen politischer Kommunikation zu finden und Aktionen zu initiieren, mit denen die politische Absicht ausgedrückt werden kann. Oft muß das Landesbüro im Team mit anderen Parteigliederungen Sachverstand mobilisieren, zusammenfassen, auch Fachleute von außen hinzuziehen. Dabei gilt es durchaus, eigene politische Verantwortung zu tragen für Aktionen und Planungen.

Der Parteiapparat ist stets Werkzeug in der Hand von Mitgliedern und Partei. Er lebt vom Vertrauen und darf sich niemals in parteiliche Positionskämpfe begeben. Er muß, wo immer es geht, um Konfliktminimierung, Moderation und Ausgleich bemüht sein. Noch immer tun sich Teile der SPD, und dies mag in leidvollen Erfahrungen früherer Jahrzehnte begründet liegen, schwer in ihrem Verhält-

nis zum "eigenen Apparat". Dabei darf der auch heute ebensowenig eigenständig Politik machen, wie er nicht dazu verkommen darf, in einer verwaltenden Parteibürokratie zu erstarren.

Der Landesvorstand mit Johannes Rau und seinen Stellvertretern Antje Huber und Christoph Zöpel an der Spitze haben diesen Apparat sehr wirksam eingesetzt. Nachdem sich der Gremienwildwuchs, bedingt noch durch Rainer Maedges Vorarbeit, gelichtet hat, und obwohl erhebliche finanzielle Einsparungen bei Beibehaltung und Ausweitung der Aufgaben durchgesetzt wurden: Die Wirksamkeit des Landesbüros wurde im freundschaftlichen Zusammenwirken mit den vier Bezirken sicher wesentlich ausgeweitet.

Jedoch ist abzusehen, daß dem Landesbüro erhebliche Schwierigkeiten drohen, wenn es nicht gelingt, auf der finanziellen Einnahmeseite eine Steigerung herbeizuführen (siehe auch den Organisationsbericht der Kontrollkommission). Dabei erhält die Schlagkraft des Apparates eine wesentlich stärkere Bedeutung als in den letzten 13 Jahren zuvor, weil nun statt der Regierung in Bonn die Partei politische Aktionen umsetzen muß. Die Partei muß durch eigenes Handeln, durch eigene praktische Taten



glaubwürdig nachweisen, daß sie eine handlungsfähige Organisation ist, nicht nur ein Planungs- und Debattierzirkel, der Forderungen an andere beschließt. Ein Beispiel dieser Organisationspolitik ist die Forderung vom "Aufbau von unten". Das bedeutet auch, daß die Partei ein festes Fundament durch konkrete parteiliche Aktionen, die aus der Kraft und Kompetenz des großen Reservats der Mitglieder wachsen, braucht.

Die Ortsvereinsstudie zeigt dazu: Mit Programmarbeit und mit parlamentarischem Wirken allein können wir nicht alle Aufgaben erfüllen, deren Lösungen

die Bürger von uns erwarten. Die Medien sind wenig hilfreich bei der Darstellung und Vorstellung unseres Zukunftsentwurfes, unserer Konzepte. Wir müssen wieder mehr unmittelbar beim Wähler für unsere politischen Ansichten werben. Da die Sozialdemokratie nicht "vom großen Geld gespeist" wird und sich daher nicht über große Werbe- und Informationskampagnen direkt an die Bürger wenden kann, können wir nur auf das Wirken der sozialdemokratischen Basis, auf die vielen engagierten, Überzeugten und informierten Mitglieder setzen. Die innerparteiliche Überzeugungs- und Informationsarbeit, die Anregung für parteiliche Aktivitäten und entsprechende Materialbereitstellung ist also noch viel stärker als in der Vergangenheit wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

Das Landesbüro hat in Absprache und Abstimmung mit den vier Bezirksgeschäftsführern Franz Huppertz, Gerd Kompe, Karl-Heinz Otten und Helmut Wulfmeier sowie den 54 Unterbezirksgeschäftsführern hier zweifellos schon eine Reihe als Serviceleistung wirksamer Maßnahmen einleiten können. Überhaupt erwächst nur aus der kollegialen, solidarischen Kooperation mit den Bezirken und Unterbezirken die wirksame politische Arbeitsmöglichkeit des Landesverbandes. Mit der SGK soll gerade wegen der großen Bedeutung der anstehenden Kommunalwahlen die Zusammenarbeit noch verbessert werden.

Vielen außenstehenden Fachleuten, auch Wissenschaftlern von nordrhein-westfälischen Hochschulen, ist für Rat, Hilfe und Unterstützung zu danken.

Politische Kraft erwächst aus der organisierten Verbindung von Geist, Programm, Idealen, Überzeugungen und umsetzenden Instrumenten, durchsetzenden Strategien und beharrlicher Arbeit. Ohne schlagkräftige Organisation bleibt parteiliche Programmarbeit wirkungslos. Neben der Programmdiskussion brauchen wir daher organisationspolitische Anstrengungen auf allen Ebenen.

Mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Parteitagverlauf

9. Bericht der Kontrollkommission Hans Kalkbrenner



Hans Kalkbrenner verwies auf den schriftlich vorliegenden Bericht, der vom verstorbenen Karl Mirus zum Landesparteitag verfaßt worden war.

Er bat, Landesvorstand und Geschäftsführung in uneingeschränkter Form zu entlasten.

Der Landesparteitag votierte einstimmig für die Entlastung.

Bericht des Vorsitzenden der Landeskontrollkommission

§ 6 der Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und § 12 bestimmen die Einrichtung einer Kontrollkommission und beschreiben deren Aufgaben.

Zu Mitgliedern der Landeskontrollkommission wählte der Landesparteitag am 27. Juni 1981 in Köln folgende Genossen:

Karl Mirus,
Bezirk Westliches Westfalen

Rainer Verhoeven,
Bezirk Westliches Westfalen

Max Archimowitz,
Bezirk Niederrhein

Hans Kalkbrenner,
Bezirk Mittelrhein

Wilfried Mittelberg,
Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Die auf dem 6. ordentlichen Landesparteitag am 27.06.1981 in Köln gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der zum 03.07.81 einberufenen Sitzung.

Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie wiederum Karl Mirus, als Stellvertreter Hans Kalkbrenner.

Im Berichtszeitraum fanden acht Sitzungen statt, auf denen die Finanzabwicklung des Landesverbandes geprüft wurde.

Die Verwendung der Mittel des Landesverbandes teilt sich in drei große Ausgabenblöcke:

1. die laufenden Ausgaben des Landesverbandes
2. die Zuweisungen an die Bezirke
3. die Wahlkampfausgaben.

Nach diesen drei Kriterien ist die mittelfristige Finanzplanung für 1980 bis 1985 vom Landesvorstand beschlossen worden, und wir von der Kontrollkommission achten wiederum auch auf die Einhaltung dieser Planung.

Im abgelaufenen Berichtszeitraum lagen zwei Jahresabschlüsse vor, die termingerecht, übersichtlich und einwandfrei vorgelegt wurden.

Die Buchhaltung des Landesverbandes ist im Berichtszeitraum in ihrer Form geän-

dert worden. Ein Steuerberater ist uns jetzt behilflich, und eine externe EDV-Anlage wickelt die technischen Arbeiten ab. Dadurch ist es möglich geworden, daß die Finanzreferentin Monika Müller nun auch die Finanzen der Jungsozialisten übernehmen konnte.

Der vom Landesvorstand beschlossene Haushaltsplan 1982 ist trotz einer globalen Mittelkürzung, die zunächst niemand für durchsetzbar hielt, unter der Verantwortung von Landesgeschäftsführer Bodo Hombach und in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Finanzkommission des Landesvorstandes, Fritz Ziegler, eingehalten worden. Dabei gab es erhebliche Abweichungen innerhalb der Ansätze für die einzelnen Ausgabenblöcke, die sehr bemerkenswert sind: Alle technischen Kosten - Büro- und Personalkosten etc. - blieben durch rigorose Einsparungen und durch die Nichtbesetzung von Stellen erheblich unter den Ansätzen (so wurden z.B. für Delegationsreisen nur 20 % der veranschlagten Kosten ausgegeben), während alle politisch wirksamen Kosten - für Publikationen, Informationen, Veranstaltungen, NRW-Tag - über den Ansätzen lagen. Dies ist politisch erfreulich, und daran ist auch nichts auszusetzen, weil der Gesamtrahmen eingehalten wurde.

Im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung muß aber dennoch gesagt werden, daß die Rücklagen für den Landtagswahlkampf 1985 nur minimal sind. Zu erwarten ist, daß 1985 nur 20 % der 1980 verfügbaren Mittel bereitstehen, wenn sich auf der Einnahmeseite keine Verbesserungen ergeben. Schon jetzt scheint es sinnvoll, in Absprache mit den Bezirken die Weiterleitung der Wahlkampfkostenerstattung an diese von konkreten Wahlkampfleistungen abhängig zu machen.

Die Wahlkampfmittel für 1985 waren bei Beschlußlage dem Landesvorstand bei einer mittelfristigen Finanzplanung bekannt. Dieses "geplante Defizit" muß aus unserer Sicht allerdings vom nächsten Landesvorstand erneut beraten werden. Wir sehen nicht, wie die anfallenden Wahlkampfkosten ohne eine Verbesserung auf der Einnahmeseite aufgebracht werden sollen. Dabei ist es notwendig, daß der Landesvorstand die in einem gemeinsam von Fritz Ziegler und Bodo Hombach vorgelegten Finanzplan gemachten Vorschläge zu Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen prüft. Mit Fritz Halstenberg hat Bodo Hombach bereits vernünftige und im gegenseitigen Interesse liegende Formen des Interessenausgleiches gefunden.

Die jetzige Finanzlage des Landesverbandes läßt aber deutlich erkennen und macht es unvorstellbar, daß dieser im Kommunalwahlkampf 1984 kostenrelevante Maßnahmen finanzieren kann.

Im Berichtszeitraum legte die Finanzreferentin Monika Müller bei unseren Prüfungen im Landesbüro stets alle Unterlagen umfassend, ordentlich und korrekt vor, wofür wir ihr danken möchten. Unser Dank gilt auch Bodo Hombach, der sparsam und dennoch für die Mitarbeiter motivierend die Geschäfte des Landesverbandes führt. Für die erfreulich partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission, die er stets auch über die politischen Hintergründe und Probleme der Arbeit informierte, möchten wir ihm danken.

Mein Dank gilt dazu meinen Mitstreitern in der Kontrollkommission, Max Archimowitz, Hans Kalkbrenner, Wilfried Mittelberg und Rainer Verhoeven.

Ich habe durch meinen Bericht zum Ausdruck gebracht, daß mein nun folgender Antrag gut begründet ist, mit dem ich bitte, Landesvorstand und Geschäftsführung zu entlasten.

Ich bitte um die Annahme meines Antrages im Namen meiner Kollegen der Kontrollkommission.

10. Aussprache

zu den Tages-
ordnungspunkten

a) Grundsatzreferat (TOP 6)

b) Tagesordnungspunkte

7., 8. und 9.

Zum Grundsatzreferat sprachen

Hans Otto Bäumer
Reimut Jochimsen
Günter Schlatter
Hans Urbaniak
Friedhelm Farthmann
Jürgen Büsow
Franz Josef Antwerpes

Hans Otto Bäumer

Genossinnen und Genossen,

niemand darf mir unterstellen, daß ich auch nur mittelbar Grünen, Neokonservativen oder anderen konkurrierenden Gruppierungen gestatte, mich für sich in Anspruch zu nehmen.

Meinen Rücktritt und meine Erklärung

bitte ich als Versuch zu werten, sozusagen in letzter Minute auf ein Handlungsdefizit aufmerksam zu machen, an dem wir alle, die ganze Gesellschaft, der Staat, nicht wiedergutzumachenden Schaden nehmen können.

Die SPD muß sich klar werden, daß Glaubwürdigkeit ein knappes Gut ist, und die Landespartei sollte ihre verantwortungsvolle Position als letzte Instanz politischer Entscheidungen wahrnehmen und dabei den Grundsatz nicht aus dem Auge verlieren, daß Zuwendung wichtig, aber letztendlich Führung durch nichts ersetzbar ist.

Am 13. Juni fand die erste Sitzung des Umweltkabinetts statt. Es sollte für mich zugleich die letzte sein. In der GRÜNEN HÖLLE, so nennt man unter uns einen Konferenzraum in der Staatskanzlei, wurde mir bei der Erörterung eines scheinbar nebensächlichen Themas klar, daß es im Kabinett unterschiedliche Vorstellungen über Umweltschutz gibt und der so hohe eigenständige Rang einer umfassenden Umweltpolitik so ohne weiteres kaum erreichbar scheint.

So kann ich bis heute noch nicht verstehen, warum ein auch von Gewerkschaftsvertretern beeinflusster Arbeitskreis mit Volker Hauff, der dem Parteivorstand zuarbeitet und dessen Ergebnisse vom Parteivorstand abgesegnet werden, von einem Kabinettsbeschuß, den immerhin der stellvertretende Parteivorsitzende als Ministerpräsident leitet, völlig ignoriert werden darf. Hier zeigt sich für mich, was schon bei der Frage nach einer neuen Ressortzuteilung deutlich wurde: Das SPD-Land Nordrhein-Westfalen setzt sich von den Vorschlägen der Bundes-SPD ab, ohne Rücksicht darauf, wie man glaubwürdig bleiben kann, wenn man in Bonn dies sagt und in Düsseldorf jenes tut.

Sechs Wochen vorher verhalf mir der reine Zufall dazu, Kabinettsmitglied zu bleiben; denn meine Kollegen hatten in Abwesenheit des Ministerpräsidenten allesamt - ausnahmslos - die fünf Punkte meiner Mindestvorstellungen von einer brauchbaren Großfeuerungsanlagen-Verordnung der Reihe nach vom Kabinetttisch gefegt. Dadurch hätten wir uns, wie ich meine, von einer ernstzunehmenden Umweltpolitik verabschiedet und so beschlossen, wie jene Revierzeitung es in

einem Kommentar am 20. Juni 1983 geradezu makaber beschrieb: "Das Revier und der Wald lassen sich nicht gleichzeitig retten."

Wir bekamen durch Johannes Rau noch einen tragbaren Kompromiß zustande, der allerdings einige Nasen noch lange strapazieren wird. Diese mit Ach und Krach vertretbare Zufallsentscheidung des Kabinetts ist dann auch noch öffentlich miesgemacht worden, und zwar nicht etwa, weil sie immer noch zu lasch geraten sei, sondern umgekehrt hieß es: Wer so harte Auflagen mache, der treibe den Teufel mit Belzeubub aus, denn er rede der Kernenergie das Wort. Auch von Kabinettskollegen mit Johannes Rau an der Spitze, auch in einer Fraktionsverlautbarung wurde so argumentiert.

Eine Stellungnahme der Hauff-Kommission stellte kurz danach richtig, daß derjenige, der so rede, der Öffentlichkeit Sand in die Augen streue.

Bei der technischen Anleitung Luft wurde Anfang des Jahres ein krummes Ding gedreht. Angebliche Verbesserungen wurden gefeiert. In Wahrheit aber sind die Berechnungsmethoden durch ein paar Federstriche so geändert worden, daß die Verschärfung vieler Grenzwerte ins Gegenteil verkehrt wurde. Obwohl die Staatssekretäre für die schärferen Eckwerte der alten Bundesregierung waren, hielt es unser Kabinett für besser, den trückerischen Zimmermanns-Pfad zu beschreiten.



Statt anderer Beispiele, liebe Freunde, möchte ich noch dreierlei zu bedenken geben.

1. Die Haushaltsansätze für Naturschutz und Landschaftspflege, vor zehn Jahren bei etwas über 8 Mio. DM, 1981 bei über 36. Mio. DM angelangt, sacken in diesem Jahr auf 14 Mio. DM ab. Nach den vorbereitenden Referatengesprächen muß ich

damit rechnen, daß das MELF, das ich verlassen habe, im nächsten Jahr noch weniger zugestanden bekommt.

2. Landschaftspläne, das Stichwort, das hier in der Leistungsbilanz von Johannes Rau kurz angesprochen wurde, ist auf dem Papier in der Tat fabelhaft und einmalig, bundesweit geradezu unaufholbar - aber wie sieht es in der Praxis aus? Statt über 400 notwendigen Landschaftsplänen für das Land Nordrhein-Westfalen, das so hart geplagt und gebeutelt ist durch die Industrie, haben wir ganze zwölf Landschaftspläne in acht Jahren auf die Beine gebracht. Da kann ich nur sagen: Überlegt mal, wer in den Rathäusern für uns arbeitet und ob dort immer das notwendige Feingefühl vorhanden ist.

Eine dritte Bemerkung. Im Aufgabenbereich der Abfallbeseitigung, der Altlasten, der Abwasserreinigung und zum Beispiel der Bodenbelastung verlassen wir allmählich die Regionen kalkulierbarer Risiken und bewegen uns hinein in die Bereiche unüberschaubarer Gefährdungen.

Das Zaubermittel, wie man dem begegnen kann, ist ganz einfach: Etwas mehr Personal - keine Hunderte, keine Tausende, - eine Handvoll, dann könnten wir - von einzelnen Lebensmittelchemikern bis zu einigen Deponiekontrolleuren - wieder ruhiger schlafen.

Laßt mich noch eine Frage stellen statt vieler gut gemeinter weiterer Bemerkungen: Wenn wir das Bündnis der Vernunft nicht einmal am Kabinetttisch zustandebringen, wie sollen dann Malocher und Waldläufer im Lande zusammenfinden?



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Land Nordrhein-Westfalen hat einen harten und unausweichlichen Strukturwandel hinter sich. Kohle und Stahl sind als Standbeine wackelig geworden. Aber deswegen ist dieses Land und speziell das Revier kein sterbender Riese.

Mit über 30 Mio. t Stahl und über 80 Mio. t verkaufter und auf Dauer verkaufbarer Kohle sind Kohle und Stahl feste Grundlagen der nordrhein-westfälischen Industrie. Alles Gerede, man könne hier mit politischen, populitischen Experimenten herumbasteln, sollte aufhören. Der Strukturwandel bei Kohle und Stahl geht weiter, aber wir dürfen nicht zulassen, daß Kohle und Stahl dabei auf die schiefe Ebene kommen.

Ich habe am Mittwoch im Landtag gesagt: Kohleanwendung in Nordrhein-Westfalen muß umweltfreundlich sein oder es wird in zehn Jahren keine Kohleanwendung mehr geben. Wir müssen und wir können den Nachweis führen, daß dieses Ziel erreichbar ist. Das umweltfreundlichste Kraftwerk der Welt darf eben nicht in Japan stehen, wo es gar keine Kohle gibt, sondern es muß hier im Revier stehen, wo eigentlich sonst?

Dazu müssen wir das Kartell der Ingenieure brechen, die immer nur so viel für technisch möglich halten, wie sie technisch und betriebswirtschaftlich zulassen wollen. Deshalb muß das Kraftwerk der Zukunft nach Herne.

Genossinnen und Genossen,

die Aufteilung der Welt in einen dreiköpfig-kapitalistischen und einen sauber-ökologischen Teil dürfen wir nicht zulassen. Ich jedenfalls mache das nicht mit. Ich habe mit dafür gesorgt, daß in der Regierungserklärung von Johannes Rau am 4. Juni 1980 formuliert wurde: "Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, eine leistungsfähige Wirtschaft, humanen technischen Fortschritt und die Sicherung der ökologischen Grundlagen miteinander zu vereinbaren."

Das ist eine Aufgabe der Volkswirtschaftspolitik mit all ihren Facetten. Bitte laßt Euch nicht auseinandertreiben in die beiden Ecken Ökologie und Ökonomie. In diesen beiden Begriffen ist nur ein konstruierter Gegensatz, und wer auf diesen angeblichen Gegensatz einmal hereingefallen ist, der kommt nie wieder heraus.

Wir müssen allerdings die Spannung zwischen den verschiedenen Anforderungen der Sicherung der Arbeitsplätze und der Durchsetzung des Umweltschutzes aushalten. Wer das nicht aushält - und die Spannung wird ja eher noch zunehmen -, der wird scheitern, so wie wir das ja gerade in den letzten Tagen erlebt haben.

Laßt mich noch ein weiteres sagen und nochmals wiederholen: Kohle und Stahl dürfen nicht auf die schiefe Ebene kommen. Deshalb hat der Landtag auf unseren Vorschlag hin sein Festhalten an der Kohle-Vorrang-Politik bekräftigt und dabei die umweltsichernde Seite betont. Und deshalb, Genossinnen und Genossen, werde ich auch beim Stahl hart bleiben und, solange die Partei mich stützt, den Kurs halten; denn diese Beharrlichkeit ist gerade auch in der Stahlpolitik heute nötiger denn je.

Aus ganz aktuellem Anlaß sage ich hier: Unsere Stahlunternehmen in Nordrhein-Westfalen dürfen nicht der Steinbruch für andere Unternehmen in der Bundesrepublik oder in Europa werden.

Im Klartext: Es droht, daß Klöckner das mittelständische Unternehmen Wuppermann kauft, um seine Stahlproduktion in Leverkusen zu vernichten, und seine Vorproduktion, die bei Krupp in Rheinhausen stattfindet, stillzulegen und nach außerhalb des Landes zu verlagern. Wir lehnen einen solchen Quotenramsch auf dem Rücken der Stahlstandorte und der Stahlarbeitsplätze ab! Die Landesregierung wird alles tun, um sich diesem Vorgang zu widersetzen.

Ein letztes Wort, Genossinnen und Genossen, wir dürfen uns in Nordrhein-Westfalen bei allen Struktur- und bei allen Umweltproblemen, die wir haben, nicht in eine Entschädigungsmentalität hineintreiben lassen. Unsere Probleme werden nicht durch das Geld von anderen gelöst, so notwendig dieses Geld ist, sondern nur durch eigene Anstrengungen auf der Grundlage einer nüchternen Bestandsaufnahme und eines klaren Handlungskatalogs, für den dieses Kabinett Johannes Rau steht.

Günter Schlatter



Liebe Genossinnen und Genossen,

läßt mich zu Beginn meines Diskussionsbeitrages feststellen: Lieber Hans Otto Bäumler, wir wissen, wie Du Dich in den letzten Jahren erfolgreich geplagt hast, das Bewußtsein der vielen Menschen hier an Rhein und Ruhr für die Probleme des Umweltschutzes zu schärfen, und daß Du für die Sozialdemokraten dabei einen wichtigen Beitrag geleistet hast, daß das Umweltbewußtsein sich auch umsetzen läßt in ein Stück konkrete Umweltpolitik. Weil wir das wissen, hören wir auch sehr aufmerksam zu, wenn Du uns heute zu den Fragen der Umweltschutzpolitik in Düsseldorf mit Eindringlichkeit mahnst, nicht nachzulassen.

Aber wir sind dann auch dankbar, wenn wir uns wechselseitig darauf verständigen, daß diese Mahnungen aus der Gesinnung der Solidarität, die wir Sozialde-

mokraten füreinander empfinden, herausformuliert werden muß und daß aus dieser Solidarität heraus auch gemeinsame Lösungen zu entwickeln sind.

Da will ich bei einem Stichwort bleiben. Du hast vorhin den Eindruck in Deinem Diskussionsbeitrag erweckt, als würden wir Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen hinter dem, was die SPD in Bonn zur Umweltpolitik diskutiert und beschlossen hat, hinterherlaufen. Ich glaube, das stimmt so nicht. Im Gegenteil: Es waren Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, Du und andere, die die entscheidenden Denkansätze und Vorschläge in die Beschlüsse der Gesamtpartei hineingebracht haben. Das heißt: Wir haben uns hier nicht zu schämen, daß wir der Diskussion hinterherlaufen, sondern wir wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen als Sozialdemokraten die Diskussion um den Umweltschutz aufgenommen und an die Spitze gebracht haben.

Das hat gute Gründe, und Reimut Jochimsen hat einen dieser Gründe genannt. Es ist in der Tat so, daß wir für das, was für unser Land unverzichtbar ist, z.B. die Kohle-Vorrang-Politik, immer wieder auf dem Wege der Zustimmung und des Durchdenkens den flankierenden Umweltschutz brauchen. Es ist so, daß wir als die, die auf eine Kohle-Vorrang-Politik nicht verzichten wollen, auch an der Spitze der Diskussion stehen müssen, wenn es darum geht, die Rauchgasentschwefelung anzupacken.

Daß Du bemängelst - und hier stehen sicherlich viele an Deiner Seite -, daß dies entschiedener und schneller gehen müsse, verstehe ich. Aber ich verstehe nicht, daß Du nicht gleichzeitig in Deiner Kritik deutlich machst, wo die eigentlichen Hemmschwellen sind. Nämlich daß dies ja wohl auch Geld kostet und daß Späth und Zimmermann sagen, das soll sich über den Preis regulieren, was verhängnisvolle Folgen für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hätte, wenn wir dem nachgeben würden. Und Du sagst nicht, daß deshalb der Vorschlag richtig ist, den Johannes Rau gemacht hat: Daß es eines Waldpfennigs bedarf und nicht einer Politik in dieser Republik, die so aussieht, daß wir hier den Dreck und die Maloche haben und die die saubere Industrie in den Süden abwandert, während wir tatenlos zusehen.

Aber ich nehme ein Wort gern auf. Auch ich sage: Wir brauchen Druck, und zwar dann, wenn es darum geht, Umweltschutzpolitik auch zu bezahlen, und hier vor

allem Druck auf die, die nur die Profiteure sein wollen, aber uns ansonsten keine Hilfestellung geben. Und zweitens brauchen wir Druck auf Strauß und Späth, wenn es darum geht, auch etwas für bleifreies Benzin zu tun; denn dieses Thema wird doch häufig ausgeklammert. Wir Sozialdemokraten sagen aber, daß dies mindestens so wichtig ist zur Bekämpfung des Waldsterbens wie die Rauchgasentschwefelung.

Das heißt also: Druck in die richtige Richtung. Nehmen wir die Bundesländer und die CDU/CSU-geführten Länder ins Visier und lassen die Hilfe und Unterstützung für unsere Landesregierung, wenn sie sich bemüht, in der Diskussion mit der Bundesregierung und den anderen Landesregierungen eine Lösung zu bewirken.

Hilfe und Unterstützung! In dieser Reihenfolge, lieber Hans Otto, folge ich Dir, und viele Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen tun das auch.

Vielen Dank.

Hans Urbaniak



Genossinnen und Genossen,

Johannes Rau hat von den beiden bedeutenden Branchen in unserem Land, Kohle und Stahl, gesprochen. Er hat darauf verwiesen, daß nun die Bundesregierung - und das ist ja wohl ihre Bringschuld und ihre politische Verantwortung - Konzepte, Pläne und Klarheiten auf den

Tisch bringen müsse. Nicht nur wir warten seit Wochen und Monaten, auch die Belegschaften auf den Schachtanlagen, in den Stahlwerken und in den Fabriken warten mit einem hohen Grad an Disziplin, endlich zu erfahren, wohin die Reise geht. Und jeden Tag vergrößert sich die Enttäuschung darüber, daß Herr Lambsdorff die Vorstellungen der eigenen Regierung nicht vorträgt, verbreitet sich eine gewisse Hoffnungslosigkeit. Darunter leidet die Demokratie. Sie nimmt Schaden.

Ich bedaure es außerordentlich, daß die Bundesregierung die Hand, die wir ihr bei der Lösung dieser Frage entgegengereicht haben, zurückgeschlagen hat. Solidarität der Demokraten ist wohl nicht mehr von ihr ins Auge gefaßt.

Ich sage das als einer, der selber die Stilllegung einer Schachtanlage als Betriebsratsvorsitzender erlebt hat, als die Menschen vor einem standen und fragten, wie soll es jetzt weitergehen, und als die Sozialdemokraten es dann geschafft haben, die Interessen dieser Menschen aufzunehmen, und der als junger Mensch miterlebt hat, daß die Alliierten die Schwerindustrie in unserem Lande demontieren wollten, und die Belegschaften und die Gewerkschaften dieses verhindert haben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, und ich sage dies mit Bitterkeit, daß Lambsdorff jetzt fertigbringt, was man den Alliierten im solidarischen Kampf der Arbeitnehmer verweigert hat. Das ist eine schlimme Perspektive, wenn man als Abgeordneter keine Hoffnung sieht, daß die Bonner Regierung auch nur Ansätze für Lösungsmöglichkeiten vorschlägt.

Umso größer schätze ich die Disziplin und die Solidarität der Gewerkschaften in unserem Lande ein. Die Bundesregierung hat es fertiggebracht, die Unternehmen gegeneinanderzuhetzen, die Betriebsräte gegeneinanderzuhetzen, die IG Metall auf das Unerhörteste zu belasten. Wir dürfen uns die Solidarität im Kampf um die Erhaltung von Stahl und Kohle nicht zerstören lassen!

Darum sage ich Reimut Jochimsen und Johannes Rau Dankeschön für das, was von dieser Landesregierung geleistet werden konnte. Und wir sagen auch Dankeschön an die Bundestagsfraktion, die die Ideen der Landesregierung aufgegriffen hat, weil wir wissen, daß 1983 ein Schicksalsjahr wird, wenn wir weiter abräumen und demontieren. Ersatzarbeits-

plätze gibt es nicht, nicht in Dortmund, nicht in Duisburg, auch nicht in Bochum; wir können da noch andere Städte aufzählen. Damit werden sozialdemokratische Strukturen für die Zukunft zerschlagen. Einer der die Verantwortung auch hat, um die Erhaltung der Arbeitsplätze und für ein Mehr an Arbeitsplätzen zu sorgen, steht lächelnd dabei in Inaktivität und hilft mit, daß die Armutsschwelle heruntergedrückt wird. Ich meine Herrn Blüm.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, den Schulteranschluß zu finden in der Solidarität des Kampfes um die Stahlstandorte in unserem Lande, um die Sicherung der Schachtanlagen, daß die Bundestagsfraktion und Landesregierung sich eng zusammenschließen. Da hoffe ich, daß jeder einzelne Sozialdemokrat sich über die Bedeutung seiner Funktion im klaren ist. Das, was von einem aus der Landesregierung gerade gemacht worden ist, kann uns bei diesem Kampf solidarisch aufzutreten, nicht helfen.

Friedhelm Farthmann



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich glaube, es gibt keinen Delegierten hier im Saal, der nicht mit großer Sorge diesem Parteitag entgegengesehen hat. Wir alle wissen, wie unendlich nötig wir es haben, daß wir nach Resignation und nach der Enttäuschung vom 6. März als Partei wieder einen Aufbruch erleben. Ich hätte gern hier einen Diskussionsbeitrag dazu geleistet, um mitzuhelfen, daß das, was Johannes Rau als

Ministerpräsident und als Landesvorsitzender zur Überwindung dieser Resignation gesagt hat, breite Unterstützung findet.

Nun ist aber ein Problem da, das uns bitter in diesem Ringen nach einem neuen Aufbruch stört und belastet. Das ist der Rücktritt von Hans Otto Bäumer, und es hat gar keinen Zweck, dies zu leugnen.

Ich will dazu zunächst sagen, daß Hans Ottos Schritt mir menschlich unendlich leid tut. Wir haben trotz aller Konkurrenz viel zusammen bestanden, und ich meine, wir hätten uns auch in der Umweltpolitik gut ergänzt. Trotzdem respektiere ich diese Entscheidung aus menschlichen Gründen. Ich will aber hinzufügen: sachlich verstehen kann ich sie nicht.

Dabei wäre es unredlich, wenn ich nicht sagen würde, daß es natürlich auch sachliche Differenzen in dem einen oder anderen Punkt gibt; Hans Otto hat dazu einiges angedeutet, ich brauche nicht darauf einzugehen. Aber: Wir berufen uns beide wechselseitig auf das Bündnis der Vernunft. Dann muß ich aber auch die Frage stellen: Wer stellt denn das Bündnis fest, wer formuliert denn, was zum Bündnis der Vernunft gehört?

Das kann doch nur durch einen Kompromiß und eine Mehrheitsentscheidung wie in einem Gremium, im Kabinett oder in der Fraktion geschehen, anders doch sicherlich nicht. Und wenn das so ist, dann kann doch nicht gerade dann, wenn man ein Bündnis von offensichtlich entgegengesetzten Interessen zusammenführen will, der Kompromiß als solcher prinzipiell falsch sein und als Begründung gewählt werden, dieses Bündnis aufzukündigen. Deswegen muß ich darum bitten und daran erinnern: Wenn wir überhaupt, in welcher Richtung auch immer - und da wird es sehr wohl möglich sein, Akzentverschiebungen vorzunehmen -, und jemals dieses Bündnis praktizieren wollen, dann wird dies immer nur über einen Kompromiß gehen. Dabei hat dann derjenige, der bei diesem Kompromiß unterliegt, natürlich das Recht und die Freiheit, zu sagen: dies kann ich nicht mehr mittragen. Aber es kann damit nicht eine Anklage gegen die Mehrheit verbunden werden. Es ging mir darum, dies hier nochmals deutlich zu machen.

Dann will ich noch zwei Bemerkungen zur Sache machen. Die erste berührt die Zuständigkeit. Hans Otto, Du hast auf den Bund verwiesen, und das hast Du schon

mehrfach getan. In der Tat gibt es auf Bundesebene das Bestreben, ein Umweltministerium zu errichten. Nur, Genossinnen und Genossen, da muß man hinzufügen: Die Situation auf Bundesebene ist anders als auf Landesebene, weil auf Landesebene exekutivische Behörden dazugehören - die Gewerbeaufsicht und die Landwirtschaftsbehörden.

Daran liegt es doch, daß wir aus praktischen Gründen der Vollziehbarkeit vor Ort als Mehrheit die Ressortteilung für zweckmäßiger gehalten haben. Denn jeder, der auf Landesebene darüber redet, muß wissen, daß er entweder einen Umweltminister schafft ohne die Gewerbeaufsicht, das ist ein armer Mann, denn er hat die einzige Einflußmöglichkeit nicht, die dazu gehört, um den industriellen Umweltschutz zu praktizieren. Oder er muß einen Arbeitsminister strukturieren ohne Gewerbeaufsicht, das heißt ohne Arbeitsschutz.

Das kann doch wohl nicht in sozialdemokratischem Interesse liegen. Es sind also keine Rängeleien und keine persönlichen Interessen oder Prestigefragen, sondern es geht hier um ein nicht lösbares Problem.

Das zweite ist: Alle Meinungsverschiedenheiten, die wir haben und die wir auch in Zukunft noch haben werden, denn es wäre unredlich, dies nicht zu sehen, und auch alle Kritik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik dieser Republik seit zehn Jahren Maßstäbe gesetzt haben und weiter setzen werden.



Johannes Rau hat gesagt: Wir haben im Lande Nordrhein-Westfalen schon die Forderung nach Umrüstung der Altanlagen bei den Kraftwerken erhoben und durchzusetzen versucht, als das Problem der Waldschäden den Bürgern überhaupt noch nicht bekannt und nicht bewußt war.

Hier im Lande Nordrhein-Westfalen, daran darf ich doch erinnern, ist das erste Mal in der Bundesrepublik ein Unternehmer durch die Landesregierung aus Umweltschutzgründen vor die Tür seines eigenen Unternehmens gesetzt worden!

Ich bitte sehr herzlich darum, trotz aller Differenzen, die wir haben und die ich ernst nehme, nicht dieses Bild zu verdunkeln, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik seit langen Jahren führend sind. Ich hätte es sehr gewünscht und ich bin traurig darüber, Hans Otto, daß wir beide das nicht weitermachen können - so wie wir es bisher gemacht haben.

Jürgen Büssow



Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn man weiß, daß durch die Umweltbelastung im Ruhrgebiet - ich darf hier mal aus dem Geo-Atlas zitieren

- Kinder unter einer verspäteten Knochenreifeung leiden,
- eine verminderte Lernfähigkeit haben,
- zum Beispiel 30 Prozent der nicht-rauchenden Erwachsenen an chronischer Bronchitis leiden in Duisburg, Recklinghausen und in Essen,
- angina pectoris weitaus häufiger ist als in anderen Landesteilen -

und daß wir eine Sterbequote haben im Ruhrgebiet, die über 7 bis 10 Prozent liegt, dann glaube ich, daß man sich in der Tat in der Sache radikalisieren kann. Das möchte ich der vorangegange-

nen Diskussion nur anfügen.

Deshalb ist es auch gut, daß Johannes Rau am 29. April vor dem Bundesrat erklärt hat, daß das Land Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland ein Handlungskonzept für die Umweltpolitik und Beschäftigungspolitik vorlegen wird. Wir warten auf dieses Konzept und hoffen, daß es bald kommt, weil es natürlich nicht ausreicht, so wichtig ich das finde, daß gesagt wird, welche Leistungen wir vollbracht haben, wenn wir nicht gleichzeitig auch die Perspektiven nennen für unser Land, damit die Menschen wissen, wohin wir Sozialdemokraten marschieren.

Ich möchte ein kritisches Wort sagen zum Bündnis der Vernunft. Ich fände es besser, wir machten eine plausible Politik, die von den Menschen verstanden und nachvollzogen wird, wie wir das bei der Ostpolitik mit Willy Brandt hatten. Dann stellte sich das Bündnis auch automatisch ein. Dann kommen die Menschen dazu, und wir brauchen nicht so viel über Bündnisstrategie zu reden, sondern könnten uns der praktischen Politik widmen. Das wäre mir wichtiger. Wir haben übrigens heute Anträge vorliegen, die das auch zum Ausdruck bringen.

Genossinnen und Genossen, laßt mich bitte eine weitere Bemerkung machen. Ich habe das auch in Recklinghausen auf der Klausurtagung schon gesagt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen zwei große Pluspunkte: da ist einmal der Ministerpräsident mit der Popularität, die er hat, und da ist eine geschlossene Partei in Nordrhein-Westfalen, anders als in anderen Landesteilen. Wir haben eine Opposition in diesem Land, die ihre Oppositionsrolle ablehnt. Biedenkopf hat sich immer geweigert, Alternativen vorzulegen. Er hat gesagt, daß dies nicht die Rolle der Opposition sei, sie habe nur zu kritisieren.

Das heißt: Die CDU hat keine Lösungsmöglichkeiten für dieses Land, nicht einen einzigen Ansatz. Und das müssen wir deutlich machen in der Bevölkerung. Wir müssen deutlich machen, daß derjenige, der nicht oppositionsfähig ist, auch niemals regierungsfähig werden darf!

Aber das bedeutet auf der anderen Seite, daß wir in den eineinhalb Jahren, die uns noch bleiben, die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten auch eindeutig unter Beweis zu stellen haben, daß wir uns dort, wo wir am 6. März in den Augen der Wähler verloren haben,

nämlich in der Wirtschaftspolitik, die Kompetenz zurückholen, auch mit den bescheidenen Möglichkeiten, die ein Land wie NRW hat.

Weil die Medienpolitik angesprochen worden ist, möchte ich sie hier auch noch kurz erwähnen. Ich gebe Johannes Rau Recht, daß man den in den Anstalten Arbeitenden mit auf den Weg geben muß, daß sie diese Wende nicht mitmachen sollen, die sich in dieser Republik vollzogen hat.

Aber wir sind gleichzeitig in dieser Republik die Verfechter, die sich gegen Programmbeeinflussung von außen - auch von der SPD - ausgedrückt und dies auch bei der Rundfunkgebührendebatte wiederum in einen Zusammenhang gestellt haben. Die CDU hat gemeint, wir würden der Gebührenerhöhung sicherlich zustimmen, wenn nur die Programmleistungen entsprechend wären. Zu einer solchen Haltung sagen wir nein. Aber wir sagen auch nein, wenn ein herausragender Chefredakteur in dieser Anstalt, wie es jetzt durch die Presse gegangen ist, früher in der Waffen-SS gewesen ist und daraus keine Konsequenzen zieht. Ich meine, in einer Anstalt, die sich als Integrationspunkt begreift, dürfen diese Menschen an solch herausgehobenen Stellen nicht arbeiten.

Vielen Dank.

Franz-Josef Antwerpes



Liebe Genossinnen und Genossen,

Friedhelm Farthmann hat hier in dieser Halle einmal eine etwas unerfreuliche Begegnung gehabt, als er gegen Johannes Rau unterlag. Einige Jahre vorher hatte ich das Mißvergnügen mit Hans Otto. Und damit komme ich auch zum Thema.

Hans Otto, daß Du zurückgetreten bist, ist vielen von uns nicht ganz klar. Die Gründe dafür, die Du in der Vergangenheit genannt hast, sind sicherlich aus der Sache her in vielen Fällen im einzelnen nachvollziehbar. Aber denke daran: Wenn Du aus dem Geschäft raus bist, dann sieht es mit dem Umweltschutz und mit unseren Vorstellungen umso prekärer aus. Wer engagiert ist, muß drin bleiben im Boot und nicht aussteigen!

Wir haben Seite an Seite auf mancher Deponie und bei mancher Umweltschutzveranstaltung gestritten. Ich habe natürlich auch in der SPD einige Genossen, die mein Engagement für den Umweltschutz nur mit äußerstem Zähneknirschen nachvollziehen können. Aber in unserer Partei wird wenigstens über den Umweltschutz diskutiert, dagegen sind die CDU und die FDP hier in unserem Lande weggetaucht! Also Hans Otto, mach das nicht noch einmal! Es fehlt einem schließlich fast der Streit mit Friedhelm Farthmann, denn wenn sich die beiden etwa darum streiten, ob nun Schwefeldioxide oder Stickoxide maßgeblich sind für das Waldsterben - und es sind wahrscheinlich beide - so ist diese Diskussion doch auch für unseren Umweltschutz

fruchtbar, und wir sollten diese Auseinandersetzungen ernstnehmen.

Aber ein Punkt, den ich nicht nachvollziehen kann, ist, ein Umweltministerium in Nordrhein-Westfalen zu begründen. Wenn man ein Umweltministerium machen wollte mit all den Kompetenzen, die dorthin gehörten - von der Abfallbeseitigung über den Landschaftsschutz über die Lebensmittelüberwachung - dann müßte man doch auch noch die Landesplanung hinzunehmen.

Das ergäbe einen Superminister, der in ständiger Konkurrenz zum Ministerpräsidenten stünde, so daß die Frage erlaubt ist, ob das überhaupt von der Aufgabenstellung her möglich und wünschenswert wäre. Ein Umweltministerium ist entweder allumfassend oder - wie in Bayern - eine leere Hülse. Deswegen plädiere ich hier dafür, es bei der Aufgabenteilung im wesentlichen zu belassen.

Eine Anmerkung noch. Wir leiden in unserer Partei darunter, daß wir ständig in unsere Programme schreiben: Arbeitsplätze und Umweltschutz sind gleichrangig. So steht das im Landeswahlprogramm von 1980, in der Duisburger Erklärung wird das nicht so direkt erkennbar, wenngleich Johannes Rau vor dem Landtag noch einmal diese Forderung aufgegriffen hat.

Mir geht es darum, daß wir dann, wenn wir vom Bündnis der Malocher mit allen anderen sprechen, klarmachen müssen, daß der Umweltschutz auch Arbeitsplätze schafft. Wenn wir am Ende dieses Jahres ein Handlungskonzept erarbeiten, dann sollten wir uns ein Vorbild an den hessischen Sozialdemokraten nehmen, die gesagt haben: welche Maßnahmen schaffen welche Arbeitsplätze. Der Gegensatz besteht in Wirklichkeit nicht. Wenn wir es schaffen, dieses Programm für die 85er Jahre zu haben, dann war Dein Rücktritt, Hans Otto, letztlich doch auch ein gutes Signal für weiteres zielgerichtetes Schaffen.

Zu den Tagesordnungspunkten 7., 8. und 9. gab es keine Wortmeldungen.

Der Parteitag entsprach dem Antrag der Landeskontrollkommission und entlastete den Landesvorstand und die Geschäftsführung des Landesverbandes.

11. Bericht der Mandatsprüfungs-kommission

Hans Kalkbrenner erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Der Landesparteitag setzt sich aus 300 Delegierten und 18 stimmberechtigten Landesvorstandsmitgliedern zusammen.

Anzahl der Delegierten

Ostwestfalen-Lippe	28
Westliches Westfalen	146
Niederrhein	74
Mittelrhein	52

davon anwesend

Ostwestfalen-Lippe	28
Westliches Westfalen	146
Niederrhein	70
Mittelrhein	48

es fehlten

Niederrhein	4
Mittelrhein	4

Von den Anwesenden waren mit Buch

Ostwestfalen Lippe	24
Westliches Westfalen	135
Niederrhein	57
Mittelrhein	42

ohne Buch

Ostwestfalen Lippe	4
Westliches Westfalen	11
Niederrhein	13
Mittelrhein	6

Gesamtanzahl der Delegierten	300
der Anwesenden	292

der Fehlenden	8
mit Buch	258
ohne Buch	34

Landesvorstand	18
davon anwesend	18
mit Buch	16
ohne Buch	2

Gesamtanzahl mit Landesvorstand der Delegierten	318
der Anwesenden	310
der Fehlenden	8
mit Buch	274
ohne Buch	36

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission erkannte der Landesparteitag den 36 Genossinnen und Genossen, die ohne Mitgliedsbuch erschienen waren, das Stimmrecht zu.



12. Behandlung der Anträge

Alle zur Überweisung beschlossenen Anträge werden sowohl dem außerordentlichen Landes- und kommunalpolitischen Sonderparteitag Anfang 1984 als auch dem SPD-Landesvorstand, der SPD-Landtagsfraktion und den Organisationsgliederungen zur Generaldebatte zugeleitet.

Antragsspiegel

Antragsgruppe A – Grundsatzanträge

A/1 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
A/2 Überweisung.

Antragsgruppe B – Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Energiepolitik

B/1 Annahme.
B/2 Überweisung.
B/3 Annahme.
B/4 Überweisung.
B/5 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
B/6 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
Initiativ-Antrag 7 Überweisung.

Antragsgruppe C – Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebaupolitik, Verkehrspolitik

C/1 Überweisung.
C/2 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
C/3 Der Antrag entspricht einem Beschluß des kommunalpolitischen Landessonderparteitages und der Beschlußlage der SGK. Die Konkretisierung möglichen Landtagsfraktion und Landesausschuß weiterverfolgen.
C/4 Nichtbefassung.
C/5 Annahme.

C/6 Überweisung.
Initiativ-Antrag 6 Annahme.

Antragsgruppe D – Gesellschafts- und Sozialpolitik

D/1 Überweisung.
D/2 Annahme in ergänzter Fassung
D/3 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
D/4 Erledigt durch die Annahme des Initiativantrages 9.
D/5 Überweisung.
D/6 Überweisung.
D/7 Annahme bei Streichung des Wortes "sofortige" im vorletzten Absatz.
D/8 Überweisung.
D/9 Überweisung.
Initiativ-Antrag 2 Überweisung.
Initiativ-Antrag 3 Überweisung.
Initiativ-Antrag 5 Überweisung an die nordrhein-westfälische Landesregierung mit der Bitte um Prüfung.
Initiativ-Antrag 8 Nichtbefassung, da die NRW-Landesregierung, orientiert an den Beschlüssen der SPD, im Einzelfall entscheidet unter Beachtung der Gesetzeslage und der Rechtsprechung.
Initiativ-Antrag 9 Annahme.

Antragsgruppe E – Umweltschutz

E/1 Annahme.
E/2 Überweisung.
E/3 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
E/4 Erledigt durch die Annahme des Antrages E/6.
E/5 Erledigt durch die Annahme des Antrages E/6.

- E/6 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
 E/7 Annahme.
 E/8 Annahme in der Fassung der Antragskommission.
 Initiativ-
 Antrag 4 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Antragsgruppe F - Bildungspolitik

- F/1 Erledigt durch die Annahme des Antrages F/2.
 F/2 Annahme.
 F/3 Überweisung.
 F/4 Erledigt durch die Annahme des Antrages F/2.
 F/5 Annahme.
 F/6 Erledigt durch die Annahme des Antrages F/2.
 F/7 Erledigt, da die Landesregierung im Sinne des Antrages handelt.
 F/8 Erledigt durch die Annahme des Antrages F/2.
 F/9 Überweisung.
 F/10 Annahme.
 F/11 Annahme.
 Initiativ-
 Antrag 1 Überweisung.

Antragsgruppe G - Medienpolitik

- G/1 Überweisung.
 G/2 Überweisung.
 G/3 Überweisung.
 G/4 Überweisung.
 G/5 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Antragsgruppe H - Friedens- und Sicherheitspolitik

- H/1 Erledigt durch Annahme einer neu gefaßten Entschlie-
 ßung.
 H/2 Nichtbefassung.
 H/3 Nichtbefassung.
 Entschlie-
 ßung Annahme.

Antragsgruppe J - Sonstige Anträge

- J/1 Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Einleitende Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Zöpel Zum Antrag A / 1



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

laßt mich bitte einige Bemerkungen machen zum Stellenwert und zu den Gründen des Leitansatzes des Landesvorstandes.

Seit der Wahlniederlage am 6. März wissen wir, daß wir 1984 und 1985 eine Kommunal- und eine Landtagswahl unter zwei Bedingungen führen müssen, die noch niemand - auch nicht die älteren unter uns - bisher bei Wahlkämpfen erlebt hat.

Zum einen gehen wir in diese Wahlen in einer Situation, in der in vielen Städten und im Land Nordrhein-Westfalen Sozialdemokraten regieren und weiterregieren wollen und dabei auf Bundesebene auf eine CDU-Bundesregierung und damit die Konservativen treffen. Zum zweiten müssen die Wahlen unter der Voraussetzung gewonnen werden - und das dürfte noch schwieriger sein -, daß auf lange Zeit in den öffentlichen Haushalten keine realen Mehreinnahmen zu erwarten sind. Auf diese Situation müssen wir uns ab sofort einstellen. Wer draußen an der Basis herunkommt, wird berichten können, daß das noch nicht allen ausreichend klar ist und daß in vielen Versammlungen dazu noch eine Menge Fragen gestellt werden.

Um diese Wahlen zu gewinnen, müssen einige Dinge zusammenkommen:

In den Wahlkämpfen brauchen wir die richtige Stimmung und Motivation; vorher die richtigen Personalentscheidungen. Die wichtigste Personalentscheidung haben wir heute überzeugend getroffen. Sicherlich brauchen wir aber ebenso die richtige Programmatik und eine richtige Bestimmung der Wirklichkeit. Um hier weiterzukommen, wollen wir mit diesem Leitantrag die Diskussion in der Partei anstoßen, ich möchte das noch einmal sehr deutlich wiederholen: die Diskussion in der Partei anstoßen; denn viele der im Leitantrag angesprochenen Themen sind, so glauben wir, noch nicht ausreichend diskutiert.

Der erste wichtige Punkt, zu dem wir glauben, Argumente geben zu müssen, baut auf folgender Ausgangslage auf:

Die Sozialdemokraten unter uns, die von Wirtschaft etwas zu verstehen glauben, sagen, wirtschaftliches Wachstum ist auch aus ökonomischen Gründen mit den hohen Raten der 60er Jahre nicht mehr möglich. Die Sozialdemokraten unter uns, die im Umweltschutz engagiert sind, sagen sogar, wirtschaftliches Wachstum mit derartig hohen Raten ist auch nicht sinnvoll und auch nicht wünschenswert. Im Ergebnis sind die Unterschiede zwischen beiden Positionen gar nicht so groß. In dieser Situation brauchen wir aber eine Aussage, wie wir denn zu einer solchen Gesellschaft stehen, in der hohe Wachstumsraten zumindest nicht möglich, vielleicht aber auch nicht sinnvoll sind. Für die damit verbundenen Fragen wollen wir folgenden Antwortvorschlag machen:

Dieses ist eine Gesellschaft, die wir nicht zuerst als Krisengesellschaft beschreiben, sondern als eine Gesellschaft, die auf einem sehr hohen Wohlstandsniveau lebt. Es geht nämlich nicht an, Wachstum nicht mehr für möglich zu halten und gleichzeitig soundsoviel Krisen zu beschreiben. Denn dann kämen wir in eine Argumentationssituation, in der wir die Unlösbarkeit der Probleme konstatierten. Die Unmöglichkeit von bisherigen Wachstumsraten und die Tatsache eines hohen Wohlstandsniveaus gehören argumentativ zusammen. Dieses hohe Wohlstandsniveau befähigt uns nämlich, mit den Problemen fertig zu werden. Dabei leugnen wir nicht, daß es Gefährdungen für die Wohlstandsgesellschaft gibt. Die wichtigsten benennen wir im Leitantrag. Sie liegen in sozialer Ungerechtigkeit, in Umweltzerstö-

rung und in internationalen Problemen. Aber diese Gefährdungen können nicht die Wirklichkeit verdunkeln:

Wir haben eine Gesellschaft, zu der es historisch und international hinsichtlich ihres Wohlstandsniveaus keinen Vergleich gibt. Diese Gesellschaft wollen wir verteidigen, ihre Gefährdungen abwehren.

Der zweite Punkt, zu dem wir Argumentationsansätze bieten wollen, ist die notwendige systematische Auseinandersetzung mit den Konservativen. Daß wir gerade da einen großen Aufholbedarf haben, haben wir gemerkt, als wir die entsprechenden Antragspassagen zu formulieren gesucht haben. Damit ist nicht gesagt, daß wir es in der aktuellen Politik versäumt hätten, die Gegensätze zu konservativen Positionen herauszuarbeiten, aber wir meinen, daß wir den Versuch unternehmen müssen, konservative Politik etwas systematischer, zusammenhängend und grundsätzlich argumentativ zu bekämpfen. Hier gibt es Nachholbedarf. Mit dem Leitantrag wollen wir versuchen, dazu die Diskussion in der Partei anzustoßen und zu beleben.

Aus unserer Beschreibung dieser Gesellschaft und aus der Ablehnung konservativer Politik resultieren die Formulierungen des Leitantrags zu dem, was wir selbst wollen. Und hier geht es uns vor allem um einen Begriff, den wir als einen positiven zurückgewinnen wollen, nämlich den Begriff der Verteilung. Es ist den Konservativen im Bundestagswahlkampf gelungen, die Tatsache, daß Verteilung, wenn sie gerecht sein soll, immer auch politischer Entscheidungen bedarf, total zu diskreditieren und stattdessen allein abzustellen auf die Chancen der Leistungsstarken, durch Erwerbseinkommen ihre eigene Situation zu verbessern. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ein Faktum einfügen, das man, wie ich glaube, für jede Auseinandersetzung über Verteilungsfragen kennen muß: 60 % der Menschen in diesem Lande beziehen kein Erwerbseinkommen, sondern leben von vielfältigen Verteilungsentscheidungen, die entweder in den Familien oder in Gesellschaft und Staat getroffen werden. Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, deutlich zu sagen: Diese Verteilungsentscheidungen müssen politisch verantwortbar und sozial gerecht sein. Hierin liegt der Zusammenhang von Wohlstand und Verteilung. Die Konservativen wollen uns Sozialdemokraten ein Etikett ankleben, indem sie immer wieder wiederholen, Sozialdemokraten würden den Mangel verwalten. Wir

müssen dagegenhalten: Wir wollen den Wohlstand gerecht verteilen. Das ist die Position, mit der wir in die Auseinandersetzung gehen müssen: Den Wohlstand sichern und gerecht verteilen, nicht aber den Mangel verwalten.

Diese Grundsätze, so meinen wir, müssen sehr schnell in ein Politikkonzept für die Kommunen und für das Land Nordrhein-Westfalen eingehen. Dazu brauchen wir als erstes ein Ende der vordergründigen Diskussion um die Richtigkeit oder die Fehler der Finanzpolitik. Ich sehe die große Gefahr, daß wir uns hier in überflüssigen Streitereien verlieren und daß dabei Kommunal- und Landtagswahlen verloren gehen. Es kann nicht angehen, daß die einen von uns über die unvernünftige Sparpolitik reden und die anderen in Landtagsfraktion und Regierung sich die Frage stellen, wie lange können wir es verantworten, ohne Aussicht auf Besserung jedes Jahr 10 Mrd. DM mehr auszugeben als wir einnehmen.



Denn das hat ja wohl nichts mit Gesinnung oder dem richtigen Bewußtsein zu tun, daß man nicht immer und ewig 10 Mrd. DM mehr ausgeben kann als man einnimmt. Deshalb muß diese Auseinandersetzung aufhören, daß die einen die Verantwortung für die jährlichen Kreditaufnahmen kaum tragen können und die anderen von verkehrter Sparpolitik reden.

Hierzu haben wir im Leitantrag Grundzüge aufgeschrieben, was wir unter Konsolidierung des Landeshaushalts verstehen. Wir haben das Konsolidierungsziel formuliert: Die Nettokreditaufnahme darf langfristig nicht höher sein als es der Sachverständigenrat formuliert, und das heißt für Nordrhein-Westfalen 3 Mrd. Nettokreditaufnahme im Jahr - z. Z. nimmt das Land jährlich 10 Mrd. DM Kredite auf. Wir meinen, in zehn Jahren müssen wir die Reduzierung der Nettokreditaufnahme auf 3 Mrd. DM erreicht haben. Wenn man sich darauf geeinigt

hat, muß man sich unter Zugrundelegung einiger Annahmen - beim Wirtschaftswachstum gehen wir im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre von 1,5 % real aus - darüber verständigen, wie dann die großen Haushaltsblöcke aussehen. Wir nehmen an, bei den Personalkosten und bei den Zuweisungen eine jährliche Steigerung von ungefähr 3 % nominal erzielen zu können, bei den Investitionen sieht unser Vorschlag eine nominal konstant bleibende Quote vor. Dieser Vorschlag soll der Beendigung der Diskussion dienen, die einen seien unsinnige Sparer, die anderen unsinnige Geldverschwender. Über die langfristige Haushaltsstrategie müssen wir uns notwendigerweise zuerst verständigen.

Auf dieser Grundlage haben wir Politikbereiche formuliert, die wir für zentral halten. Dabei haben wir dem Politikfeld "Integration von Wirtschafts- und Umweltpolitik" hohe Priorität eingeräumt - lange vor Hans Otto Bäumers Rücktritt.

Ausdrücklich wollen wir darauf verweisen, daß dieser Leitantrag als Grundlage für die weitere Arbeit der Partei zur Vorbereitung eines Sonderparteitages im Frühjahr des nächsten Jahres dienen soll, wo dann ein landes- und kommunalpolitisches Programm zu verabschieden ist. Natürlich wird der eine oder andere fragen, ist es nicht schon zu spät, müßten die Antworten nicht heute gegeben werden? Dazu, Genossinnen und Genossen, muß ich noch einmal in Erinnerung rufen, daß wir um die besondere Herausforderung der nordrhein-westfälischen SPD, die ich in den ersten Sätzen beschrieben habe, ja erst seit dem 6. März wissen. D. h., daß, wenn man die Osterpause einmal abzieht, die Diskussion um die Folgerungen aus dieser Bundestagswahl-niederlage für Nordrhein-Westfalen erst ganze zwei Monate dauert und auch nicht früher beginnen konnte. Sicherlich brauchen wir jetzt ein gutes halbes Jahr, um wirklich Konsequenzen zu ziehen und um dann programmatische Aussagen zu machen, die sich von allen Programmen der Vergangenheit in einem Punkt sehr scharf unterscheiden müssen: Wir können nicht nur aufschreiben, was wir wollen, sondern wir werden fast bei jeder Entscheidung über das, was wir wollen und was Geld kostet, gleichzeitig sagen müssen, was nicht mehr möglich ist und was wir in Nordrhein-Westfalen nicht durchsetzen können. Das haben wir alle zusammen bis jetzt nicht gelernt.

Aber wir kommen daran nicht vorbei,

weil die Menschen uns nichts abnehmen - das ist für mich eine Lehre aus der Bundestagswahl -, von dem wir ihnen nicht zuverlässig argumentativ darstellen, daß wir es auch durchsetzen können. Wir werden deshalb wohl Entscheidungen zu treffen haben, die härter sind als bei allen bisherigen Auseinandersetzungen um Programme. Deshalb wiederhole ich es noch einmal:

Entscheidungen stehen an darüber, wo wir noch handeln wollen und können, aber auch darüber, wo es aus finanziellen Gründen nicht mehr geht. Mein Eindruck ist, daß die Partei so weit noch nicht ist. Dies belegen auch viele der Anträge, die zu diesem Parteitag kamen. Sie schneiden wichtige Einzelfragen an, aber sie können noch nicht im Detail behandelt werden, weil wir uns erst über zuverlässige Antworten im Gesamtzusammenhang verständigen müssen, wo wir noch etwas tun können und wo das aus finanziellen Gründen nicht mehr geht.



Ich hoffe, der Leitantrag wird als Diskussionsanstoß und -anregung für die innerparteiliche Diskussion aufgenommen werden, die der Landesvorstand mit entsprechenden Veranstaltungen begleiten wird. Wir hoffen, daß am Ende dieser Diskussion alle Unterbezirke so weit sind wie schon heute der Unterbezirk Düsseldorf, der als einziger von 54 bereits ein geschlossenes Konzept zur Landespolitik vorgelegt hat. Aber ich glaube, bevor wir darüber entscheiden, müssen alle in der Partei so weit sein, konkretere Vorstellungen über ein Gesamtkonzept zur Landes- und Kommunalpolitik zu haben, um dies in die Diskussion auf Landesebene einzubringen, damit wir dann im Frühjahr 1984 die Antworten geben können.

Aus all dem ergibt sich, daß wir natürlich unsere Vorschläge für diskussionswürdig und verbesserungsbedürftig halten. Es ist aber gleichzeitig das, was wir aus unserer Sicht an wichtiger

Orientierung vorgeben konnten, sozusagen als erstes Startsignal nach der Bundestagswahl zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Fragen, die sich uns für die Kommunal- und Landtagswahl stellen.

Herzlichen Dank.

In seiner Rede am Ende einer lebhaften Diskussion faßte Christoph Zöpel verschiedene Punkte des Leitantrags zusammen und ging auf Fragen ein, die auf dem Landesparteitag kontrovers diskutiert worden sind.

Auszüge aus der abschließenden Rede von Christoph Zöpel

1. Der Charakter des Antrags: Der Antrag ist kein Grundsatzprogramm. Vielmehr soll er in Nordrhein-Westfalen eine Diskussion in Gang bringen, die uns für 1984 zu Aussagen bringt, mit denen wir die Wahlen 1984 und 1985 gewinnen. Wir wollen Fragen ansprechen, auf die im Bundestagswahlkampf keine Antworten gegeben wurden.
2. Entspannungspolitik: Wir treten ein für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, die eine Nachrüstung auf deutschem Boden verhindert und Abrüstung möglich macht.
3. Frauen: Frauen und Männer müssen in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen haben, in den ökonomischen und in den nicht-ökonomischen Lebensbereichen. Es gibt in unserer Gesellschaft starke Kräfte, die Frauen aus dem Erwerbsleben fernhalten wollen. Wenn nicht die gleichen Chancen bestehen, am Erwerbsleben teilzunehmen, ist die Gleichberechtigung bedroht.
4. Arbeitszeitverkürzung: Bei dem derzeitigen Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt gibt es mehr Menschen, die arbeiten wollen, als Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Deshalb brauchen wir Arbeitszeitverkürzung. Arbeitszeitverkürzung brauchen wir auch, um ein Ende damit zu machen, daß Frauen, die arbeiten wollen, von konservativen Gruppen vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Die Verwirklichung von Gleichberechtigung im ökonomischen Bereich und Arbeitszeitverkürzung gehören des-

halb untrennbar zusammen.

5. Haushaltspolitik: Wir wollen den Haushalt konsolidieren und haben uns hierzu eine Strategie überlegt, die auf plausiblen Annahmen aufbaut. Aufgrund der daraus abgeleiteten Berechnungen haben wir einen Vorschlag gemacht, wie man sich über die drei großen Ausgabenblöcke verständigen kann. Unser Ziel ist es, die jährliche Nettokreditaufnahme von derzeit 9 - 10 Mrd. DM auf 3 Mrd. DM zurückzuführen. Unsere wirtschaftspolitischen Annahmen sind: 1,5 % Wirtschaftswachstum, 3 % Inflationsrate. Dann kann der Haushalt nominal jährlich um 4,5 % zunehmen, wenn er sich parallel zum nominalen Bruttosozialprodukt und zu den Einnahmen entwickeln soll. Wollen wir konsolidieren, muß es etwas langsamer sein, nämlich unter 3 % nominal. Für die drei großen Ausgabenblöcke ergeben sich bei dieser Rechenoperation im Personal- und Zuweisungsbereich je 3 % im Jahr und bei den Investitionen 0 %. Das heißt, wir haben den Anteil investiver Ausgaben am Etat bei dieser Konsolidierungsstrategie real schon absinken lassen, weil wir wissen, daß es im Personalbereich, im Gemeindebereich und bei einigen anderen Ausgaben Zwangsläufigkeiten gibt, auf die wir keine politischen Einflußmöglichkeiten haben. Auf der anderen Seite halten wir aber auch eine gewisse Höhe an Investitionen für unverzichtbar. Wir halten positive wirtschaftliche Wachstumsraten in der Zukunft für möglich und auch für nötig. Bei Nullwachstum ließen sich die großen Sozialkonflikte in nächsten 10 Jahren kaum lösen. Setzen wir aber auf gewisse Wachstumsraten, so muß der Staatshaushalt seinen Anteil dazu beitragen. Die Aufgaben von Land und Gemeinden sind vor allem: Für ein umweltgerechtes Angebot an Gewerbeflächen zu sorgen, Infrastruktur zu sichern und Technologieförderung zu betreiben. Nominal gleichbleibende Investitionen im Landeshaushalt bedeuten bereits realen Rückgang der vom Land beeinflussten Investitionstätigkeit. Eine noch stärkere Rücknahme der Investitionsausgaben wäre nicht vertretbar, will man nicht die Wachstumsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen vermindern. Andererseits kann eine Investitionsbelebung durch große staatliche Investitionsprogramme Nordrhein-Westfalen alleine gar nicht finanzieren und mit Aussicht auf Erfolg durchführen.

Zwar sollte Haushaltspolitik nach den Aufgaben und nicht nach Einnahmen und Ausgaben gemacht werden, doch hat das Land Nordrhein-Westfalen keinen Einfluß auf seine Einnahmen. Diese werden vom Bundesgesetzgeber diktiert. Und dieser ist im Augenblick konservativ in seiner Mehrheit. Da uns diese konservative Mehrheit kaum nennenswerte zusätzliche Staatseinnahmen verschaffen wird, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Politik an den Einnahmemöglichkeiten und an einer verantwortbaren Nettokreditaufnahme zu orientieren. Für den Gesamtstaat sind wir für Steuererhöhungen bei den Starken. Aber wenn der Gesamtstaat mit seiner konservativen Mehrheit diesen Vorschlägen nicht nachkommt, dann kann der Teilstaat Nordrhein-Westfalen mit seinen Kommunen eben nur in diesem Rahmen handeln. Er kann nicht sagen, wenn die uns nicht helfen, nehmen wir jährlich 30 Milliarden Kredit auf, und wenn dann die Bundespolizei einrückt, um die Landesregierung zu verhaften, weil sie sich verfassungswidrig verhält, dann geht die Landesregierung zum Parteitag und hofft auf Eure Care-Pakete.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Antrag Nr.: A 1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand

Betreff:
Grundsatzklärung

SPD-NRW 1983

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen nach der Übernahme der Bundesregierung durch die Konservativen und nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 vor einer doppelten Aufgabe:

Wir tragen in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit die Regierungsverantwortung und sind die verantwortliche Kraft in vielen Städten und Gemeinden des Landes.

Wir sind gleichzeitig Teil der großen sozialdemokratischen Opposition, die in der Bundesrepublik gegen die Politik der konservati-

von Bundesregierung streitet.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen nehmen die Herausforderungen an, die mit beiden Aufgaben verbunden sind:

Wir wollen die sozialdemokratische Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen fortsetzen und ihre politische Stellung in den Städten und Gemeinden des Landes erhalten und ausbauen.

Wir wollen mithelfen, die konservative Bundesregierung so schnell wie möglich abzulösen.

Sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und Gemeinden gehört untrennbar zusammen. Konzeptionen sozialdemokratischer Politik, die allein die Bedingungen des Bundes, des Landes oder einer Gemeinde berücksichtigen, bleiben erfolglos.

Sie werden für die Bürger letztlich widersprüchlich sein, und sie bieten den politischen Konkurrenten Angriffsflächen.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten vor die Bürger mit einer politischen Konzeption, die am Leitbild der solidarischen Gesellschaft orientiert ist.

Die Verwirklichung dieses Leitbildes wird angestrebt

1. unter den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen einer hochentwickelten Industriegesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts,
2. in ständiger Auseinandersetzung mit konservativer Staats- und Gesellschaftsauffassung,
3. mit einer Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, die den institutionellen und finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Ebenen politischen Handelns Rechnung trägt,
4. von einer Sozialdemokratie, die sich als Volkspartei begreift, die "aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes" (Godesberger Programm) geworden ist.

Die Politik für Nordrhein-Westfalen wird dabei von Problemen bestimmt, die es so in anderen Teilen der Bun-

desrepublik nicht gibt:

- a) Nordrhein-Westfalen ist ein dicht besiedeltes und stark industrialisiertes Land, in dem die Belastungen der Umwelt und die begrenzte Verfügbarkeit des Raumes besonders deutlich werden.
- b) Nordrhein-Westfalen ist geprägt durch alte Industrielandschaften. Die strukturellen Verwerfungen in alten Industrielandschaften bereiten in allen Industriestaaten Schwierigkeiten, die nur mit großen Anstrengungen gelöst werden können.
- c) Nordrhein-Westfalen trägt die Folgen unternehmerischer Kurzsichtigkeit und Fehlentscheidungen schrumpfender Branchen, besonders im Stahl- und Textilbereich.
- d) Nordrhein-Westfalen trägt für die gesamte Bundesrepublik die Last der Kohlevorrangpolitik - sowohl durch besondere Finanz- wie besondere Umweltbelastungen.
- e) Nordrhein-Westfalen mußte seit 1966 in wenigen Jahren jahrzehntelange Vernachlässigung seiner sozialen und kulturellen Infrastruktur aufholen. Das gilt besonders für das Bildungs- und Hochschulwesen und für die Freizeitbedingungen.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden auch in Zukunft deutlich sagen, was wir zur Bewältigung der besonderen Probleme unseres Landes geleistet haben und wie wir diese Politik fortsetzen werden.

Wir werden dazu Anfang 1984 auf einem außerordentlichen Landesparteitag ein Aktionsprogramm für die Jahre 1984/1985 sowie ein landes- und kommunalpolitisches Programm für die nächste Legislaturperiode vorlegen.

Dieses Programm wird deutlich machen:

- a) die wesentlichen Aufgaben der Landespolitik und die für ihre Erfüllung verfügbaren finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten,
- b) die Abgrenzung der Aufgaben von Land und Gemeinden mit den ent-

sprechenden finanzwirtschaftlichen Konsequenzen,

- c) die Teilverantwortung des Bundes für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Bei der Arbeit an diesem landes- und kommunalpolitischen Programm richten wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen uns nach den folgenden Grundsätzen.

1. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik am Ende des 20. Jahrhunderts

- 1.1 Grenzen des Wachstums in den westlichen Industriegesellschaften

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem Ende des 2. Weltkrieges zu einer hochentwickelten Industriegesellschaft geworden. Dabei ist in Nord- und Mitteleuropa ein Maß an Wohlstand erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat - Maßstäbe sind Lebensstandard, Vielfalt der Lebenschancen, Lebenserwartung. Gleichzeitig hat sich der Abstand des Wohlstandsniveaus zwischen Nord- und Mitteleuropa und anderen Teilen der Welt ständig vergrößert.

Unsere hochentwickelte Industriegesellschaft ist, zum ersten Male in der Geschichte, gekennzeichnet

von der Möglichkeit, jeden vor materieller Not zu schützen,
von nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Technik,
von einem hohen Maß allgemein zugänglicher Bildung und Information.

Das hohe Wohlstandsniveau wurde erreicht durch ein historisch einmaliges Wirtschaftswachstum nach Ende des 2. Weltkrieges. Im langfristigen historischen Vergleich wird sichtbar, daß die Beschleunigung des Wachstums in den 50er und 60er Jahren eine Ausnahmesituation darstellt. Allein in den 50er Jahren war der Anstieg des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung real doppelt so groß wie von 1800 bis 1950.

Für die Zukunft darf nicht mit einer derartigen Wachstumsentwicklung spekuliert werden.

Das bedeutet aber nicht, daß Wohlstand und Fortschritt gefährdet sein müssen. Angesichts des hohen Niveaus unserer wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten bereits geringe Prozentraten wirtschaftlichen Wachstums ein großes tatsächliches Mehr. 5 % Wirtschaftswachstum in den 50er Jahren ist so viel wie 1 % heute.

Das Abflachen der Wachstumsraten in den hochentwickelten Industriegesellschaften wurde offensichtlich beim gleichzeitigen Auftreten struktureller weltwirtschaftlicher Verwerfungen, insbesondere des Erdölshocks: 1973/74 stellt den eigentlichen Umbruch sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung der Nachkriegszeit der westlichen Industrieländer und damit auch der Bundesrepublik dar. Es bedarf eines langen Lernprozesses, bis die hochentwickelten Industriegesellschaften diesen Umbruch verstehen. Dieser Lernprozeß ist noch nicht beendet. Wer aber weiterhin Wirtschaftswachstum als alleiniges Mittel zur sozialen Problemlösung ausgibt, ist ignorant oder er verbreitet Ideologie.

Mit den weltwirtschaftlichen Umbrüchen und der Beendigung der Wachstumsbeschleunigung der Nachkriegszeit kam es in den hochentwickelten Industriegesellschaften zu Beschäftigungskrisen mit steigender Arbeitslosigkeit. Die praktizierten wirtschaftspolitischen Strategien zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit versagten. Sie führten vielmehr zu Finanzkrisen in allen westlichen Industriestaaten. Gleichzeitig entstand weltweit wirtschaftlich eine Krise, die die Entwicklung der unterentwickelten Gesellschaften noch weiter zurückzuwerfen droht.

Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß Industriegesellschaften unfähig wären, die Beschäftigungskrise und die Finanzkrise zu bewältigen; sie sollten auch in der Lage sein, die Weltwirtschaftskrise zu meistern. Notwendig ist dazu

allerdings eine verbesserte ökonomische und soziale Anpassungsfähigkeit an technische und wirtschaftliche Veränderungen.

Gefährdungen der Wohlstandsgesellschaft

Die Wohlstandsgesellschaften der hochentwickelten Industrieländer sind in ihrer Existenz gefährdet

- durch zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit,

- durch Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen,

- durch steigende Entwicklungsunterschiede zu den Ländern der Dritten Welt,

- durch den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West.

Alle diese Gefährdungen sind auch Folge der technischen Entwicklung. Die Menschen haben bisher nur unzulänglich das Verhältnis von Technik und Natur bewältigt. Die Gesellschaft wird nur schwer mit dem Tempo des technischen Fortschritts fertig.

Die technologische Entwicklung hat den Menschen schier unbegrenzte Möglichkeiten der individuellen und sozialen Entfaltung geschaffen, gleichzeitig aber Abgründe zu sozialen Katastrophen und zur Selbstvernichtung der Menschheit geöffnet.

a) Technik bietet die Möglichkeit, immer mehr, immer neue und immer bessere wirtschaftliche Güter und Leistungen zu erstellen. Technik ersetzt dabei zunehmend menschliche Arbeitskraft.

Dies bietet die Chance, Arbeitsleid zu mindern und Arbeitszeit zu verkürzen. Dies birgt die Gefahr, daß nicht alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden. Eine Gesellschaft, die Arbeit, soziale Chancen und Einkommen auf immer weniger Menschen konzentriert, schafft Privilegien, schließt die Schwächeren vom Wohlstand aus.

b) Technik hat Natur beherrschbar und viele natürliche Ressourcen für die Menschen nutzbar gemacht. Technik gefährdet nun aber zunehmend die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen.

c) Technik hat weltweit Verkehrsverbindungen und Informationsaustausch möglich und damit die Welt "kleiner" gemacht. Es ist aber nicht gelungen, die weltweiten Entwicklungsunterschiede zu verringern. Das Wissen um die unterschiedlichen Lebenschancen zwischen armen und reichen Völkern wird zu einer zunehmenden Gefahr für den Weltfrieden.

d) Technik hat Waffensysteme möglich gemacht, mit denen die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte in der Lage ist, sich selbst zu vernichten.

Gegen konservative Politik

Das sozialdemokratische Leitbild der solidarischen Gesellschaft steht gegen eine konservative Gesellschaftspolitik, die in der Bundesrepublik von CDU/CSU und einer wirtschaftskonservativ orientierten FDP vertreten wird.

a) Konservative Gesellschaftspolitik ist vor allem gekennzeichnet durch

- die Verteidigung und den Ausbau der Privilegien der Starken zu Lasten der Schwachen,

- Umverteilung von unten nach oben unter dem ideologischen Deckmantel der Wirtschaftsbelebung.

Verteidigung und Ausbau nicht gerechtfertigter Privilegien werden deutlich

- in der Wiedererrichtung von Bildungsbarrieren in Schule, Hochschule und Ausbildungsförderung, z. B. durch Förderung einer "geistigen Elite" anstelle sozial gerechter und einkommensabhängiger Hilfe bei der

Wahrnehmung von Bildungschancen;

- in der Förderung des Wohnungseigentums nach dem Motto: "Wer mehr verdient, bekommt auch mehr!",

- in der Senkung der Vermögenssteuer, unabhängig davon, was mit den Steuergeschenken geschieht;

- in den Angriffen auf die Mitbestimmung zur weiteren Stärkung der Kapitalseite in der Wirtschaft;

- im Festhalten an der bisherigen Bodenordnung, die den Bodenbesitzenden ohne Arbeit Spekulationsgewinne erlaubt.

Konservative Umverteilungspolitik von unten nach oben unter dem ideologischen Deckmantel der Wirtschaftsbelebung zeigt sich in der einseitigen Begünstigung der Einkommensstarken zu Lasten der sozial Schwächeren und der Gemeinschaftsleistungen. Auch ohne daß die weit überdurchschnittlich steigenden Unternehmereinkommen zu erkennbaren beschäftigungswirksamen Investitionen führen, setzen die Konservativen ihre einseitige Politik der Entlastung der Einkommensstarken fort. Während immer tiefere Schnitte im sozialen Netz angebracht werden, während die realen Einkommen der Arbeitnehmer seit Jahren zurückgehen, erhalten die Einkommensstarken von der konservativen Regierung eine Rückzahlungsgarantie bei der Zwangsanleihe. Allein über die Begünstigung der Investitionen soll die Beschäftigungskrise beseitigt werden. Dies wird nicht gelingen, weil die Rezepte von gestern nicht geeignet sind, die Probleme von heute zu lösen. Tatsächlich wird aber eine große Umverteilung zugunsten der Stärkeren eintreten. Konservative Gesellschaftspolitik nimmt es bewußt in Kauf, daß eine große Minderheit von der Teilhabe am Wohlstand ausgeschlossen bleibt und die Mehrheit Gefahr

läuft, künftig ausgeschlossen zu werden, um die Einkommenserwartungen der konservativen Wählerkreise zu befriedigen.

b) Konservative Politik ist auch der Versuch, die liberale Öffnung unserer Gesellschaft und das Mehr an geistig-kultureller Freiheit rückgängig zu machen und in die formierte Gesellschaft der 50er und 60er Jahre zurückzukehren. Dieser Versuch zeigt sich nicht nur in den Forderungen nach "law and order" und in den Bestrebungen, liberale Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten zu beschneiden, sondern auch in der Absicht, das geistig kulturelle Leben in der Bundesrepublik einseitig einem konservativen Gesellschaftsverständnis unterzuordnen.

Konservative sprechen heute ungeniert wieder von "entarteter Kunst", Konservative sind nicht in der Lage, literarische Freiheit und Kritik zu ertragen.

Nur eine solidarische Gesellschaft wird die Kraft und Toleranz haben, die Gefährdung unserer Gesellschaft abzuwehren.

Frieden im Innern durch soziale Gerechtigkeit, Liberalität und Mitmenschlichkeit sind die Voraussetzungen, um die Herausforderung der kommenden Jahre zu bewältigen. Das gilt nicht nur für die Gesellschaftspolitik.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, uns dem kritischen Protest gegen erstarrte Strukturen zu stellen. Demokratie ist eine kritische Staatsform und eine Staatsform der Kritik.

Sozialdemokratische Kritik ist deshalb darauf ausgerichtet, die Ursachen für gesellschaftliche Konflikte zu beseitigen. Konservative verlangen statt dessen ein härteres Vorgehen des Staates. Das ist der falsche Weg. Nicht die Verschärfung gesetzlicher Vorschriften, wie des Demonstrationsrechts und

auch nicht die Massenverhaftungen nach Nürnberger Muster, beseitigen die Ursachen für Konflikte und Proteste, sondern nur eine Politik der Reformen in allen Bereichen, in denen unsere Gesellschaft nicht in Ordnung ist.

- c) Konservative Politik der inneren Sicherheit droht die Diskussion über den Wandel der Werte und die praktischen Konsequenzen daraus im Keim zu ersticken.

In einem liberalen Staat muß eine Politik der inneren Sicherheit Raum für individuelle Entfaltung sichern und damit die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auf dem Boden der Rechtsordnung ermöglichen.

- d) Konservative Politik verschließt sich auch der Tatsache, daß eine erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft nur möglich ist, wenn sie in einer intakten Umwelt stattfindet.

Gerade die nordrhein-westfälischen Erfahrungen zeigen, daß die Zurückgewinnung ökologischer Ressourcen unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung struktureller Wirtschaftsprobleme ist. Konservative sind nicht bereit, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie werden eine erfolgreiche Umweltpolitik so lange verhindern, wie sie nicht zulassen, daß ein handlungsfähiger Staat in die Produktionsprozesse eingreift, wenn Leben und Gesundheit der Bürger durch Umweltschäden bedroht sind. Sie setzen auf das "freie Spiel der Kräfte" und verkennen, daß dabei der Raubbau an unserer Umwelt weitergeht, daß viele Pflanzen- und Tierarten unwiederbringlich verlorengehen, daß Giftkatastrophen wie Seveso oder Reaktorunfälle wie Harrisburg das Leben in den Industriegesellschaften nicht mehr lebenswert zu machen drohen. Jeder Mensch hat Anspruch auf gesunde Umwelt.

Um diesen Anspruch durchzusetzen, benötigen wir einen handlungsfähigen und tatkräftigen Staat, der in der Lage ist, Vorkehrungen zum Umweltschutz zu normieren und Verstöße zu ahnden. Konservative Politik versucht statt dessen, unter dem Schlagwort "Abbau von Bürokratie" dem Staat die Mittel zu nehmen, weitere Umweltzerstörung abzuwehren.

- e) Dem sozialen Ausgleich im Innern muß die Bereitschaft nach außen entsprechen, auch die Länder der Dritten Welt an unserem Reichtum zu beteiligen und ihnen friedliche Entwicklungschancen zu eröffnen. Konservative Außenpolitik ist bereit, Unterdrückung und Abhängigkeit von Völkern hinzunehmen oder zu stabilisieren, z. B. in Nicaragua. Konservative Entwicklungspolitik knüpft Hilfen für die Dritte Welt an politisches Wohlverhalten.

Ein solches System der Interessensicherung wird nur kurzfristig erfolgreich sein; auf Dauer kann es eine weltweit friedliche und humane Entwicklung nicht gewährleisten.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, auch nach außen Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt zu üben, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.

Die Konservativen werden nicht zum Abbau des Entwicklungsgefälles mit der Dritten Welt beitragen, solange sie die Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik nicht am Interesse des deutschen Volkes, sondern an dem der deutschen Wirtschaft orientieren und durch Waffenexporte kriegerische Auseinandersetzungen und damit die Verelendung der Dritten Welt fördern.

- f) Die Konservativen sind unfähig, den Rüstungswettlauf zu beenden, solange sie nicht bereit sind, Rüstungsabbau rückhaltlos zum obersten Ziel einer Politik zu machen, die den Krieg als Mittel der Konfliktbereinigung

ausschließt. Eine Überlebensgarantie für die Menschheit kann nur gegeben werden, wenn endlich tatsächliche Rüstungsreduzierung stattfindet. Nicht außenpolitisches Duckmäusertum, sondern beharrliches Ausnutzen aller Möglichkeiten und aller Wege, die Großmächte zu einem Abbau ihrer Vernichtungskapazitäten zu bewegen, kann die Bedrohung der Menschheit und die Verschleuderung wirtschaftlicher Ressourcen beenden.

Nur eine Welt, die auf Rüstung verzichtet, kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Armut und Not als Konfliktauslöser entfallen. Die für Rüstung verschleuderten Milliarden allein würden bereits ausreichen, Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Rüstung macht den Frieden nicht sicherer. Konservative Politik ist nicht in der Lage zu begreifen, daß Frieden nicht durch Drohung dauerhaft wird, sondern nur durch solidarisches Handeln und Verständigung.

3. Unsere Politik

Sozialdemokratische Politik will den Wohlstand unserer Gesellschaft bewahren und weiterentwickeln und die Gefährdungen unserer Gesellschaft abwehren. Wir Sozialdemokraten suchen dabei die Zusammenarbeit mit allen, deren politisches und soziales Wollen mit unserem Leitbild der solidarischen Gesellschaft vereinbar ist. Wir wenden uns deshalb an den einzelnen Bürger und an die gesellschaftlichen Gruppen, an Gewerkschaften, an Kirchen, an Verbände, Vereine und Initiativen von Bürgern.

Im Bund, in den Ländern und den Gemeinden sind unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen, aber nur eine in den Grundsätzen widerspruchsfreie sozialdemokratische Politik auf allen drei Ebenen wird den Problemen der ganzen Gesellschaft gerecht.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden uns deshalb auf der Grundlage der hier dargelegten Prinzipien in den

Gemeinden, im Land und im Bund an der Willensbildung beteiligen und um aktive Gestaltungsmöglichkeiten bemühen:

Wir treten ein für die Fortsetzung der Entspannungspolitik, die eine Nachrüstung auf deutschem Boden verhindert und Abrüstung möglich macht.

Wir setzen uns ein für eine Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik, die zu einer Verringerung des Entwicklungsgefälles zu den ärmeren Gesellschaften führt. Eine solche Politik ist auch Voraussetzung für die Lösung der Ausländerprobleme in unseren Städten. Nur wenn die Entwicklungschancen vor allem in den Mittelmeerländern verbessert werden, wird der Zuwanderungsdruck von Ausländern abnehmen, ihre Rückkehrbereitschaft zunehmen und damit die Integration der hier lebenden Ausländer erleichtert.

Wir Sozialdemokraten wissen bei der Konzipierung unserer Wirtschafts- und Umweltpolitik, daß diese zentralen Politikbereiche eng miteinander verflochten sind und die wirtschafts- und umweltpolitischen Probleme nur durch abgestimmtes Handeln von Bund, Land und Gemeinden gelöst werden können.

Wir Sozialdemokraten sehen in den vielfältigen gesellschaftlichen Initiativen eine Chance zur menschlichen und solidarischen Weiterentwicklung der Gesellschaft. Für uns ist die Demokratie nicht nur eine Organisationsform des Staates, sondern ein Gebot zur verantwortlichen Mitbeteiligung und Mitentscheidung der Bürger auch an gesellschaftlichen Prozessen.

Deshalb begrüßen wir es, daß Menschen sich nicht länger mit "Systemkritik" begnügen und auf Reformen "von oben" warten, sondern aus eigenem Antrieb neue Gedanken des menschlichen Zusammenlebens verwirklichen wollen. Der

Protest gegen nicht legitimierte Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft und das Streben nach einer anderen, "alternativen" besseren Gesellschaft sind nach wie vor treibende Kräfte sozialdemokratischer Politik.

Bürgerschaftliches Engagement stößt häufig an Grenzen, die durch das politisch-administrative System vorgegeben sind. Regulationsdichte und Überbürokratisierung werden zunehmend als Einengung der Freiheitsrechte empfunden.

Patentrezepte zur Lösung des "Bürokratieproblems" gibt es nicht. Die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates, des Föderalismus, des Sozialstaates, der Selbstverwaltung und des Meinungspluralismus versagen sich schnellen und einfachen Lösungen. Diese wären nur in einer Diktatur möglich. Nur viele kleine Schritte können den Bürokratiekonflikt mindern.

Wir Sozialdemokraten stehen dafür ein, diese Schritte zu gehen, um ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit zu verwirklichen, ohne daß Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich in unserer Gesellschaft Schaden nehmen.

3.1 Unser Ziel: Solidarität in der Wohlstandsgesellschaft

Wir haben ein solches Maß an Wohlstand erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Sozialdemokraten wollen das bewahren und weiterentwickeln. Wir haben die Möglichkeit, für jeden materielle Not abzuwehren. Sozialdemokraten wollen diese Möglichkeit politisch verwirklichen - orientiert am Leitbild der solidarischen Gesellschaft.

Wohlstand wird erarbeitet durch die Leistung vieler. Solidarität wird erreicht, wenn auch die Schwächeren am Wohlstand teilhaben.

In jeder Gesellschaft wird das Ergebnis des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, also das Ergebnis der Arbeitsleistung vie-

ler, verteilt.

Rund 60 % der Bevölkerung der Bundesrepublik nehmen nicht am Erwerbsleben teil. Die einen, weil sie nicht können - Kinder, Alte, Kranke; die anderen, weil sie keine Chance erhalten - aus dem Erwerbsleben ferngehaltene Frauen und Arbeitslose.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden, und wir wollen eine Gesellschaft, die Heranwachsende, Alte und Kranke nicht von der Wohlstandsentwicklung ausschließt.

Weiterentwicklung der Wohlstandsgesellschaft sowie gerechte Verteilung von sozialen Chancen, Einkommen und sozialer Sicherheit gehören in einer solidarischen Gesellschaft untrennbar zusammen.

a) Arbeitslosigkeit wird nur beseitigt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen für alle aufgeteilt wird, die Arbeit suchen. Ohne eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ist die Vollbeschäftigung nicht zu erreichen.

b) Junge Menschen stehen heute vielfach vor den Toren einer geschlossenen Gesellschaft. Ihnen muß optimale Ausbildung gegeben, der Eintritt in das Arbeitsleben als Arbeitnehmer oder als Selbständiger geöffnet und auch der Zugang zu alternativen Arbeits- und Lebensweisen ermöglicht werden.

c) Frauen und Männer müssen die gleichen Chancen der Lebensgestaltung im Arbeitsleben wie in nicht vorrangig ökonomischen Sozialbereichen, vor allem der Familie, haben. Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung der Frau sind deshalb Ziele, die gemeinsam durch Arbeitszeitverkürzung anzustreben sind.

d) Alte Menschen müssen nach Beendigung ihrer Lebensarbeitszeit am sozialen Leben ohne wirtschaftliche Not teilnehmen können.

Wir brauchen ein gesicher-

tes, in sich gerechtes System der finanziellen Altersversorgung; wir brauchen auch soziale Aufgaben für die Älteren in unserer Gesellschaft. Die Größe dieser Aufgabe ist historisch erstmalig. Niemals lag die Lebenserwartung so hoch wie heute. Von 1900 bis heute hat sich auch dadurch der Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung verdreifacht.

- e) Die Leistung des einzelnen und die mit Leistung verbundenen sozialen Chancen können durch Krankheit vernichtet werden. Deshalb sind medizinische Vorsorge und Versorgung als soziales Angebot für jeden zur Erhaltung und Wiedergewinnung von Leistungsfähigkeit sowie die Versorgung dauerhaft Kranker in einer solidarischen Gesellschaft unverzichtbar.
- f) In einer solidarischen Gesellschaft müssen auch die Rechte und die sozialen Chancen der hier lebenden Ausländer gesichert werden.

Die Handlungsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden

Bund, Länder und Gemeinden sind politisch nur handlungsfähig, wenn sie selbständige Zuständigkeiten und zu ihrer Erfüllung angemessene Kompetenzen zur Normsetzung und einen angemessenen Anteil an den finanzwirtschaftlichen Mitteln der öffentlichen Hände haben.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für einen Abbau von Politikverflechtungen ein und wenden uns gegen die gemeindefeindliche Steuerpolitik der konservativen Bundesregierung.

Bund, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam die Finanzkrise bewältigen, die alle westlichen Industriestaaten seit dem Umbruch von 1973/1974 betroffen hat.

Bewältigung dieser Finanzkrise bedeutet die langfristige Anpassung der öffentlichen Haushalte an die Einnahmemöglichkeiten einer langsamer wachsenden Wirtschaft.

Steuersenkungen und kreditfinanzierte Nachfrageprogramme haben das Wirtschaftswachstum in den letzten zehn Jahren nicht auf die unrealistischen Zielgrößen von vier und mehr Prozent gebracht - nur dann aber wären die derzeitigen Haushaltslücken vermeidbar gewesen.

In den kommenden zehn Jahren müssen diese Haushaltslücken bei realistischen Wachstumserwartungen von sicher nicht mehr als 2,5 % - das ist die Projektion des Finanzplanungsrates vom April 1983 - kontinuierlich abgebaut werden, ohne soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen und ohne wesentliche Politikfelder vertrocknen zu lassen.

- a) Für unsere Haltung zur Haushaltspolitik der konservativen Bundesregierung bedeutet das:

Steuersenkungen widersprechen dem Ziel, die Finanzkrise zu bewältigen.

Steuersenkungen zu Lasten der Haushalte von Ländern und Gemeinden gefährden deren Handlungsfähigkeit und damit die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung.

Wenn die Konservativen im Bundestag und in der Bundesregierung Steuersenkungen oder Konsolidierung des Bundeshaushalts zu Lasten der Einnahmen von Ländern und Gemeinden beschließen, rütteln sie an den Verfassungsprinzipien des demokratischen und sozialen Bundesstaates (Art. 20 GG) und der gemeindlichen Selbstverwaltung (Art. 28 II GG).

Ausgabenkürzungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der sozial Schwachen erfolgen. Ausgabenkürzungen im Sozialbereich sind gegen Einnahmeverbesserungen im Steuerbereich zu Lasten Einkommensstärkerer abzuwägen.

Bei seiner Ausgabengestaltung muß der Bund Sonderbelastungen einzelner Länder berücksichtigen. Dies gilt für Nordrhein-Westfalen bei der Sicherung einer Kohle- und Stahlbasis im gesamtstaatli-

- b) Für die Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Gemeinden bedeutet das:

Das Land setzt sich als Zeit-
horizont seiner Konsolidie-
rungspolitik einen Zehnjah-
reszeitraum. Bis dahin soll
das strukturelle Defizit be-
endet sein.

Kürzere zeitliche Konsolidie-
rungsziele müßten zur Aus-
trocknung wesentlicher Poli-
tikfelder, zu Beschäftigungs-
einbußen und zur Verletzung
sozialer Ziele führen.

Das Land geht bei seiner Kon-
solidierungspolitik von ein-
er durchschnittlichen Wachs-
tumsrate von real 1 - 2 % in
den nächsten zehn Jahren
aus. Dies ist gegenüber den
Annahmen des Finanzplanungs-
rates eine vorsichtige Schät-
zung.

Das Land bemüht sich bei sei-
ner Konsolidierungspolitik,
den Anteil der Investitionen
und der Zuweisungen an die
Gemeinden am Landeshaushalt
möglichst hochzuhalten. Für
die Investitionen bedeutet
dies, daß der Stand des Lan-
deshaushalts 1983 im Konsoli-
dierungszeitraum gehalten
werden soll. Ausweitungen
sind mit dem Konsolidierungs-
ziel schwer zu vereinbaren,
Kürzungen würden dem Wachs-
tumsziel zuwiderlaufen.

Diese Konsolidierungsstrate-
gie soll in eine zuverlässi-
ge mittelfristige Finanzpla-
nung eingebracht werden, die
jährlich fortgeschrieben
wird.

Mit einer solchen Finanz-
und Haushaltsstrategie wer-
den wir Sozialdemokraten zei-
gen, daß wir unsere finanzpo-
litische Handlungsfähigkeit
in Nordrhein-Westfalen bewah-
ren und auch unter veränder-
ten ökonomischen Bedingungen
eine mittelfristig planvolle
Politik fortführen, wie sie
im Nordrhein-Westfalen-Pro-
gramm '75 angelegt war.

- a) Sozialdemokratische Wirt-
schaftspolitik für Nord-
rhein-Westfalen zielt ab auf
realistische Wohlstandsstei-
gerung und die Verwirkli-
chung des Rechts auf Arbeit.

Voraussetzungen einer sol-
chen Wirtschaftspolitik sind

- Arbeitnehmer und Arbeitneh-
merinnen, die optimale Aus-
bildungsmöglichkeiten haben
und deren Leistung gerecht
entlohnt wird,

- funktionsfähige Unterneh-
men,

- starke Gewerkschaften,

- ein planvoll handelndes
Land und planvoll handelnde
Kommunen.

Das Zusammenwirken dieser am
Wirtschaftsprozess Beteiligten
erfolgt für uns Sozialde-
mokraten nach dem Leitgedan-
ken: "Wettbewerb soweit wie
möglich - Planung soweit wie
nötig!". Daraus ergibt sich:

Die Koordination zwischen Un-
ternehmen erfolgt über den
Markt,

die Koordination zwischen Un-
ternehmen und Arbeitnehmern
durch Tarifautonomie,

die Koordination zwischen
Staat bzw. Kommunen und Un-
ternehmen durch langfristig
festgelegte finanzielle und
normative Rahmenbedingungen,

die Koordination zwischen
staatlichen und kommunalen
Institutionen untereinander
durch mindestens mittelfri-
stige Planung.

Wir Sozialdemokraten in Nord-
rhein-Westfalen treten ein:

für eine optimale allgemeine
und berufliche Ausbildung
der Arbeitnehmer einschließ-
lich der Möglichkeit zur Wei-
terbildung und zum Bildungs-
urlaub; an der beruflichen
Ausbildung müssen sich alle
ausbildungsfähigen Unterneh-
men beteiligen;

für funktionsfähige Unternehmen, deren Tätigkeit, dort wo sie besondere Risiken tragen, im Steuersystem zu berücksichtigen ist; z. B. Vorteile für nicht ausgeschüttete Gewinne, steuerliche Förderung von Innovationen;

für starke Gewerkschaften, deren neue große Herausforderung es ist, zur Sicherung der Vollbeschäftigung durch tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzungen beizutragen; dazu ist ein Ausbau ihrer gesellschaftlichen Position auch durch verbesserte Mitbestimmung nötig;

für ein planvoll handelndes Land Nordrhein-Westfalen und planvoll handelnde Gemeinden; ihre gemeinsamen Aufgaben und Möglichkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind:

Garantie der beruflichen Ausbildung für alle Jugendlichen; wenn die Unternehmen versagen, muß das Berufsschulsystem subsidiär an ihre Stelle treten;

Bereitstellung und Sicherung der Infrastruktur;

ein umweltgerechtes Angebot an Gewerbeflächen;

eine Förderung von umweltgerechten Forschungs-, Technologie- und Innovationsvorhaben zur Modernisierung der Wirtschaft, umweltgerechte Standortsicherung bzw. Standortverlagerung und gezielte Förderung von Existenzgründungen. Dabei müssen kleinere und mittlere Unternehmen besonders berücksichtigt werden.

- b) Nirgendwo ist Umweltschutz wichtiger als in einer dicht besiedelten Industrielandschaft wie Nordrhein-Westfalen. Hier wird aber auch deutlich: Bei vernachlässigtem Umweltschutz wird die Wirtschaftsentwicklung gefährdet, bei hoher Arbeitslosigkeit geht das soziale Engage-

ment für Umweltschutz verloren.

Denn eine erfolgreiche Umweltpolitik setzt voraus:

einen handlungsfähigen Staat, der Vorkehrungen zum Umweltschutz normieren und Verstöße ahnden kann,

umweltbewußte Bürger,

sozialverantwortlich und umweltverantwortlich handelnde Unternehmen.

Schwerpunkte der Umweltpolitik sind:

- a) Verminderung der Emissionen und entsprechende Entlastung von Luft, Wasser und Boden, z. B. durch ein Schwefelabgabegesetz, bleifreies Benzin, Waldpfennig;
- b) Lösung von Entsorgungs- und Lagerungsproblemen, z. B. durch landesweite Erfassung der Rückstände von Produktionsprozessen, durch Ausbau von Rücknahmesystemen für verwertbare Altstoffe;
- c) landschaftsschonende Siedlungspolitik und umweltverbessernde Stadterneuerung; Landschaftspläne, Ankauf ökologisch wertvoller Flächen, kommunale Bodenfonds, Wohnumfeldverbesserung, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen;
- d) Natur- und Landschaftsschutz; Verdoppelung der Naturschutzgebiete, aktive Landschaftsplanung, Rekultivierungsmaßnahmen bei Abgrabungen, Biotopenschutz und Förderung der naturnahen Erholung.

Dabei werden folgende Prinzipien angewandt:

Produktion und Produkte, die schwere Umweltschäden verursachen, sind sofort aufzugeben, z. B. durch das Verbot des Pflanzenschutzmittels Tormona und anderer Gifte. Produktion und Produkte, die

durch umweltverträglichere Produktion und Produkte ohne Mehrkosten ersetzt werden können, sind gleichfalls sofort aufzugeben.

Produktion und Produkte, die umweltunverträglich, aber unverzichtbar sind, müssen auch bei höheren Kosten umweltverträglich gemacht werden. Dies gilt in Nordrhein-Westfalen besonders für die Verarbeitung des nationalen Energieträgers Kohle.

Zur Umsetzung dieser Prinzipien ist eine umweltbezogene Technologieförderung durch von Staat und Wirtschaft gemeinsam getragene Institutionen erforderlich. Ziel muß es sein, Marktfähigkeit und öffentliches Interesse in neuen Kooperations- und Finanzierungsmodellen - beispielsweise in der Abfall- und Recyclingwirtschaft - zusammenzuführen.

4. Volkspartei SPD

Das Godesberger Programm hat die SPD als eine Partei definiert, die "aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes" geworden ist. Diesem Selbstverständnis fühlt sich die SPD in Nordrhein-Westfalen verpflichtet.

Das bedeutet, daß die SPD die große Mehrheit der Wähler in Bund, Land und Gemeinden anzusprechen sucht, um wie seit 1980 im Land Nordrhein-Westfalen und seit dem Kriege in vielen Städten und Gemeinden mit absoluter Mehrheit die politische Verantwortung übernehmen zu können.

Die Volkspartei SPD wirbt als Mitglieder und als Wähler um alle, die sich auf folgende Prinzipien mit uns festlegen:

Die Notwendigkeit eines handlungsfähigen demokratischen Staates.

Ohne einen handlungsfähigen Staat sind weder eine am Leitbild der Solidarität orientierte Gesellschaftspolitik noch erfolgreiche Umweltpolitik möglich.

Gegen den Mißbrauch privater Macht und gegen private Monopole hilft nur ein hand-

lungsfähiger Staat.

Die Notwendigkeit funktionsfähiger demokratischer Institutionen.

Nur der demokratische Staat garantiert Freiheitsrechte.

Staatliche Machtausübung muß daher demokratisch legitimiert sein. Gewählte Kontrollorgane müssen den bürokratischen Instanzen gewachsen sein. Eine Gefährdung der demokratischen Institutionen bedeutet Beförderung staatlicher Willkür.

Die Ablehnung von Gewalt.

Kein politisches Ziel rechtfertigt in der Demokratie die Anwendung nicht demokratisch legitimierter Gewalt.

Jede nicht legitimierte Gewalt ruft weitere Gewaltanwendung hervor.

Die Ablehnung von Diktatur.

Die Ablehnung von Krieg als Mittel der internationalen Politik.

Jede Partei, die sich mit uns über diese Grundsätze verständigt, kann auch parlamentarischer Partner der SPD sein.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben unser Verständnis einer Volkspartei im Wahlprogramm zur Landtagswahl 1980 so formuliert:

"Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung, für Sicherheit aller Bürger.

Leistung und dauerndes Ziel der Sozialdemokratie ist es, den Kampf für soziale Rechte und den Kampf für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Das eine ist ohne das andere wirkungslos.

Sozialdemokraten erfüllen diese doppelte Aufgabe. Sie vertreten gleichermaßen die Interessen der arbeitenden Menschen an mehr sozialen Rechten und am Abbau von Privilegien wie die Interessen aller Menschen, die geistige

Freiheit in einer offenen Gesellschaft wollen.

Dieses Bündnis der Vernunft ist die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratie".

Wir Sozialdemokraten weisen den Anspruch der Konservativen, die Mitte zu repräsentieren, zurück.

Dieser Anspruch der Konservativen ist der Versuch, den Charakter der SPD als Volkspartei in Frage zu stellen. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden diesen Versuch scheitern lassen.

Antrag Nr.: B 1

Antragsteller: OV Nettetal

Betreff:

Verlängerung der Bezugsfrist für Kurzarbeitergeld für die Textil- und Bekleidungsindustrie

Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Bezugsfrist für Kurzarbeitergeld für die Textil- und Bekleidungsindustrie von zur Zeit höchstens 24 Monaten auf 36 Monate verlängert wird.

Antrag Nr.: B 3

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff:

Gewerbsteuer für Freiberufler

Freiberufler sind künftig zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

Antrag Nr.: B 5

Antragsteller: OV Köln-Rodenkirchen-West

Betreff:

Keine weiteren öffentlichen Finanzmittel für den Schnellen Brüter in Kalkar

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit weitere öffentliche Finanzmittel für den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar

nicht mehr bewilligt werden. Die dadurch eingesparten Mittel sollen zur gezielten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Antrag Nr.: B 6

Antragsteller: UB Essen

Betreff:

Zumutbarkeitsordnung bei der Vermittlung von Arbeitslosen

Die Zumutbarkeitsordnung bei der Vermittlung von Arbeitslosen, beschlossen vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Stimmen der Vertreter der Arbeitnehmer und des Vertreters des Landes NRW, ist umgehend zu revidieren.

Antrag Nr.: C 2

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff:

Fehlbelegungsabgabe

Die SPD-Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, umgehend die Durchführungsbestimmungen für die Erhebung von Fehlbelegungsabgaben im Wohnungswesen auf Grund der inzwischen bereits in der Anlaufphase erkennbaren Härten bzw. Mißachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in folgenden Punkten zu revidieren:

- Das Erhebungsgebiet für die Fehlbelegungsabgabe ist auf alle Städte und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen auszudehnen. Wo erkennbar die zu erzielenden Abgaben nur zur Deckung des laufenden Verwaltungsaufwandes reichen und keine Förderung des sozialen Wohnungsbaus auslösen, sollten sie aus dem Erhebungsgebiet ausgenommen werden.

- Es ist sicherzustellen, daß die durch die Fehlbelegungsabgabe erhobenen Mittel ausschließlich für den Bau von Sozialwohnungen verwendet werden.

- Bei der Errechnung der Einkommensgrenze ist das Bruttoeinkommen bei Arbeitnehmern um die tatsächlichen Aufwendungen für Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zu kürzen, um für alle Einkommensbezieher eine gleichwertige Ausgangsbasis für die Festlegung der Fehlbelegungsabgabe zu erhalten.

- In den bestehenden Härteausgleichsregelungen, die sich bisher nur auf junge Ehepaare, Schwerbehinderte und Aussiedler beschränken, ist für gravierende Härtefälle ein zusätzlicher Ermessensspielraum, der den Kommunalverwaltungen vorbehalten bleiben soll, aufzunehmen.

- Vom Eigentümer selbst genutzte Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen, die mit öffentlichen Mitteln oder mit Wohnungsfürsorgemitteln gefördert wurden, sind in die Ausgleichszahlungen einzubeziehen. Die bestehende Ausnahmeregelung ist aufzuheben.

In Fällen, bei denen eine Mehrbelastung durch Zinserhöhung bei noch bestehenden Darlehen aus öffentlichen Mitteln auf Grund Landesverordnung vom 22.9.1982 anfällt, ist der anteilige Erhöhungsbetrag anzurechnen.

- Die eingenommenen Fehlbelegungsabgaben der Gemeinden sind nicht auf die Quoten der Zuweisungen an Wohnungsbaumitteln des Landes anzurechnen.

Eine generelle Überprüfung der in NRW angewandten Erhebung der Fehlbelegungsabgabe - andere Bundesländer haben davon weitgehend Abstand genommen - erscheint mit Rücksicht auf die Auswirkungen geboten, da die tatsächlichen finanziellen Erwartungen zweifelhaft erscheinen.

Antrag Nr.: C 5

Antragsteller: DV Essen-Bergerhausen

Betreff:

Wohnungsbestandspolitik

Die Landesregierung wird gebeten, ihre wohnungspolitischen Aktivitäten bei der Wohnungsbestandspolitik mehr auf genossenschaftliche Eigentumsmaßnahmen abzustellen als bisher.

Initiativantrag 6
Resolution

Aufgrund von Informationen von Bundesbahnangehörigen protestieren die Delegierten des SPD-Landesparteitages gegen die Art und Weise, wie der Bundesverkehrsminister Dollinger zugunsten seines Wahlkreises das Duisburg-Wedauer Bundesbahn-Ausbesserungswerk schließen will.

In gleicher Form verurteilen sie

den Versuch des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, ebenfalls durch Erhalt des Ausbesserungswerkes seines eigenen Wahlkreises auf Kosten des Ruhrgebiets Politik zu machen.

Damit straft die CDU ihre eigenen Bemerkungen, dem Ruhrgebiet helfen zu wollen, selbst Lügen und setzt die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth durch Abwerbung von wissenschaftlichen Instituten eingeleitete Politik der Ruhrgebietsschwächung fort.

Antrag Nr.: D 2

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff:

§ 218 StGB

Alle Funktionsträger der SPD werden aufgefordert, sich in ihren Zuständigkeitsbereichen auf allen Ebenen dafür einzusetzen, daß keine Änderungen des § 218 vorgenommen werden, und daß auch weiterhin die Beratungsstellen der AWO und von pro Familia unterstützt werden.

Auch die z.Zt. von der Bundesregierung angestrebte Regelung, daß die Kosten bei einem Schwangerschaftsabbruch aufgrund sozialer Indikation nicht mehr von den Krankenkassen bzw. Krankenversicherungen getragen werden sollen, darf nicht verwirklicht werden, bzw. bereits vorgenommene Änderungen sind wieder rückgängig zu machen.

Antrag Nr.: D 3

Antragsteller: OV Bielefeld-Kupferhammer

Betreff:

Staatshaftungsgesetz

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche rechtlichen und finanziellen Probleme bei der Einführung eines Staatshaftungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen entstehen würden.

Antrag Nr.: D 7

Antragsteller: OV Derendorf-Golzheim

Betreff:

Leitstelle für Frauenfragen

Beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ist eine Leit-

stelle für Frauenfragen einzurichten.

Hans Jochen Vogel hatte zugesichert, im Falle eines SPD-Wahlsieges eine Leitstelle für Frauenfragen beim Bundeskanzler einzurichten und deren Leitung einer Frau im Range einer Staatssekretärin zu übertragen.

Der Ausgang der Bundestagswahl am 6. März 1983 hat leider die Realisierung seines Versprechens verhindert. Um so wichtiger ist es nun, daß das größte und mit einer absoluten SPD-Mehrheit regierte Bundesland dieses Modell aufgreift und in die Tat umsetzt.

Der Landesparteitag der SPD-NRW fordert vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen die Einrichtung einer Leitstelle für Frauenfragen, die beim Ministerpräsidenten angesiedelt, mit Kompetenzen nach dem Vorbild der Hamburger Leitstelle ausgestattet und von einer Frau im Range einer Staatssekretärin geleitet sein soll.

Es muß sichergestellt sein, daß sie klare Kompetenzen mit Kabinettzugang erhält.

Initiativantrag 9

Betreff:

Kriegsdienstverweigerungsrecht

Der SPD-Landesparteitag am 25. Juni 1983 fordert die SPD-Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, sich der Normenkontrolle des Landes Bremen gegen das von der CDU/CSU/FDP-Koalition beschlossene Gesetz zur Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes beim Bundesverfassungsgericht anzuschließen.

Antrag Nr.: E 1

Antragsteller: OV Nettetal

Betreff:

Maßnahmen gegen "sauren Regen" und Waldsterben

Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Fraktionen im Landtag, Bundestag und Europaparlament auf, unverzüglich neue Gesetzesvorlagen bzw. Vorlagen zur Novellierung bestehender Gesetze (z.B. TA Luft) einzubringen und durchzusetzen, die eine wirksame Verringerung der Schad-

stoff-Emissionen bewirken. Insbesondere müssen dabei die Grenzwerte von SO₂, Blei, Cadmium und Thallium für Kraftwerke, Industrieanlagen und Verbrennungsmotoren deutlich herabgesetzt werden. Außerdem müssen die Fristen für das Inkrafttreten neuer Regelungen kürzer gefaßt werden (z.B. für den Bau von Entschwefelungsanlagen und die Umrüstung von Verbrennungsmotoren).

Antrag Nr.: E 3

Antragsteller: OV Bad Honnef

Betreff:

Errichtung eines EG-Institutes für die europäische Umweltschutzforschung, insbesondere zu Ursachen grenzüberschreitender Wirkungen und Bekämpfung des Waldsterbens

Landtagsfraktion, Landesregierung und die SPD-Mitglieder des Europäischen Parlamentes aus Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, bei Bundesregierung und EG-Kommission auf die unverzügliche Errichtung eines Institutes der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken, das auf die Erforschung der Ursachen von grenzüberschreitenden Umweltschäden und die Mittel zu ihrer Bekämpfung gerichtet ist. Mit besonderem Vorrang sollte sich dieses Institut dem Waldsterben widmen. Sein Sitz sollte in NRW sein.

Antrag Nr.: E 6

Antragsteller: UB Oberhausen

Betreff:

Großfeuerungsanlagenverordnung/
Rettung des Waldes

Der Landesparteitag anerkennt die Bemühungen der Landesregierung auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Er begrüßt die im Bundesrat angestrebte Änderung der Großfeuerungsanlagenverordnung, die an entscheidenden Punkten zugunsten des Waldes erfolgen soll.

Gleichzeitig begrüßt der Landesparteitag das Notprogramm der Bundestagsfraktion zur Rettung des deutschen Waldes und fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, im Bundesrat verstärkt dafür tätig zu werden.

Antrag Nr.: E 7

Antragsteller: OV Jülich

Betreff:

Regelung für die Sondermüllablage-
rung

SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion werden aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu veranlassen, nach denen die Verursacher von Sondermüll nachweisen müssen, daß die Produktion bzw. das Produktionsverfahren, bei dem Sondermüll anfällt, unvermeidbar ist und nicht durch andere Produktionen bzw. Produktionsverfahren ersetzt werden kann. Sollte dies der Fall sein, so ist die Produktion, bei der Sondermüll anfällt, zu verbieten.

Die unerlaubte Deponie von Sondermüll muß Straftatbestand werden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, in jedem Fall und unverzüglich sinnngemäße Regelungen für Nordrhein-Westfalen zu veranlassen.

Antrag Nr.: E 8

Antragsteller: OV Jülich

Betreff:

Abfallbeseitigung

SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion werden aufgefordert, Initiativen zu Gesetzesvorlagen zu ergreifen, nach denen

- a) die Verpackung bestimmter, definierter Sondermüllarten beim Erzeuger unter ständiger Überwachung durch staatliche Stellen zu erfolgen hat,
- b) Mülldeponien, insbesondere Sondermülldeponien, nur noch durch staatliche Stellen betrieben werden dürfen oder - soweit langfristige Genehmigungen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz erteilt worden sind - die dafür zuständigen Genehmigungs- oder Aufsichtsbehörden durch nachträgliche Auflagen anordnen müssen, daß die Beseitigung von Abfällen unter ständiger Überwachung durch staatliche Stellen zu erfolgen hat,
- c) die Haftung und Verantwortung für die Beseitigung der Abfälle

beim Erzeuger verbleibt, bis eine Bescheinigung des Beseitigungspflichtigen über die ordnungsgemäße Beseitigung vorliegt.

Die Kosten dieser Maßnahmen sind vom Verursacher zu tragen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, in jedem Fall und unverzüglich sinnngemäße Regelungen für Nordrhein-Westfalen zu initiieren.

Initiativantrag 4

Betreff:

Einrichtung eines UMWELT-INFORMATIONSENTRUM

Der Parteitag bittet die Landesregierung, noch in diesem Jahr das Umwelt-Informationen-Zentrum zu verwirklichen. Das Zentrum muß seine Arbeit unverzüglich aufnehmen. Seine wichtigste Aufgabe ist es,

- die Fortbildung engagierter Bürger in Fragen des Naturschutzes und des Umweltschutzes zu fördern,
- das Gespräch zwischen Naturschützern und den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen zu intensivieren.

Im Umwelt-Informationen-Zentrum soll die sachliche Diskussion der Lebensfrage unseres Industrielandes vorangetrieben werden - der Synthese von Ökologie und Ökonomie.

Antrag Nr.: F 2

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff:

Verabschiedung des Bildungsurlaubsgesetzes

Der Landesparteitag fordert mit Nachdruck die SPD-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen sowie die SPD-geführte Landesregierung auf, das Bildungsurlaubsgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Antrag Nr.: F 5

Antragsteller: OV Oberhausen-Ost

Betreff:

Gesetzliche Regelung über die Absolvierung der zehnjährigen Schul-

pflicht in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, umgehend gesetzlich zu regeln, daß die zehnjährige Schulpflicht in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I absolviert wird.

Antrag Nr.: F 10

Antragsteller: UB Coesfeld

Betreff:

Auswahlkriterien bei der Zulassung von Lehramtsanwärtern

Der Kultusminister von NRW wird aufgefordert, seine Auswahlkriterien bei der Zulassung von Lehramtsanwärtern, nach denen ausländische Bewerber grundsätzlich ausgeschlossen werden, zu überprüfen und zu revidieren.

Antrag Nr.: F 11

Antragsteller: UB Solingen

Betreff:

Konsolidierung der Landesprogramme zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten in öffentlich-rechtlicher und privater-gemeinnütziger Trägerschaft

Die von der Landesregierung bereitgestellten Mittel zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen sind vorrangig zur Einrichtung und zum Betrieb qualifizierter außerbetrieblicher Ausbildungsstätten in öffentlich-rechtlicher und gemeinnütziger-privater Trägerschaft einzusetzen.

Antrag Nr.: G 5

Antragsteller: DV Derendorf-Golzheim

Betreff:

Medienparteitag des SPD-Landesverbandes NRW

Auf dem außerordentlichen Landes- und kommunalpolitischen Sonderparteitag Anfang 1984 wird ein Landes- und kommunalpolitisches Programm verabschiedet, das einen grundsätzlichen Teil zur Medienpolitik in NRW enthalten wird.

Zur Vorbereitung dieses Teils des Programms werden Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, eine medienpolitische Fachkonferenz durchzuführen.

E n t s c h l i e ß u n g

Die Delegierten des 7. ordentlichen Landesparteitages der NRW-SPD rufen dazu auf, die Aktion "Chile kämpft - Nicaragua lebt" zu unterstützen.

Diese - gemeinsam mit vielen Initiativen und Vereinigungen, den österreichischen Sozialdemokraten und kirchlichen Gruppen beider Konfessionen - von der NRW-SPD getragene Aktion ist Ausdruck der Solidarität mit den um ihre Freiheitsrechte kämpfenden chilenischen Demokraten und Gewerkschaftern.

Am 11. September 1983 jährt sich zum zehnten Mal der blutige Putsch gegen das demokratisch gewählte Regime Salvador Allendes.

Die Delegierten des SPD-Landesparteitages wünschen von Herzen, daß an diesem zehnten Jahrestag in Chile sozial gerechte und demokratische Verhältnisse herrschen. Die Delegierten wollen einen politischen Sieg der chilenischen Demokraten und Gewerkschafter über das gegenwärtig herrschende Regime.

Die Großveranstaltung "Chile kämpft - Nicaragua lebt" am 10. September 1983 in der Essener Grugahalle ist symbolischer Ausdruck unserer Solidarität.

Die aktuellen Entwicklungen in Nicaragua bieten Anlaß zur Sorge.

Die auf verschiedenartige Weise zum Ausdruck kommenden Einmischungen der US-Regierung des Präsidenten Ronald Reagan sind wesentliche Ursache der sich zuspitzenden Lage in Nicaragua. Handelsboykotte der USA treiben die nicaraguanische Regierung, die nach allen Beteuerungen die Blockfreiheit anstrebt, in wirtschaftliche Abhängigkeit zur Sowjetunion und destabilisieren die sozialen Verhältnisse im Lande.

Die militärischen Operationen im Grenzgebiet Nicaraguas, die von ca. 6.000 gut ausgerüsteten Angehörigen verschiedenster Interventionsgruppen ausgehen, kosten täglich Men-

schenleben und verschlingen zudem Geld und Organisationskraft. Beides wird im armen Nicaragua zur Linderung der schlimmsten Not und zum Aufbau sozial gerechter, menschenwürdiger Lebensverhältnisse dringend benötigt.

Die Delegierten des 7. ordentlichen Parteitages der NRW-SPD unterstützen ebenso wie Felipe Gonzales bei seiner Lateinamerika-Reise die Vorschläge der Länder der sogenannten Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama). Diese Länder fordern den Abzug aller Militärhelfer und Militärberater (insbesondere Nordamerikaner und Kubaner) aus dieser Region. Sie verurteilen jede ausländische Einmischung.

Nicaragua braucht unsere Hilfe und Unterstützung zum Aufbau humaner Lebensverhältnisse, die sozial und gerecht sind. Das ist die Voraussetzung dafür, daß die drei sogenannten "revolutionären Prinzipien" der Sandinisten, nämlich

- Blockfreiheit
- politischer Pluralismus
- gemischte Wirtschaftsform

Realität in Nicaragua werden können.

Neben der

- Verurteilung der Interventions- und Destabilisierungspolitik
- und der dringenden Aufforderung an die Sandinisten, einen friedlichen, demokratischen Weg in Nicaragua zu gehen,
- appellieren die Delegierten des 7. ordentlichen Landesparteitages an die SPD-Bundestagsfraktion, alles zu unternehmen, um zu sichern, daß die finanzielle Hilfe aus der Bundesrepublik an Nicaragua fortgezahlt und verstärkt wird, um die Not zu mindern.

Die Delegierten des 7. ordentlichen Landesparteitages wünschen, daß möglichst viele Parteigliederungen der SPD neben Gemeinden beider Konfessionen, Gewerkschafts- und Initiativgruppen dieses Thema verstärkt diskutieren. Die vom SPD-Landesverband zur Verfügung gestellte Ausstellungsmappe ist dabei als Aktionshilfe gut geeignet.

Antrag Nr.: J 1

Antragsteller: UB Märkischer Kreis

Betreff:
Mobiler Wahlurneneinsatz

Die Sozialdemokraten im Land und in den Gemeinden werden aufgefordert, die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die es zulassen, einen mobilen Wahlurneneinsatz, insbesondere in Krankenhäusern und Altenheimen, durchzuführen.

Wortlaut der überwiesenen Anträge

Alle zur Überweisung beschlossenen Anträge werden sowohl dem außerordentlichen landes- und kommunalpolitischen Sonderparteitag Anfang 1984 als auch dem SPD-Landesvorstand, der SPD-Landtagsfraktion und den Organisationsgliederungen zur Generaldebatte zugeleitet.

Antrag Nr.: A 2

Antragsteller: UB Düsseldorf

Betreff:
Aktionsprogramm der SPD NRW 1983-1985

Aktionsprogramm der SPD NRW 1983-1985

- A. Ausgangslage
- B. Investitionsprogramm 1983-1985
 1. Förderung der Wirtschaftskraft des Ruhrgebietes
 2. Aktive Umweltpolitik
 3. Wohnungs- und Städtebaupolitik
- C. Gesellschaftspolitik
 1. Jugend- und Sozialpolitik
 2. Bildungspolitik
 3. Mitbestimmung
 4. Landespresseggesetz
 5. Datenschutz

A. Ausgangslage

Der Landesparteitag beschließt ein politisches Aktionsprogramm für die Jahre 1983-1985.

Ausgangslage:

Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 hat die SPD mit 38,2% aller abgegebenen Stimmen seit 1961 ihr schlechtestes Wahlergebnis hinnehmen müssen. Nach 16jähriger Regierungsverantwortung hat der Wähler die SPD in die Oppositionsrolle gedrängt, die sie mit der Partei der Grünen teilt. In 13jähriger Koalitionsregierung mit der FDP konnten große Reformvorhaben verwirklicht werden: Reform der Betriebsverfassung, Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, das Recht auf Ausbildungsförderung, Ausbau des Bildungswesens, Reform des § 218 StGB, des Mietrechts, des Verbraucherschutzes. Die Friedenspolitik der beiden sozialdemokratischen Kanzler Brandt und Schmidt hat den Frieden in Mitteleuropa für mehr als ein Jahrzehnt sicherer gemacht und die Beziehungen der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Staaten normalisiert, Begegnungen der Menschen in Ost und West erleichtert.

Andererseits wurde die SPD in der sozialliberalen Koalition auch einem politischen Verschleißprozeß ausgesetzt. Zuviele Koalitionskompromisse wurden der SPD abgerungen oder von ihr nachgiebig eingegangen. Eine unzulängliche Mitbestimmungsregelung von 1976, der Einstieg in die "Liberalisierung" des Mietrechts, die Aufhebung der Lohnsummensteuer, von der sich die Ruhrgebietsstädte auf absehbare Zeit nicht erholen werden, keine greifbaren Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den letzten 3 Jahren, eine zögerliche Umweltschutzpolitik, eine Friedenspolitik, die nicht mehr von der gesamten Partei getragen wurde, waren nicht geeignet, eine ausreichende Vertrauensbasis bei den Wählern herzustellen. Die Partei verlor in den Augen der Wähler an Glaubwürdigkeit und Problemlösungskompetenz, vor allem in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In einer angstbesetzten Zeit war die SPD kein Hoffnungsträger, sondern wirkte zauderlich und unentschieden, defensiv und antriebsarm, mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Menschen in unserem Land beschäftigt. Die SPD hat Stimmen und Vertrauen nach allen Seiten verloren: bei Arbeitern und Angestellten wie bei jungen Menschen.

Wir gewinnen Vertrauen nur wieder zurück und stabilisieren gewährtes Vertrauen, wenn unsere Politik wieder für viele Menschen vernünftige Problemlösungen verspricht und wenn sozialdemokratisches Reden und Handeln für die Bevölkerung als ein Erfahrungszusammenhang erlebt wird.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen in der Alleinregierung: Erwartungen und Handlungsspielraum

Seit 1966 stellt die SPD den Ministerpräsidenten in NRW. Seit 1980 verfügt die SPD über die absolute Mehrheit im Landtag. Die Erwartungen der Arbeitnehmer an eine SPD-Alleinregierung sind größer als der tatsächliche Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion im Parlament ist. Das Land hat große Lasten zu tragen, wie sie andere Flächenländer nicht kennen, z.B. die Kohle- und Stahlkrise, die Beschäftigungsprobleme in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Bei einem Haushalt von rund 56,5 Mrd. DM hat das Land einen Schuldenstand von 60 Mrd. DM. Der Personaletat beträgt 1983 22 Mrd. DM. Für Zinsen als Folge der Kreditverschuldung müssen im selben Jahr 5 Mrd. aufgebracht werden.

Die Kürzungspolitik der Landesregierung und der Landtagsfraktion in den vergangenen drei Jahren im Personalbereich und bei den Leistungsgesetzen, z.B. in der Weiterbildung, beim Sonderurlaubsgesetz, bei der Lernmittelfreiheit, bei den Schülerfahrtkosten und beim Kindergarten gesetz sowie bei den Zuweisungen an die Gemeinden wurden von der beschriebenen Haushaltslage diktiert.

Dabei waren Regierung und Fraktion bemüht, die Haushaltskürzungen sozial gerecht zu gestalten.

Gleichwohl müssen wir heute feststellen, daß diese restriktive Haushaltspolitik den Haushalt des Landes nicht sanierte. Neben der Investitionsverweigerung der privaten Wirtschaft verschärfte die prozyklische Finanz- und Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Situation in unserem Lande. Unter Berücksichtigung dieser Rahmendaten kommt es deshalb darauf an, Haushaltsmittel auf entwicklungsfähige Politikfelder zu konzentrieren und beschäftigungspolitisch effektiver einzusetzen.

Weitere lineare Kürzungen bei den

Leistungsgesetzen müssen für die kommenden Haushaltsentscheidungen unterbleiben.

B. Investitionsprogramm 1983-1985

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob die Haushaltsmittel im richtigen Verhältnis zu den Erfordernissen einer aktiven Beschäftigungspolitik und den Prioritäten sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik eingesetzt werden.

Dabei bleibt die mittelfristig angelegte Sanierung des Landeshaushaltes die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre.

Das Ansinnen der konservativen Bundesregierung, sich durch einen weiteren sozialblinden Leistungsabbau zu entschulden, weist der Parteitag entschieden zurück.

Die Entwicklung der Verkürzungspolitik in den letzten Jahren zeigt, daß eine solche Politik auch ökonomisch in die Sackgasse führt.

Vielmehr müssen sinnvolle Investitionen initiiert und verstetigt werden, die

- die Wirtschaftskraft des Landes stärken,
- die Beschäftigungssituation verbessern und
- damit gleichzeitig Einnahmen des Landes erhöhen.

Dabei gilt es insbesondere, die Wirtschaftskraft des Ruhrgebietes zu fördern, eine aktive Umweltschutzpolitik zu betreiben und durch einen verstärkten Wohnungsbau in Ballungsgebieten kurzfristig Beschäftigungsimpulse zu geben.

Der Parteitag fordert die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, ein zusätzliches 1,6 Mrd.-Investitionsprogramm für die Jahre 1984 und 1985 zu verabschieden.

Die Wirtschaftskraft des Ruhrgebietes zu fördern, kann nicht alleinige Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen sein, sondern bedarf nationaler Anstrengungen. Deshalb sollte die Landesregierung darauf drängen, daß die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung des Ruhrgebietes

unterstützt. Der Bund wird aufgefordert, die Zinskosten für das 1,6 Mrd.-Programm für NRW zu übernehmen.

Neben den kostenwirksamen Strategien zur Beschäftigungspolitik sind jedoch auch Handlungsspielräume des Landes politisch zu gestalten, die weitgehend kostenneutral sind: Novellierung des Personalvertretungsgesetzes, paritätische Mitbestimmung bei den Kammern, Mitbestimmung der Redakteure in den Zeitungsredaktionen (Landespressegesetz), Reform der beruflichen Bildung, Sicherung von Ausbildungsplätzen, Reform des Datenschutzes, Jugend- und Sozialpolitik.

1. Förderung der Wirtschaftskraft des Ruhrgebietes

Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebietes hat sich seit Beginn der siebziger Jahre immer weiter von der des Bundesgebietes entfernt. Das gilt selbst für Zeiten konjunktureller Erholung. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Ruhrgebietswirtschaft aufgrund ihrer einseitigen Struktur besonders stark von den Nachfrageverschiebungen im In- und Ausland betroffen wurde. Hinzu kommt, daß die Unternehmer auf den strukturellen Wandel unzureichend reagiert haben.

Insbesondere die Tatsache, daß die wichtigsten Ruhrgebietsbranchen überdurchschnittlich viel Kapital aus dem Ruhrgebiet abziehen und in anderen Regionen der Bundesrepublik bzw. im Ausland investieren, spricht dafür, daß das Ruhrgebiet trotz seines großen Angebotes an qualifizierten Arbeitskräften und seiner guten materiellen Infrastrukturausstattung einen relativen Wettbewerbsnachteil aufweist. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Sie reichen von der mangelnden Finanzausstattung der Kommunen über die immer noch unbefriedigende Umweltsituation bis hin zu einer technologischen Lücke.

Die Landesregierung hat sich dieser Herausforderung gestellt. Insbesondere das 1979 verkündete, für den Zeitraum von 1980 bis 1985 vorgesehene Aktionsprogramm Ruhr mit einer staatlichen Förderung von insgesamt 6,9 Mrd. DM setzt an den vielfältigen Ursachen der Ruhrgebietskrise an. In seinen Grundelementen entspricht es nach wie vor den Not-

wendigkeiten der achtziger Jahre. Zur "Halbzeit" des Programms ist aber eine kritische Zwischenbilanz fällig. Denn einerseits ist immer noch nicht zu erwarten, daß das Ruhrgebiet an dem vielbeschworenen Aufschwung in gleicher Weise teilhaben wird wie die anderen Industrieregionen in der Bundesrepublik, andererseits bietet der Aufschwung bei einer entsprechenden Wirtschaftspolitik aber die Chance, wieder verstärkt arbeitsplatzschaffende Investitionen in das Ruhrgebiet zurückzuholen. Bei der kurzfristig notwendigen Überarbeitung des Aktionsprogramms Ruhr sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

Allgemeine Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit

Gewerbsteuerbefreiung in den ersten fünf Jahren bei neuen Betriebsgründungen in Abhängigkeit mit der Zahl der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze.

In den nächsten fünf Jahren überläßt das Land die im Rahmen des "Grundstücksfonds Ruhr" aufgekauften und reaktivierten Industriebranchen ansiedlungswilligen Betrieben kostenlos.

Die Grundstücke müssen soweit aufbereitet sein (Werkshallen, Gebäude), daß das Ruhrgebiet für ansiedlungswillige mittelständische Betriebe einen deutlichen Standortvorteil vor anderen Industrieregionen gewinnt.

Maßnahmen zur Förderung des Innovationspotentials und Innovations-transfers

Das Land verstärkt seine Aktivitäten zur Ansiedlung von Forschungsinstitutionen, die in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen arbeiten.

Dabei ist schwerpunktmäßig die anwendungsbezogene Forschung zu fördern, speziell im Bereich der Umwelttechnologie, des Maschinenbaus und der Mikroelektronik sowie der Kooperation zwischen beiden Disziplinen.

Diese Institutionen sind mit Abteilungen auszustatten, die die Aufgabe haben, die erarbeiteten Ergebnisse mit Auflagen an die Unternehmen zu vermitteln (Technologietransfer).

Ferner ist ein Fonds zur finanziellen Förderung der betrieblichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu schaffen. Auch hier sind Förderungsrichtlinien so zu gestalten, daß eine stärker marktbezogene betriebliche Entwicklungsarbeit initiiert wird.

Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots von Risikokapital

Das Land gründet eine Wagnisfinanzierungsgesellschaft. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreditinstituten, wobei die Federführung bei der WestLB liegen soll. Das Land gibt den beteiligten Kreditinstituten dadurch Rückendeckung, daß es einen großzügig bemessenen Bürgschaftsrahmen zur Verfügung stellt.

Kredite sind vorzugsweise an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben.

Bei allen Maßnahmen zur Förderung des Innovationspotentials und des Angebots von Risikokapital, die den Unternehmen zugute kommen, sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Die Vergabe muß möglichst unbürokratisch erfolgen, selbst wenn dadurch gewisse "Mitnahmeeffekte" möglich werden.
- Die durch die Förderungsmaßnahmen ausgelöste Produktion muß im Ruhrgebiet stattfinden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation

Der Parteitag begrüßt die Ankündigung der Landesregierung vor dem Bundesrat am 29. April 1983, bis Ende dieses Jahres ein Handlungskonzept für die gesamte Energie- und Umweltproblematik zu entwickeln.

Das Land muß aus dem Scheitern des Kraftwerksanierungsprogramms die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Ziel bleibt weiterhin die Modernisierung oder Beseitigung der alten Anlagen, die durch ihre hohe Emissionstätigkeit die gerade im Ruhrgebiet knappen und damit teuren Umweltpotentiale blockieren. Wegen der hohen betriebswirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem Betrieb der Altanlagen ergeben, sind staatliche Anreizsysteme zu teuer. Stattdessen muß das Land Auflagen mit dem Ziel einer schrittweisen Sanierung erlassen.

Trotz Verabschiedung der Großfeuerungsanlagenverordnung muß die Landesregierung Auflagen mit dem Ziel einer schrittweisen Kraftwerkssanierung erlassen. Dabei ist zu prüfen, ob mit einem einheitlichen Strompreis (Waldpfennig) der ruinöse Preiswettbewerb zwischen den verschiedenen Energieträgern (Kohle, Gas, Öl, Kernkraft) verhindert wird. Bei dem einheitlichen Strompreistarif kann das notwendige Sanierungsprogramm für Kraftwerke zu erheblichen Teilen finanziert werden.

2. Aktive Umweltpolitik

Landesregierung und Landtagsfraktion werden aufgefordert, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Umweltpolitik zu verstärken. Dabei sind folgende Maßnahmen vorzusehen:

- Verpflichtung von Kraftwerksbetreibern, innerhalb von 5 Jahren Rauchgasentschwefelungsanlagen einzurichten, um möglichst schnell einen wirksamen Beitrag zur Beseitigung des sauren Regens zu leisten.
- Bau von Anlagen zur Aufbereitung und Verwertung von Abfällen. Aktuell besteht insbesondere ein Bedarf an Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen, z.B. für Dünnsäure, Brennstoffe aus kohlehaltigen Klärschlämmen und chlorhaltigen Lösemitteln.
- Sanierung der Abwasserverhältnisse in bebauten Ortslagen durch Verbesserung bestehender und Bau neuer Anlagen zur Abwasserableitung und -behandlung. Unzureichende und fehlende Abwasseranlagen sowie eine große Anzahl von Kleinkläranlagen in bebauten Ortsteilen führen landesweit zu Gewässerbelastungen.
- Maßnahmen zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Sicherung der Landschaft (Biotop management). Dabei geht es insbesondere darum, bestehende Lebensräume (Biotope) zu schützen und neue zu schaffen, speziell für vom Aussterben bedrohte Arten.
- Initiativen des Landes NW im Bundesrat zur Einführung des bleifreien Benzins sind nötig.

- Internationale Vereinbarungen über die Begrenzung der Schad-

stoffmengen abzuschließen.

3. Wohnungs- und Städtebaupolitik Sonderprogramm Familienwohnungen in Ballungsgebieten

Im Rahmen des mehrjährigen Wohnungsbauprogramms soll ein Sonderprogramm von 4.000 Wohnungen für 1984/85 für den Bau familien-gerechter Wohnungen in Ballungsgebieten aufgestellt werden.

Dabei ist zwischen einem unverzichtbaren familienfreundlich, zeitgemäßen und wohnungsgerechten Rohbestand und einer kostendeckenden, aber ergänzungs- und erweiterungsfähigen Zusatzausstattung zu unterscheiden.

Da es um die Errichtung von Versorgungszielen geht, und für einen großen Teil kinderreicher Familien mit geringeren Einkommen Eigentümlösungen nicht in Frage kommen, ist sicherzustellen, daß ein ausreichend großer Anteil als Reihenhäuser zur Miete in kostensparender Bauweise errichtet wird. Die Ausrichtung an Versorgungsziele stellt auch sicher, daß die Frage der Rechtsform (Miete, Eigentum oder Zwischenform) nicht ideologisch, sondern pragmatisch entschieden wird. Ein solches Sonderprogramm des Landes ist auch deshalb dringend erforderlich, weil das vor allem baukonjunkturell ausgerichtete Sonderprogramm des Bundes im wesentlichen an den Bedarfs- und Problemschwerpunkten vorbeiläuft.

Kostensparendes Bauen

Zukünftig sollen kostensparende Vorhaben mit Vorrang gefördert werden. Dies ist durch die bisher vorliegenden positiven Erfahrungen mit kostensparenden Projekten gerechtfertigt. Dabei soll die Kosteneinsparung zu einer spürbaren Absenkung der Miete bzw. Belastung führen. Die Städte und Gemeinden - insbesondere in den Ballungsgebieten - werden aufgefordert, Vorhaben des kostensparenden Bauens bei der Grundstücksbeschaffung sowie bei der Planung und Durchführung tatkräftig zu unterstützen.

Bestandspolitik

Die Sicherung der Bindungen im sozialen Wohnungsbau ist von besonderer Bedeutung, um langfristig die Versorgung mit Wohnraum mit niedri-

gen Mieten zu ermöglichen. Die Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, alle geeigneten Initiativen auf Landes- und Bundesebene zu ergreifen, um den Bestand an Wohnungen mit für einkommensschwache Bewohner finanziell "tragbaren" Mieten zu erhalten und auszubauen.

Neben der konsequenten Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung wird die Landesregierung aufgefordert, ein Wohnungsaufsichtsgesetz einzubringen, das es ermöglicht, auch durch Zwangsmittel die Wohnbarkeit von Wohnungen zu sichern.

Verkehrsberuhigung und Wohnumfeldverbesserung

Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu verbessern, daß - insbesondere in den belasteten Gebieten der Großstädte - in einem erheblichen Umfang Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der Wohnumfeldverbesserung durchgeführt werden können, um vor allem die Unfallgefahr und die Lärmbelästigung abzubauen sowie die Spielmöglichkeiten für Kinder zu verbessern.

C. Gesellschaftspolitik

Nach heutigen Erkenntnissen muß bezweifelt werden, ob wirtschaftliches Wachstum die Arbeitslosigkeit beseitigt. Nur ein quantitatives Wachstum steht für uns Sozialdemokraten seit Jahren nicht mehr im Einklang mit der Sicherung unserer Lebensbedingungen. Deshalb sind neben qualifizierten umweltfreundlichen Wachstumsstrategien wirksame Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Im März 1983 hat die Landesregierung quantifizierte Modelle zur Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsverteilung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat entsprechende Initiativen zu ergreifen.

1. Jugendarbeitslosigkeit

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, in ihrem Bemühen fortzufahren, daß für alle Jugendlichen ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in NRW von der privaten Wirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung gestellt wird.

1982 und 1983 finden in NRW nach den Angaben des DGB jedes Jahr 87.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Auch die vollmundigen Versprechungen des konservativen Bundeskanzlers reden den Mangel an Ausbildungsplätzen nicht aus der Welt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Ausbildungsplatzkonferenz mit Arbeitgeberverbänden, Kammern und Gewerkschaften einzuberufen mit dem Ziel, daß die private Wirtschaft ein landesweites Ausbildungsplatzprogramm für 1983, 1984 und 1985 aufstellt.

Durch Umlagen und Ausbildungsplatzabgaben der nicht ausbildenden Betriebe sind außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren und zu schaffen.

Die Initiativen von Städten wie Recklinghausen, Dortmund und Bielefeld, voll qualifizierende Ausbildungsgänge an den berufsbildenden Schulen einzurichten, sind zu einem landesweiten Ausbildungsplatzförderungsprogramm auszubauen.

Aufträge und Investitionsförderungen des Landes sollten bevorzugt an solche Unternehmen des Landes vergeben werden, die zur Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze bereit sind.

Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit Projekte "Arbeit und Lernen" insbesondere für benachteiligte Jugendliche verstärkt zu fördern. Dabei sind vor allem Anschlußprogramme für Jugendliche, die aus dem derzeitigen Förderungsprogramm nach 3 bis 12 Monaten entlassen werden, anzubieten.

Die Förderung von Jugendeinrichtungen und Häusern der Offenen Tür muß gezielt ausgeweitet werden. Dabei ist anzustreben, diese Einrichtungen auch vormittags für junge Arbeitslose zu öffnen.

Zusätzlich ist zu prüfen, welche Starthilfen für Werkstätten in Selbstverwaltung durch arbeitslose Menschen gegeben werden können. Auf diese Weise könnten in vielen Stadtteilen neue Handwerksdienste entstehen, die für die Bürger wünschenswert und insbesondere für arbeitslose Jugendliche und schwerbe-

hinderte Arbeitslose eine sinnvolle Beschäftigung darstellen.

Sozialpolitik

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung zu einer Initiative im Bundesrat auf, durch Härteklauseln ein Absinken der Unterhaltssätze bei der Arbeitslosenversicherung unter den Bedarfssatz der Sozialhilfe zu verhindern. Damit werden Arbeitslose nicht zu Empfängern der Sozialhilfe und die Kosten der Arbeitslosigkeit werden andererseits nicht auf die Kommunen und die öffentlichen Träger der Sozialhilfe abgewälzt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bemühungen zur Einführung einer Pflegeversicherung zu unterstützen und durch eine Gesetzgebungsinitiative im Bundesrat voranzubringen. Damit wird erreicht, daß alte Menschen in Heimen zum größten Teil nicht zu Sozialhilfeempfängern werden.

In der kommunalen Sozialpolitik sind ambulante Hilfen verstärkt zu fördern. Ambulante Hilfen sichern insbesondere Senioren, psychisch Kranken und Behinderten ein Leben in sozialer Nachbarschaft und gewohnter Umgebung und tragen auch zum Abbau der wesentlich kostenträglicheren stationären Versorgung dieser Personengruppe bei. Eine Verstärkung der ambulanten Hilfen scheiterte bislang an der gesetzlich festgelegten Kostenzuständigkeit, nach der die stationären Hilfen von den überörtlichen Trägern, die ambulanten von den Gemeinden aufzubringen sind. Viele Gemeinden sind finanziell nicht in der Lage, ambulante Dienste aufzubauen. Ein Ausweg könnte darin bestehen, daß überörtliche Träger die Kostenanteile für die wirksameren ambulanten Hilfen übernehmen, wenn dadurch stationäre Plätze abgebaut werden.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei den anstehenden Etatberatungen 1984 und 1985 Zuschüsse für Beratungseinrichtungen, z.B. für psychisch Kranke, für Jugendliche, für Drogensüchtige, für Erziehungsberatungsstellen, sicherzustellen. Der ansteigende Problemdruck durch die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit erfordert die Sicherung des bestehenden Beratungssystems im Lande.

Förderung von Selbsthilfegruppen

Die bisher vorliegenden Erfahrungen zeigen, daß nicht nur bei jungen Menschen ein hohes Selbsthilfepotential vorhanden ist. Es findet seinen Ausdruck in Gruppen Behindelter, psychisch Kranker, Arbeitsloser, Jugendinitiativen und Stadtteilinitiativen. Sozialdemokratische Mandatsträger werden aufgefordert, geeignete Ansätze vor Ort zu unterstützen, z.B. durch Vermittlung von Räumen, Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, Herstellung von Kontakten zu wichtigen Personen und Institutionen, Verbesserung der "klimatischen Bedingungen" für solche Gruppen.

2. Bildungspolitik

Erhalt der Weiterbildung

Nordrhein-Westfalen hat in der Bundesrepublik Deutschland ein vorbildliches Weiterbildungsgesetz. Es orientiert sich am Grundrecht lebenslangen Lernens und proklamiert die Weiterbildung als gleichberechtigten Bildungsweg neben der elementaren, der allgemeinen, der beruflichen und akademischen Bildung. Weitere lineare Kürzungen in der Weiterbildung würden eine der erfolgreichsten Reformen sozialdemokratischer Bildungspolitik zerstören.

Der Landesparteitag fordert daher die Landtagsfraktion auf:

- Keine weiteren Kürzungen bei den kommenden Haushaltsberatungen im Weiterbildungsbereich vorzunehmen.
- Die Weiterbildung muß wieder langfristig planbar und darf nicht mit jedem neuen Haushaltsjahr in Frage gestellt werden.

Bildungsurlaub

Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, den wiederholt gefaßten Beschluß der Partei und die Aussage des Ministerpräsidenten Johannes Rau in seiner Regierungserklärung 1980, den Bildungsurlaub in NRW gesetzlich einzuführen, in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen.

Schüler-BAFöG

Der Kahlschlag des Schüler-BAFöGs

durch die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung führt zum Abbau von sozialer Chancengleichheit im Bildungsbe- reich. Landtagsfraktion und Landes- regierung werden aufgefordert, die verheerenden Auswirkungen dieser so- zialfeindlichen Politik der konser- vativen Bundesregierung so gering wie möglich zu halten.

3. Mitbestimmung

Bei den gegenwärtigen Mehrheitsver- hältnissen auf Bundesebene ist nicht zu erwarten, daß es den Ge- werkschaften gelingt, ihre Vorstel- lungen zur Verwirklichung der Mitbe- stimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen durchzusetzen, auf denen wirtschaftliche und soziale Ent- scheidungen getroffen werden, die ihre Interessen nachhaltig berüh- ren. Der Landtagsfraktion und der Landesregierung kommt daher die be- sondere Verantwortung zu, nicht nur Mitbestimmungsrechte in den Berei- chen zu schaffen, in denen ihnen die Gesetzgebungskompetenz zusteht, sondern über den Bundesrat auch Ge- setzesinitiativen in den Bereichen zu ergreifen, in denen die Zustän- digkeit beim Bund liegt. Es kommt darauf an, die Mitbestimmungsinitia- tive des DGB nachdrücklich dadurch zu unterstützen, daß durch konkrete Vorschläge die öffentliche Diskussi- on angeregt und der Mitbestimmungs- gedanke gefördert wird.

Besondere Bedeutung kommt eigenen Gesetzesvorhaben des Landes zu:

- Notwendig ist eine Novellierung des Landespersonalvertretungsge- setzes mit dem Ziel, die Mitbe- stimmung der Arbeitnehmer bereits auf die Planung und Einführung neuer Techniken, neuer Arbeitsme- thoden und neuer Arbeitsverfahren einzuführen. Dies könnte auch ein Modell für die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sein. Dabei sollten auch die Mitwir- kungsmöglichkeiten der Arbeitneh- mer an ihren Arbeitsplätzen ver- bessert werden.
- In den öffentlich-rechtlichen Un- ternehmen und Einrichtungen im Land NRW ist die qualifizierte Mitbestimmung einzuführen.
- Landtagsfraktion und Landesregie- rung werden aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode die qua- lifizierte Mitbestimmung in den Kammern des Handwerks, der Indu-

strie und des Handels einzufüh- ren.

- Solange eine überbetriebliche Mitbestimmung durch die Errich- tung von Wirtschafts- und Sozial- räten auf den Ebenen des Bundes und anderer Länder aus politi- schen Gründen nicht möglich ist, könnte durch die Errichtung von Strukturräten auf den Ebenen des Landes und der Regionen ein er- ster Schritt zur Abstimmung von öffentlichen und privaten Investit- tionen auf der Grundlage der Lan- desentwicklungspläne gemacht wer- den. Die Strukturräte müßten pari- tätisch aus Vertretern der Gewerk- schaften und der Arbeitgeberver- bände zusammengesetzt sein und ein Interpellationsrecht gegen- über dem Landtag erhalten.

Von Bedeutung wären darüber hinaus Gesetzesinitiativen gegenüber dem Bund:

- Ein Vorstoß zur Novellierung nicht nur des Bundespersonalver- tretungsgesetzes, sondern auch des Betriebsverfassungsgesetzes könnte demonstrieren, daß eine soziale Beherrschung der technolo- gischen Entwicklung ohne den Aus- bau der Mitbestimmung nicht denk- bar ist.
- Eine Gesetzesinitiative zur dau- erhaften Sicherung der Montanmit- bestimmung und zur Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle großen Unternehmen und Kon- zerne wäre aus einem Land beson- ders plausibel, das von dem schrittweisen Auslaufen der Mon- tanmitbestimmung besonders betrof- fen ist.

4. Landespressegesetz

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufge- fordert, noch in dieser Legislatur- periode das Landespressegesetz von 1966 zu novellieren.

Da der Bund im Bereich des Tendenz- schutzes eine Alleinzuständigkeit hat, kann sich die Novellierung nur auf einige Eckpunkte konzentrieren.

Aber auch aus anderen Gründen ist eine Novellierung des Landespresse- gesetzes dringend erforderlich. In verschiedenen Städten Nordrhein- Westfalens entstehen sog. Videozei- tungen, die auch als Stadtfernsehen bezeichnet werden. In verkehrsrei-

chen Fußgängerzonen wird lokales Fernsehen, verknüpft mit Lokalwerbung, kostenlos auf den Straßen dargeboten. Weder Bundes- noch Landesrecht regeln für dieses "Stadtfernsehen" Fragen wie Sorgfalts- und Wahrheitspflicht der Berichterstattung, Gegendarstellungsrecht, die Trennung von Werbung und Programm. Stadtteilfernsehen gibt es bereits in Koblenz, Berlin, Stuttgart, Bonn, Bielefeld, Wesel, Düsseldorf und anderen Städten.

Bei der Novellierung des Landespresseggesetzes sind folgende Fragen gesetzlich zu regeln:

- Offenlegungspflicht der Zeitungsinhaber und der Beteiligungsverhältnisse,
- schriftliche Festlegung und Veröffentlichung der Grundsätze der publizistischen Haltung der Zeitung,
- Ausgestaltung der inneren Pressefreiheit,
 - Bildung eines Redaktionsausschusses.
 - Die Betriebsräte nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Redaktionsausschusses teil.
- Beteiligungsrechte der Redakteure bei der
 - Änderung der grundsätzlichen publizistischen Haltung der Zeitung,
 - Berufung und Kündigung des Chefredakteurs,
 - Einstellung, Versetzung von Redakteuren,
 - Aufstellung des Redaktions-etats.
- Das Gegendarstellungsrecht ist von zu engen Formbestimmungen zu befreien. Dadurch erhält der Bürger eine bessere Möglichkeit, seine Tatsachen und Wertungen in einer von ihm selbst gewählten Form darzustellen.

5. Datenschutz

Das Datenschutzgesetz NRW hat sich insgesamt bewährt.

Die schnelle Entwicklung der Informationstechnik und elektronischen Datenverarbeitung erfordert zusätzliche Sicherungen, um den Datenschutz zu gewährleisten.

Wie die Diskussion um die Volkszäh-

lung 1983 zeigt, würde jedes weitere Abwarten des Gesetzgebers zu erheblichen Unsicherheiten führen.

Der SPD-Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion und Landesregierung auf, das Datenschutzgesetz von NRW noch in dieser Legislaturperiode zu novellieren.

Antrag Nr.: B 2

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff:
Energiepolitik

A. Der Landesparteitag fordert die politischen Entscheidungsgremien auf, die Entwicklung einer zukunftsträchtigen Energieversorgung sowohl auf der Basis struktureller und technischer Energieeinsparung als auch mit der Förderung technisch und politisch kontrollierbarer Erzeugungsverfahren voranzutreiben.

Dies bedeutet im einzelnen:

1. Eindeutige Prioritäten in den öffentlichen Haushalten für die Entwicklung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Entsprechende Maßnahmen sind auch für den schienengebundenen Güterverkehr durchzusetzen.

Von diesen Schritten ist zu erwarten:

- eine spürbare Reduzierung des Ölverbrauchs,
- Umweltentlastung über die Ergebnisse des Benzinblei-Gesetzes und der Abgasbestimmungen hinaus,
- Entlastung des ausgebauten Straßennetzes,
- Förderung der Mobilität einkommensschwacher Schichten, deren Bedeutung bei wachsender Strukturkrise der Arbeitsplätze zunehmen wird,

- langfristig wirksame Zunahme des Bedarfs an qualifizierten Arbeitsplätzen für Herstellung, Betrieb und Wartung der Einrichtungen unter Berücksichtigung auch der Branchen, in denen durch die neuen Prioritäten Rückgänge auftreten werden.

- Steigerung der Verkehrssicherheit und Verminderung von Unfallfolgenkosten und persönlichem Leid.

Der Landesparteitag begrüßt hierbei ausdrücklich die geschaffenen Verkehrsverbände, den Ausbau der S-Bahnnetze sowie die Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs als erste wichtige Schritte.

2. Zukünftige Orientierung an dezentraler Energieerzeugung mit Wärme-Kraft-Kopplung und gleichzeitigem Ausbau der Fernwärmeversorgung.

Davon ist zu erwarten:

- Eine wesentliche Erhöhung des Gesamtwirkungsgrades von Energieanlagen bzw. Verminderung des Primärenergieeinsatzes bei der Stromversorgung.
- Spürbare Reduzierung des Ölverbrauchs für Heizzwecke und Brauchwassererhitzung.
- Senkung des Stromverbrauchs für die Brauchwassererhitzung.
- Reduktion der Verfeuerung von Brennstoffen und bessere Abgaswerte durch Verringerung der Anzahl der Feuerstellen (Hausbrand). Zusätzlich günstigere Preisgestaltung von Abgasbehandlung in größeren Einheiten.
- Nutzung abfallender industrieller Prozeßwärme.
- Langfristig wirksame Zunahme von qualifizierten Arbeitsplätzen in Entwicklung, Herstellung, Betrieb und Wartung der Anlagen.
- Zukunftsorientierte Entwicklung exportgeeigneter Technologien und damit Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

3. Verstärkter Einsatz regenerierbarer Energiequellen. Dazu zählen Windgeneratoren an geeigneten Standorten, Biogasanlagen etc., ggf. Erhaltung auch kleiner Flußkraftwerke.

Vorteile solcher Verfahren sind u.a.:

- geringe Umweltbelastung
- Schonung knapper Primärenergieträger

- breite Streuung der Versorgungssicherheit

- Fortentwicklung vielfältig einsetzbarer und vor allem auch für Entwicklungsländer hilfreicher Technologien

- Sicherung und Neuschaffung qualifizierter Arbeitsplätze in unterschiedlichen Branchen und Regionen.

4. Die in 2. geforderten Maßnahmen bedürfen als flankierende Maßnahme der staatlichen Verfügung über die Verteilernetze.

Diese Forderung ergibt sich aus der Notwendigkeit,

- den Wirkungsgrad bei der Nutzung der eingesetzten Energie zu steigern und alle technisch und wirtschaftlich brauchbaren Energiemengen optimal zu nutzen,
- alle technisch und wirtschaftlich sinnvollen Erzeuger zu leistungsorientierten Bedingungen in die Netze einspeisen zu lassen,
- politisch und gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Eingabe- und Entnahmeregelungen durchzusetzen und zu garantieren,
- durch die Vereinheitlichung der Verbände das Vorbehalten von Überlast- und Reservekapazitäten zu verringern,
- Installation und Modernisierung von Elektrizitäts- und Wärmeerzeugern bedarfs- und infrastrukturgerecht, nicht aber monopolorientiert zu betreiben.

5. Förderung von Entwicklung und Einsatz wärme- und kraftenergiesparender Technologie.

Hierzu zählen unter anderen Maßnahmen:

- Wärmedämmung im Hochbau und passive Sonnenenergienutzung,
- Anlagen zur bedarfsgerechten Steuerung von Heizanlagen
- Wärmerückgewinnungsverfahren.

In diesem Investitionsbereich werden langfristig qualifizierte Arbeitsplätze mit arbeitsintensiven

Aufgaben geschaffen.

Der Einsatz von elektrischen Wärmepumpen ist nur bei Wärmerückgewinnung zu fördern. In anderen Bereichen wird lediglich der Stromverbrauch erhöht, was derzeit noch wegen eines verbrauchsfördernden Stromtarifs rentabel erscheinen mag. Die erforderlichen Erzeugungs- und Verteilerinvestitionen würden bald die Preisproblematik verschärfen. Außerdem werden mittelfristig Investitionen in eine weitere elektrizitätsverbrauchende Technologie gesteckt. In Zeiten reduzierter Investitionsmöglichkeiten fehlen diese Gelder bei der Entwicklung und Installierung anderer Versorgungsverfahren; die Abhängigkeit von großtechnischen und im Krisenfall risikoreichen Großeinheiten mit unbefriedigendem Wirkungsgrad wird zementiert.

6. Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffemissionen bei Feuerungs- und Kraftanlagen sowie Förderung von technologischen Entwicklungen zum verbesserten Einsatz der Kohle.

Die TA-Luft ist auf geringere Emissionswerte festzuschreiben. Die Großfeuerungsanlagenverordnung ist auf kleinere Einheiten auszudehnen, die Innovations- und Umrüstungstermine für bestehende und geplante Anlagen auf wenige Jahre zu begrenzen. Zur Beschleunigung der Umrüstung sind Emissionsabgaben einzuführen, die zweckgebunden zur Finanzierung von Innovationen für die Schadstoffreduzierung erhoben werden. Hierzu gehören auch Maßnahmen zur Aufbereitung von Filterrückständen, Gipsverbindungen, Waschwassern etc. In jedem Fall ist zu prüfen, ob die Kapazitäten nicht rentabel modernisierbarer Kraftwerke durch ein System dezentraler Wärme-Kraft-Anlagen ersetzt werden können. Der Umfang der Neuinstallation großer Blöcke ist am Grundlastbedarf zu bemessen.

Davon sind insbesondere zu erwarten:

- rasche Entwicklung technisch reifer Systeme zur Verringerung der Emission,
- international export- und konkurrenzfähige Feuerungs-, Verbren-

nungs- und Reinigungsverfahren,

- Sicherung und Neuschaffung qualifizierter Arbeitsplätze in den verschiedenen Branchen und Regionen,
- Verringerung der Immission auch in Ballungsgebieten.

7. Die Maßnahmen sind als wesentlicher Baustein zur Sicherung und Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze zu nutzen. Sowohl im Bereich der Entwicklung und Fertigung als auch bei Betrieb, Wartung und Export kann dabei wirtschaftliche Expansion und ökologische Verbesserung in einem Zuge angestrebt werden. Deshalb ist in den Programmen zur Investitionsförderung ein breiter Finanzrahmen für die Absicherung entsprechender Investitionen vorzusehen.

B. Den Forderungen nach optimaler Ausnutzung vorhandener Energiequellen, nach technischer und politischer Kontrollierbarkeit sowie konsequenter Energieeinsparung läuft ein Ausbau der Kernenergienutzung in allen Bereichen zuwider.

Dies bedeutet im einzelnen:

1. Das hinsichtlich Kostenaufwand und technischer Beherrschung bereits außer Kontrolle geratene Projekt "Schneller Brüter" ist unverzüglich einzustellen. Das Projekt "Hochtemperaturreaktor" ist hinsichtlich Kostenaufwand und technischer Beherrschung erneut kritisch zu überprüfen und ggf. auch einzustellen.

Besonders folgende Gründe sprechen dafür:

- Die schon gewährten Subventionen übersteigen bereits bei weitem das ursprünglich beschlossene Ausmaß, ohne daß greifbare Erfolge erzielt wurden. Die Zurückhaltung der Energieerzeugungsunternehmen beim eigenen finanziellen Engagement dokumentiert die Skepsis ansonsten professioneller Befürworter des Ausbaues von Kernenergie.
- Weitere Subventionen engen den Entscheidungsraum der verantwortlichen Politiker für einen Ausstieg aus der Kernenergie ein. Sie wird zu einem Selbstläufer,

auch wenn sie sich als prinzipiell unsinnig erweist.

- Die dringend für die Verbesserung konventioneller Energieversorgung und Entwicklung alternativer Energiekonzepte sowie für Maßnahmen der Energieeinsparung benötigten Mittel dürfen nicht zugunsten eines unübersehbaren Investitionsbedarfs in unsicherer Kernenergietechnik weiterhin beschnitten bleiben.
- Der Großausbau der Kernenergie führt aufgrund seiner Risikopotentiale in Sicherungszwänge hinein, die eine öffentliche Prüfung von Vor- und Nachteilen sowie Sicherheitsrisiken nicht mehr erlauben, wie dies auch im Minderheitenvotum der Enquete-Kommission zum "Schnellen Brüter" zum Ausdruck kommt.

2. Planungen und Genehmigungsverfahren für den weiteren Zubau von Kernenergieanlagen sind ausnahmslos einzustellen.

Folgende Fakten machen dies dringlich:

- Schon die Entsorgung der installierten Siedewasserreaktoren muß als völlig ungelöst betrachtet werden (siehe Feststellungen im Beschluß des Münchener Parteitag).
- Die internationale Abhängigkeit vom Markt der Kernbrennstoffe ist langfristig ebenso problematisch wie die vom Öl.
- Die Beseitigung veralteter Reaktoranlagen ist technisch völlig ungelöst.
- Die Sicherheitsrisiken und Störanfälligkeit auch gängiger Reaktortypen hat den erwarteten Preisvorteil bei der Energieerzeugung als Illusion erwiesen.
- Die wenigen in der Bundesrepublik noch verbleibenden Standortmöglichkeiten für Kernenergieanlagen lassen selbst bei kostenintensiver Verbesserung der Sicherheit und Entsorgung keinen Beitrag zur Gesamtenergiebilanz zu, der uns in entscheidendem Umfang von Anstrengungen zur Einsparung von Energie, zur Verbesserung konventioneller Techniken und zur Entwicklung alternativer Technologien befreien könnte.

- Die Standortferne zu Ballungszentren und die erforderliche Größe der Einheiten sowie Kontaminationsgefahren der Kühlmittel schließen eine Nutzung der Abwärme von vorneherein aus. Diese belastet nicht nur die Umwelt (Flüsse, Luft). Eine derartige technisch nicht behebbare Verschleuderung von zwei Dritteln der eingesetzten Primärenergie ist bei kerntechnischer Stromerzeugung ebenso abzulehnen wie bei konventioneller in großen Kraftwerksblöcken. Indes läßt sich Kernenergie nicht einmal teilweise dezentral erzeugen.

- Die militärische Verwundbarkeit der Bundesrepublik vergrößert sich mit jedem in Betrieb genommenen Kernkraftwerk.

3. Durch die Einstellung der Förderung von Entwicklungsprojekten im kernenergetischen Bereich sowie durch den Verzicht auf die Entwicklung einer Wiederaufbereitungs- und Kernbrennstoffwirtschaft werden bereits in kurzer Frist Gelder in Milliardenhöhe nicht notwendig. Diese "eingesparten" Mittel sind unverzüglich der Entwicklung und Installation von Verbesserungen konventioneller Techniken sowie alternativer umweltschonender Technologien zuzuführen.

Gründe für diese Forderung sind insbesondere:

- Es entfällt die Gefahr einer "technologischen Lücke" bei alternativen Energieerzeugungsmethoden für die Bundesrepublik sowie die Gefährdung von Arbeitsplätzen.

- Die in A. geforderten Maßnahmen gleichen solche befürchteten Einbußen bei weitem aus.

- Weltweit werden Märkte erschlossen sowie Hilfen erarbeitet.

- Eine gegenüber dem Kernenergiesektor ungleich größere Anzahl an Branchen erhält neue Zukunftsaufgaben und Chancen.

- Die politische und soziale Kontrollierbarkeit ist damit gewährleistet.

C. Die Bundesregierung sowie die Länderregierungen werden aufgefordert, das System der direkten und

indirekten Subventionen im Bereich der Energieerzeugungs- und auch Einsparungstechnologie offen auszuweisen, die Summen offenzulegen und diese Dokumentation jährlich fortzuschreiben.

Dies scheint aus folgenden Gründen wichtig:

- Die Öffentlichkeit muß wissen, welche Energieformen sie in welchem Umfang durch Verbrauchsabgaben einerseits und Steuerabgaben andererseits bezahlt.
- Verzerrungen der Kostenargumente für unterschiedliche Technologien und Energiekonzepte durch unterschiedliche Subventionsanteile werden so aufgedeckt.
- Die öffentliche Diskussion und die politische Entscheidung können sich jeweils an gesamtwirtschaftlichen, sozial- und umweltpolitischen Willensbildungsprozessen orientieren.

Antrag Nr.: B 4

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff:
Wahlprogramm

In den Regierungen der letzten vier Legislaturperioden, insbesondere aber in den letzten vier Jahren, an denen Sozialdemokraten mitwirkten, war deren Einfluß nicht immer maßgebend. Vielfach wurde eine Reihe sozialdemokratischer Ziele und Schritte nicht hinreichend berücksichtigt.

Eine starke Einbuße an Vertrauensverlust bei Arbeitnehmern, Gewerkschaft und Partei, eine Einbuße auch bei Jugendlichen und Intellektuellen, bei unseren traditionellen Wählerschichten, markiert eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Partei. Nicht allein unsere bewährten Programme, sondern auch neue Antworten zu neuen Fragen sind gefragt und notwendig.

Die Krise der "sog. freien und sozialen Marktwirtschaft" und der freien Unternehmertätigkeit ist nicht Schicksal.

Genosse Helmut Schmidt hat vor der Ellenbogengesellschaft gewarnt. Gehen wir gegen sie an! Tun wir das,

wofür wir stehen:

a) Investitionsprogramme zur Ankerbelung der Nachfrage und zur Strukturverbesserung in Problemregionen (Ruhrgebietsstädte, Kohle, Stahl u.a.) gemäß den Münchener Parteitagsbeschlüssen zur Beschäftigungspolitik sind das Herz zukünftiger SPD-Regierungspolitik, insbesondere:

- Abbau von Rationalisierungsinvestitionen,
- Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf alle großen Unternehmen im Sinne der DGB-Forderungen,
- Auflagen bei Subventionierung (zukunftsorientierte, humanisierende und umweltfreundliche Investitionen).

b) Schrittweiser Verzicht auf die Kernenergie zugunsten heimischer Kohle, nichtfossiler, umweltfreundlicher Energien sowie Einsparungen (Fernwärme, Wärmedämmung z.B.); wirksame Kontrolle der Energieversorgungsunternehmen (Demokratisierung durch öffentlich-rechtliche Trägerschaft).

c) Als Schlußfolgerung aus den schleppenden Verhandlungen der Großen eine Offensive in der Abrüstungspolitik: keine neuen Raketen, vorläufiges Einfrieren des Verteidigungsetats.

d) Wir fordern eine solidarische Ausländerpolitik:

- keine Aushöhlung des Asylrechts,
- Familienzusammenführung,
- Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit.

Dies muß unverzichtbarer Bestandteil künftiger sozialdemokratischer Regierungspolitik sein.

Initiativantrag 7

Betreff:
Sonderförderungsprogramm

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, im Rahmen des Sonderförderungsprogramms für Forschung, Entwicklung und Produktion im Bereich der Schlüsseltechnologien mit Zukunftschancen

verstärkt die Gebiete mit hoher absoluter und prozentualer Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen.

Beispielhaft auf den Gebieten

- Roboter- und Sensortechnik,
- Verbundwerkstoffe und Oberflächentechnik,
- Recycling-Verfahren,
- Mikroprozessoren- und Computeranwendungen,
- Energiespeicher- und Ersatztechnologien,

ist in Verbindung mit staatlichen Forschungsstätten und heimischer Industrie der Versuch zu unternehmen, den Anschluß an die führenden Wirtschaftszentren zu erreichen. Wenn möglich, muß auch aus den führenden Forschungsbereichen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zukunftsorientierte Technologie in das Ruhrgebiet importiert werden.

Antrag Nr.: C 1

Antragsteller: OV Oberbilk

Betreff:
Gemeindefinanzierung

Der SPD-Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion und die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf:

1. Sich für eine Fortführung der Gemeindefinanzreform durch eine Neuordnung des Gemeindefinanzierungssystems einzusetzen. Die Einführung einer Wertschöpfungssteuer sollte dabei ernsthaft erwogen werden.

Weitere Eingriffe in das derzeitige Gemeindesteuersystem - mit den drei Säulen Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer - dürfen nicht mehr vorgenommen werden.

Das Hebesatzrecht der Gemeinden ist als unabdingbarer Bestandteil der gemeindlichen Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Die Gemeinden sind an anderen Steu-

er- und Einnahmequellen - z.B. Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer, Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer - zu beteiligen.

2. Im Interesse einer gerechteren Verteilung der Landesfinanzzmittel auf Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist eine einheitliche Festsetzung des Verteilungsschlüssels unter Fortfall eines zweiten fiktiven Hebesatzes zu gewährleisten.

Die Auftragskostenpauschale für die Gemeinden ist zu erhalten. Das Prinzip der Kostenerstattung für Auftragsleistungen muß einwandfrei und unzweideutig gesetzlich fixiert werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die "Verordnung über die Genehmigungsfreiheit von Rechtsgeschäften der Gemeinden" dahingehend zu novellieren, daß An- und Verkäufe von Grundstücken grundsätzlich nicht mehr der Genehmigungspflicht unterliegen.

Begründung:

Die Wiederherstellung der Finanzstärke der Gemeinden ist im Interesse einer Beschäftigungssicherung, der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen für die im Lande tätigen Arbeitnehmer auf Dauer unerlässlich.

Durch zahlreiche Gesetzesmaßnahmen sind zusätzliche Aufgaben auf die Städte und Gemeinden zugekommen, für die den Kommunen keine entsprechenden Einnahmen zugewiesen wurden. Diese Fehlentwicklungen, die fast ausschließlich zu Lasten der Gemeinden gingen, können nur durch die Fortführung der Gemeindefinanzreform korrigiert werden. Dabei ist im Interesse einer tatsächlichen Selbstverwaltung der Gemeinden auf eine ihrer Bedeutung entsprechende Stärkung der Gemeindefinanzen abzustellen. Weitere Eingriffe in das Steuerrecht, die zu Lasten der Gemeinden gehen, können nicht mehr akzeptiert werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Gewerbesteuer, aber auch für die im Zusam-

menhang mit der Veränderung der Vermögenssteuer denkbaren nachteiligen Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen.

Zur Sicherung der Gemeindefinanzausstattung sind über die bereits bestehenden Einnahmequellen weitere Steuerquellen zu erschließen, um auf diese Weise einen Ausgleich für die in den vergangenen Jahren erlittenen Finanzverluste herbeizuführen. In erster Linie ist dabei an eine Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer zu denken, aber auch an eine Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe.

Die Benachteiligung der Großstädte bei den Finanzausweisungen des Landes - die sich aus einem zweiten fiktiven Hebesatz ergeben - können im Interesse einer gerechten Verteilung der Landesmittel nicht länger hingenommen werden. Die Großstädte sind aufgrund ihrer Zentralitätsfunktion gehalten, im größeren Umfang Ausgaben auch für die Regionen zu tätigen und haben sich im Verfolg dieser Aufgabenstellung in erheblichem Umfang verschuldet und entsprechend große Hebesätze bei der Gewerbesteuer und Grundsteuer festlegen müssen.

Antrag Nr.: C 6

Antragsteller: UB Soest

Betreff:
Änderung der Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen, § 13 d, Absatz 2, soll dahingehend geändert werden, daß in Gemeinde-Bezirken von mehr als 1.000 Einwohnern Bezirksausschüsse zu bilden sind.

Begründung:

Die politische Praxis der vergangenen Jahre hat deutlich gemacht, daß in den Gemeindebezirken, in denen es die Einrichtung Ortsvorsteher gibt, die Demokratie "gelitten" hat. Denn der Substanzverlust an Demokratie, der durch die Neuordnung von 1969/1975 entstanden ist, hat durch die Übertragung von Zuständigkeiten auf Ortsvorsteher noch mehr zugenommen. Um dem entgegenzuwirken, ist es zwingend erforderlich,

auch in allen kreisangehörigen Gemeinden und Städten Bezirksausschüsse einzurichten, wenn Gemeindebezirke vorhanden sind.

Übersehen darf man in diesem Zusammenhang auch nicht, daß es vor allem sozialdemokratische Mandatsträger sind, die von der Einrichtung Ortsvorsteher oftmals benachteiligt sind, da Ortsvorsteher hauptsächlich in ländlichen Bereichen anzutreffen sind und hier von der Bevölkerungsstruktur einseitige Mehrheiten bestehen. Zudem bedienen sich die Kommunalverwaltungen häufig der Ortsvorsteher, um ihre Vorstellungen durchzusetzen, wobei dann der politische Entscheidungsprozeß häufig an der Minderheitenfraktion in dem betreffenden Gemeindebezirk vorbeiläuft. Fragwürdig erscheint auch die Tatsache, daß Ortsvorsteher in ihrer Eigenschaft als Ehrenbeamte gegenüber dem Verwaltungschef (Gemeinde- oder Stadtdirektor) weisungsgebunden sind, gleichzeitig (da sie überwiegend auch Ratsmitglieder sind) Kontrollfunktionen ausüben. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß es diese Alternative Ortsvorsteher/Bezirksausschüsse in den kreisfreien Städten nicht gibt. Im Interesse einer Vereinheitlichung unserer Gemeindeordnung wäre auch hier eine Änderung angebracht.

Antrag Nr.: D 1

Antragsteller: OV Oberbilk

Betreff:
Novellierung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen hat sich insgesamt bewährt. Dies gilt auch für seine Grundkonzeption. In vielen Einzelregelungen ist es jedoch verbesserungsbedürftig. Angesichts des Fortschreitens der Automationstechnik und des Vordringens der Automation in immer weitere Bereiche würde letztlich jedes Abwarten des Gesetzgebers zu einem Rückschritt führen.

Der Landesparteitag fordert deshalb die Landesregierung und Landtagsfraktion auf, das Datenschutzgesetz NRW zu novellieren. Dabei sind folgende Eckpunkte neu zu regeln:

1. Das Datengeheimnis muß auch für interne Karteien gelten.

2. Im Gesetz ist klarzustellen, daß das Datengeheimnis alle Personen zu wahren haben, die bei der speichernden Stelle Zugang zu in Dateien verarbeiteten personenbezogenen Daten haben.

3. Werden Daten bei dem Betroffenen erhoben, so ist dieser auf die zugrundeliegende Rechtsvorschrift oder auf die Freiwilligkeit seiner Angaben auch dann hinzuweisen, wenn die Daten nicht in einer Datei gespeichert, sondern in Akten oder sonstigen Unterlagen festgehalten werden sollen.

4. Für den Direktzugriff auf Dateien anderer Stellen in einem automatisierten Verfahren (On-line-Übermittlung) muß eine praktikable Regelung getroffen werden, die die Einrichtung solcher Verfahren einerseits nicht schlechthin ausschließt, andererseits aber den schutzwürdigen Belangen der Betroffenen Rechnung trägt. Die Einrichtung muß der Entscheidung der zuständigen obersten Landesbehörde vorbehalten bleiben, die auch die Einzelheiten des Verfahrens zu regeln hat.

5. Im Gesetz muß klargestellt werden, daß bei Datenübermittlungen im öffentlichen Bereich zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers auch die übermittelnde Stelle eine Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung trägt. Sie muß die Plausibilität des Übermittlungsersuchens prüfen und Zweifeln an der Erforderlichkeit der Übermittlung nachgehen.

6. Für die Veröffentlichung von Angaben über Angehörige bestimmter Berufsgruppen in Jahrbüchern, Handbüchern und Adreßbüchern ist eine eindeutige Regelung zu treffen, die den schutzwürdigen Belangen der Betroffenen hinreichend Rechnung trägt.

7. Bei der Auskunftserteilung über gespeicherte Daten ist dem Betroffenen auf Antrag auch über Herkunft und Empfänger der Daten Auskunft zu erteilen.

8. Im Gesetz ist festzulegen, daß

auch Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaft und Steuerverwaltung Auskunft über gespeicherte Daten erteilen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse Geheimhaltung gebietet.

9. Da das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten zu den grundlegenden Datenschutzrechten des Bürgers gehört, ist für die Auskunftserteilung Kostenfreiheit vorzusehen.

10. Im Interesse des Bürgers ist eine unabhängige Datenschutzkontrolle auch außerhalb der Datenverarbeitung in Dateien geboten. Im Gesetz ist deshalb festzulegen, daß der Landesbeauftragte für Datenschutz die Einhaltung derjenigen Datenschutzvorschriften, die nicht oder nicht nur für Dateien gelten, auch dann zu kontrollieren hat, wenn die Daten in Akten oder sonstigen Unterlagen festgehalten werden.

Antrag Nr.: D 5

Antragsteller: UB Paderborn-Büren

Betreff:

Gegen ausländerfeindliche Tendenzen in der Bundesrepublik

Die SPD wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen ausländerfeindliche Tendenzen in der Bundesrepublik. Um diesen Tendenzen wirksamer begegnen zu können, fordert und unterstützt sie folgende Maßnahmen:

- Förderung von Maßnahmen zur Ausländerintegration in den Betrieben, im Familien- und Freizeitbereich sowie im Bildungswesen. Die Kosten dafür sollen vom Bund, den Ländern und Kommunen sowie von den Gastarbeiter beschäftigenden Betrieben getragen werden.
- Daueraufenthaltsberechtigung für Ausländer der zweiten und dritten Generation in der Bundesrepublik;
- kommunales Wahlrecht für Ausländer, die sich bereits fünf Jahre und mehr in der Bundesrepublik aufhalten (Beispiel Schweden);
- deutsche Staatsangehörigkeit für Kinder von Gastarbeitern, die in

- der Bundesrepublik geboren wurden;
- Ausländerbeiräte, deren Mitglieder demokratisch legitimiert sind, die nationalitätsübergreifend konzipiert sind und mit Anhörungs-, Frage- und Informationsrecht gegenüber deutschen Institutionen ausgestattet sind, die mehrheitlich von Ausländern besetzt sind.
- Förderung von Vereinen und Gruppen, die sich der Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern im Freizeitbereich widmen;
- Modelle entwickeln und fördern, die stärkere sprachliche Integration versprechen.

Begründung:

Es ist festzustellen, daß die Ausländerfeindlichkeit in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik erheblich zugenommen hat. Dies trifft vor allem die aus einem anderen Kulturkreis stammenden türkischen Mitbürger. Jüngste Äußerungen aus dem Umfeld der Kohl-Administration lassen nun befürchten, daß diese nicht wirklich ernsthaft gewillt ist, diesen Tendenzen entgegenzutreten. Abgesehen einmal von der Tradition der SPD, für die Menschenrechte unterdrückter Minderheiten einzutreten, erscheint es auch politisch sinnvoll, daß die Sozialdemokraten hier deutliche Akzente setzen. Denn es ist auch zu beobachten, daß in der öffentlichen Meinung des Auslands, gerade im Hinblick auf die Situation der Gastarbeiter bei uns, in letzter Zeit wieder das Bild vom häßlichen Deutschen gemalt wird. Maßnahmen zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses sowie eine Stärkung der Rechte ausländischer Mitbürger könnten dazu beitragen, diese wachsende Verhärtung auf beiden Seiten aufzubrechen.

Antrag Nr.: D 6

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff:

Aus Fremden Nachbarn machen - Für eine menschliche, wirklichkeitsnahe und solidarische Ausländerpolitik

I. Integration und Reintegration

1. Ausländern ist nach 8 Jahren legalen Aufenthalts automatisch die Aufenthaltsberechtigung zu erteilen.
2. Den Ausländern ist die Möglichkeit der Rückkehr in ihre Heimatländer - auf freiwilliger Basis und ohne jeden Druck - offenzuhalten. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern und die Existenz demokratischer Verhältnisse, zu denen die Bundesrepublik einen Beitrag leisten kann, sind geeignet, die Rückkehrbereitschaft zu stärken.
3. Das Zuzugsalter von Familienangehörigen und leiblichen Kindern soll nicht unter den jetzigen Stand abgesenkt werden.

II. Bildung und Ausbildung

1. In Kindergartengruppen mit hohem Ausländeranteil muß die Zahl der Erzieher, auch ausländischer, erhöht werden. Die sächliche Ausstattung muß ausländergerecht sein.
2. Der "Ausländerbonus" muß bei der Berechnung der Lehrerstellen verbessert werden (ausl. Schüler zählen doppelt). An Hauptschulen muß die Muttersprache als erste Fremdsprache anerkannt werden.
3. Integrationsfördernde Kurse an Weiterbildungseinrichtungen, insbesondere Alphabetisierungs- und Sprachkurse, sind in größerem Umfang vorzuhalten.
4. Die Volkshochschulen müssen Kurse einrichten, die es ausländischen Mitbürgern ermöglichen, nachträglich einen Schulabschluß zu erreichen. Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE) müssen im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden und stärker hauptschulabschlußbezogen werden.
5. Unterrichtenden in Klassen mit

hohem Ausländeranteil ist eine geeignete Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen.

III. Familie, Arbeit und Freizeit

1. Es sind mehr Ganztageseinrichtungen für den Kindergarten- und Pflichtschulbereich mit flexiblen Öffnungszeiten einzurichten.
2. Die Nachweispflicht angemessenen Wohnraums als Bedingung der Familienzusammenführung ist aufzuheben. Der Wohnberechtigungsschein darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß Familien bereits in der Bundesrepublik sind. (Wenn Familie nicht nachzieht, kann sichergestellt werden, daß Berechtigungsschein erlischt.)

IV. Mitwirkung und Mitbestimmung

1. Die SPD sollte ihre Mitgliederwerbung unter den Ausländern verstärken.
2. Die Beschränkungen der Mitwirkungsrechte von Ausländern in der Handwerksordnung sind abzubauen.
3. Die Einbürgerung ist zu erreichen. Für die zweite Ausländergeneration sollte ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung festgelegt werden.

SPD-Unterbezirk Mettmann
2/82 a.o. UB-Parteitag 4.12.82, Velbert

Betr.: Aus Fremden Nachbarn machen - Für eine menschliche, wirklichkeitsnahe und solidarische Ausländerpolitik -

Die SPD beobachtet mit großer Sorge die zunehmenden Tendenzen von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und die damit verbundene Gefahr rechtsextremer Politik. Die SPD stellt fest, daß die ausländischen Arbeitnehmer einen bedeutenden Beitrag zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung geleistet haben und leisten. Damit haben sie zur Verbesserung des Lebensstandards beigetragen. Auch in beschäftigungspolitisch schwierigen Zeiten haben wir eine besondere Verantwortung für die hier lebenden Ausländer.

Vertreter der jetzigen Bundesregierung stellen die Ausländer als Bedrohung und als Gefahr für die Bundesrepublik dar, deren Zahl "zu hoch" sei und deshalb wegen der drohenden "Überfremdung" reduziert werden müsse. Die SPD hält diese Aussagen für fremdenfeindlich. Sie wendet sich dagegen, die Ausländer zu neuen Sündenböcken zu machen.

I. Integration und Reintegration

1. Die SPD bekennt sich zum Angebot der Integration der in der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer lebenden Ausländer und zur Möglichkeit der Reintegration. Die Integration zielt auf das gut nachbarschaftliche Miteinanderleben von Deutschen und Ausländern und erfordert die beiderseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, um aus Fremden Nachbarn zu machen. Gerade weil der Ausländer häufig zur bloßen Ware im Produktionsprozeß herabgewürdigt wurde, bedeutet Integration die gleichberechtigte Teilhabe der Ausländer am Rechts-, Sozial- und Wirtschaftssystem und am politischen Leben der Bundesrepublik. Eine Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien ist auf der Basis des geltenden Ausländerrechts nicht erreichbar. Deshalb müssen die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen geändert werden, um den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien eine Zukunft auf gesicherter Rechtsgrundlage in der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu gehört auch, daß die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen verbessert werden. Es ist zu prüfen, ob nicht nach 8 Jahren legalen Aufenthalts in der Bundesrepublik automatisch die Aufenthaltsberechtigung erteilt wird, um den ausländischen Mitbewohnern eine Perspektive für ihre Lebensplanung in der Bundesrepublik zu geben.
2. Den Ausländern ist die Möglichkeit der Rückkehr in ihre Heimatländer offenzuhalten. Eindeutig Stellung bezieht die SPD allerdings gegen eine unrealistische Rückführungspolitik, gegen Zwangsmaßnahmen und gegen bedenkliche Tricks auf Kosten des Rechtsstaats. Eine Rückkehr in die Heimat kann nur freiwillig erfolgen. Sie kann von der Staatengemeinschaft erleichtert werden, z. B. durch eine gezielte Entwicklungspolitik oder die Förderung von Arbeitnehmergesellschaften (z. B. in der Türkei). Erforderlich ist darüber hinaus eine europäische Regional- und eine moderne Industriepolitik, die für Arbeitsplätze sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung dort sorgt, wo Arbeitnehmer schon sind. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern und die Existenz demokratischer Verhältnisse, zu denen die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag leisten kann, sind geeignet, die Rückkehrbereitschaft der Ausländer zu stärken.
3. Integration kann nur gelingen, wenn die Ausländer bereit sind, unsere

Lebensordnung zu respektieren und sich der Mühe unterziehen, auch die deutsche Sprache zu erlernen, ohne die eine echte Integration nicht möglich ist. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist grundlegende Voraussetzung für Schulerfolg, Arbeitsvermittlung und gesellschaftliche Eingliederung. Integration setzt nicht die Aufgabe der eigenen Kultur voraus. Die Ausländer lernen von uns, doch können wir Deutschen auch von ihnen lernen. Unter den heutigen Bedingungen muß der Anwerbestopp beibehalten werden und der Zuzug der Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland beschränkt bleiben, weil nur so die Integration der bereits hier lebenden Ausländer in Gesellschaft und Beruf - auch in Zeiten schwieriger Beschäftigungslage - möglich ist.

Andernfalls würde das Ziel, aus Fremden Nachbarn zu machen, nur schwerlich, wenn nicht sogar unmöglich zu erreichen sein. Das Zuzugsalter von Familienangehörigen, leiblichen Kindern soll nicht unter den jetzigen Stand abgesenkt werden, weil dies familienfeindlich wäre und durch solche Maßnahmen - die eine gewisse Übergangsfrist beibehalten müßten - keine wirklichen Effekte zu erzielen wären.

Es sind für die Integration drei Bereiche von besonderer Bedeutung: Bildung und Ausbildung; Familie, Arbeit und Freizeit; Mitwirkung und Mitbestimmung.

4. Den deutschen Bürgern sollten in Einrichtungen der Weiterbildung, insbesondere auch in Sendungen der Medien von Funk und Fernsehen, die ausländischen Kulturkreise einschließlich der Sprache stärker als bisher nahegebracht werden, um mehr Verständnis für die Probleme zu wecken und um Vorurteile abzubauen. Zu denken wäre an spezielle Kultursendungen über das Ausland sowie an vermehrte Sprachkurse.

II. Bildung und Ausbildung

Bildung und Ausbildung sollen der Integration und Reintegration dienen. Diese Forderung wird durch nachfolgende Thesen konkretisiert:

1. Elementarbereich

Es muß erreicht werden, daß auch möglichst alle ausländischen Kinder im Kindergartenalter den Kindergarten besuchen. In Kindergartengruppen mit hohem Ausländeranteil muß die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher, auch ausländischer, deutlich erhöht werden. Die sächliche Ausstattung der Kindergärten muß ausländergerecht sein, d. h., es müssen nach Bedarf z. B. ausländische Spiele, Bilder- und Märchenbücher oder Instrumente vorgehalten werden. Ausländische Eltern sind verstärkt in die Elternarbeit der Kindergärten einzubeziehen. Plätze im Tagesstätten- und Hortbereich müssen in ausreichender Form vorhanden sein.

2. Schulische Bildung und Ausbildung

Ziel muß es sein, für möglichst viele ausländische Jugendliche einen deutschen Schulabschluß zu erreichen. Regelmäßiger Schulbesuch ausländischer Jugendlicher, nötigenfalls unter Einbeziehung der gesetzlichen Möglichkeiten, ist sicherzustellen. Der prozentuale Anteil ausländischer Schüler in benachbarten Schulen gleicher Schulformen sollte keine großen Unterschiede aufweisen. Der "Ausländerbonus" muß bei der Berechnung der Lehrerstellen verbessert werden, so daß jeder ausländische Schüler hierbei "doppelt gezählt" wird. Im Hauptschulbereich muß für ausländische Kinder die Möglichkeit bestehen, ihre Muttersprache als erste Fremdsprache anerkannt zu bekommen. Auf den weiteren Einsatz ausländischer Lehrer darf nicht verzichtet werden. Ergänzende schulische Hilfen, wie z. B. Hausaufgabenbetreuung, Silentien, Nachhilfeunterricht und gezielte indi-

viduelle Fördermaßnahmen für Schüler mit großen schulischen Defiziten sind in ausreichendem Umfang anzubieten. Sie sollten mit attraktiven Freizeitangeboten kombiniert werden.

Ziel der hier vorgeschlagenen Maßnahmen muß es auch sein, ausländische Kinder so vorzubereiten, daß sie die gleichen Bildungsabschlüsse wie ihre deutschen Nachbarn erreichen können. In Anbetracht der Tatsache, daß viele ausländische Jugendliche keinen Hauptschulabschluß erreichen, sind besondere Anstrengungen und Übergangsmaßnahmen erforderlich, um diesem Ziel zu entsprechen.

Der muttersprachliche Unterricht muß nachhaltig gehoben werden.

3. Weiterbildung

Für ausländische Frauen und Männer sind von Weiterbildungseinrichtungen in größerem Umfang Kurse vorzuhalten, die integrationsfördernd sind. Dazu gehören u. a. Alphabetisierungs- und Sprachkurse. Informationen über schulische Hilfen, über die Möglichkeit der Weiterbildung sowie über andere Maßnahmen sind - auch über die örtlichen Medien - nicht nur in deutscher, sondern auch in ausländischer Sprache zu geben.

4. Schulabschlüsse und berufliche Bildung

Die Volkshochschulen müssen Kurse einrichten, die es ausländischen Mitbürgern ermöglichen, nachträglich einen Schulabschluß zu erreichen. Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (MBSE) müssen im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden und stärker hauptschulabschlußbezogen werden.

5. Anforderungen an den Elementarbereich und die schulische Bildung und Ausbildung

Eine gründliche und geeignete Information ausländischer Eltern über den Elementarbereich und das deutsche Schul- und Bildungssystem ist unabdingbar für schulische und berufliche Erfolge. Unterrichtenden in Klassen mit hohem Ausländeranteil ist eine geeignete Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Um auch bei jüngeren Ausländern und ausländischen Jugendlichen die Rückkehrfähigkeit zu erhalten, muß mit den jeweiligen Ländern, hier insbesondere mit der Türkei, eine Einigung über die Anerkennung von Schulabschlüssen und Bildungsgängen gefunden werden.

III. Familie, Arbeit und Freizeit

1. Familie

Die Beratungs- und Sozialdienste sind weiter auszubauen, so daß die spezifischen Bedürfnisse der ausländischen Mitbürger in den Bereichen Kindergarten, Schule, Berufsberatung und -ausbildung wahrgenommen werden können. Die enge Zusammenarbeit der in der Beratung tätigen Stellen muß im Interesse der Ratsuchenden gewährleistet sein: z. B. Jugendämter, Arbeitsämter, Betriebsräte usw.

Ausländische Eltern sollen über die Bedeutung des Kindergartens und der Früherziehung aufgeklärt werden. Es sind mehr Ganztageseinrichtungen für den Kindergarten und Pflichtschulbereich mit flexiblen Öffnungszeiten einzurichten. Für Frauen aus islamischem Kulturkreis, die in der Familienstruktur besonders benachteiligt sind, sollten spezielle Beratungen angeboten werden, z. B. über Familienplanung, gesellschaftliche Rechte usw., Frauengesprächskreise sind zu fördern. Es ist dafür zu sorgen, daß ausländische Kinder kontinuierlich die deutsche Schule besuchen.

2. Arbeit

Das betriebliche und überbetriebliche Angebot zur Erlernung der deut-

schen Sprache sollte ausgebaut und von den Arbeitgebern gefördert werden. Alle Arbeitgeber sind aufgefordert, bei Bewerbungen um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze Ungleichbehandlungen abzubauen. Das Informationsangebot über Arbeits-, Aufenthalts- und Betriebsverfassungsrecht, die Bestimmungen der Sozialversicherung und die sozialen Angebote in der Bundesrepublik sollten ausgeweitet werden.

3. Wohnung

Alle Wohnungsunternehmen und öffentlichen Wohnungseigentümer sind aufgefordert, Wohnungen für ausländische Familien zur Verfügung zu stellen. Dabei muß ein angemessenes Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen gewährleistet sein, um einer Ghettoisierung vorzubeugen. Die Nachweispflicht angemessenen Wohnraums als Bedingung für die Familienzusammenführung ist aufzuheben. Der Berechtigungsschein für Wohnraum darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß die Familie bereits in der Bundesrepublik ist. Wenn die Familie nicht nachzieht, erlischt der Anspruch auf den Berechtigungsschein.

4. Freizeit und Jugend

Internationale Begegnungsstätten und Initiativen für die Begegnung von Ausländern und Deutschen sind in den Kommunen zu fördern. Die ausländischen Jugendlichen sollen in die bestehenden Jugendzentren, Häuser der Offenen Tür usw. integriert werden. Dazu ist es erforderlich, die Fort- und Weiterbildung von Sozialarbeitern und Lehrern im Hinblick auf die Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen zu verstärken.

IV. Mitwirkung und Mitbestimmung

1. Integration findet im wesentlichen vor Ort statt. Deshalb kommt den Kommunen eine besondere Bedeutung zu. Dort sind Vereine und Verbände, Jugendorganisationen, kirchliche Gruppen, freie Initiativen und Parteien in ihrer Bereitschaft zu stärken, einen unmittelbaren Beitrag zur Eingliederung der Ausländer und zu ihrer Mitwirkung zu leisten. Die SPD sollte sich selbst noch mehr als bisher den Ausländern öffnen und eine verstärkte Mitgliederwerbung unter ihnen betreiben, um so den Ausländern stärkere Einflußmöglichkeiten auf die politische Willensbildung zu ermöglichen.
2. Die ausländischen Mitbürger haben schon jetzt zahlreiche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich. Sie müssen noch mehr als bisher genutzt und, wo nötig, erweitert werden. Die Handwerksordnung kennt bislang nur eingeschränkte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausländischer Arbeitnehmer in bezug auf die Gesellenausschüsse. Nur deutsche Gesellen können zu Mitgliedern der Vollversammlung bei der Handwerkskammer gewählt werden. Diese Beschränkungen müssen abgebaut werden.
3. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik muß insbesondere auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut werden, z. B. durch die Schaffung von Ausländerbeiräten, bei deren Wahl die einzelnen Nationalitäten eine angemessene Berücksichtigung finden müssen, bzw. die Stärkung ihrer Kompetenzen. Die Koordination zwischen Beirat und Stadtrat muß gewährleistet sein durch eine Änderung der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen, um länger in der Bundesrepublik ansässigen Ausländern die Möglichkeit zu geben, zu sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen der Gemeindevertretung berufen zu werden. Da das kommunale Wahlrecht nicht als minderes Recht gegenüber dem Wahlrecht zum Bundestag oder zu den Landtagen gelten kann, führt ein Weg zum allgemeinen Wahlrecht über die Einbürgerung, die erleichtert werden muß. Ein anderer Weg zum allgemeinen Wahlrecht sollte im Bereich der Europäischen Gemeinschaft für al-

le EG-Europäer eröffnet werden. Für die zweite Ausländergeneration sollte ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung festgelegt werden.

V.

Ausländerfeindlichkeit ist nicht nur eine Frage, die Ausländer allein angeht; von ihr ist unsere wirtschaftliche, soziale und politische Ordnung ebenso betroffen. Integration und der Wille, aus Fremden Nachbarn zu machen, lassen sich nicht nur staatlich verordnen. Eine menschliche, wirklichkeitsnahe und solidarische Ausländerpolitik gelingt am ehesten, wenn Toleranz, Vorurteilsfreiheit und demokratisches Verhalten das Miteinanderumgehen charakterisieren.

Antrag Nr.: D 8

Antragsteller: OV Derendorf-Golzheim

Betreff:
Finanzierung von Frauenhäusern in NRW

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden dringend gebeten, bei der Aufstellung des Landeshaushaltes 1984 die Finanzierung der Frauenhäuser so auszugestalten, daß

1. der gültige Finanzierungsschlüssel von 90% für die Fachkraft und 75% für die Verwaltungskraft beibehalten wird;

2. die fälligen Tarifierhebungen für das Personal sofort in die Finanzierung einbezogen werden;

3. die Möglichkeit geschaffen wird, weitere Frauenhausinitiativen mit ihren Projekten, vor allem in ländlichen Gebieten, in die Landesfinanzierung einzubeziehen.

Begründung:

Nach den ab 1. Januar 1983 in Kraft gesetzten Richtlinien für die Finanzierung der Frauenhäuser sind die genannten Finanzierungsschlüssel als Obergrenze vorgesehen. Die zur Zeit arbeitenden 31 Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben sich mit ihren Wirtschaftsplänen darauf eingestellt. Eine Absenkung des Schlüssels, wie dies 1982 für die Verwaltungskraft von 90% auf 75% geschehen ist, wäre von den meisten Einrichtungen nicht zu verkraften.

Die neuen Richtlinien erlauben

nicht, die jeweils im Frühjahr anfallenden Tarifierhebungen in die Finanzierung einzubeziehen; diese werden vielmehr erst im darauffolgenden Jahr berücksichtigt. Da die Frauenhäuser ihr Personal jedoch entsprechend BAT bezahlen, müssen sie die Tarifierhebungen für ein Jahr aus Eigenmitteln aufbringen.

Die derzeitige Begrenzung des Etats auf einen Betrag von 2,1 Mio. DM läßt es nicht zu, daß weitere, bereits arbeitende Frauenhausinitiativen in die Landesfinanzierung einbezogen werden können.

Antrag Nr.: D 9

Antragsteller: OV Bergneustadt
OV Ückendorf-Nord

Betreff:
Finanzierung der Jugendarbeit in NRW

Im 4. Jugendbericht der Landesregierung wird in der Konsequenz eine offensive Jugendpolitik gefordert. Die politische Praxis der letzten zwei Jahre hat allerdings nicht unbedingt zur Glaubwürdigkeit dieser Aussage beigetragen.

Wenn festgestellt wird, daß die Unruhe unter den jungen Menschen in unserem Lande neben der ungewissen beruflichen Zukunft noch weitere Ursachen hat, so muß dem gerade im Bereich der Bildungsarbeit Rechnung getragen werden, nicht zuletzt, um sich daraus eröffnende positive Impulse in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einzubringen.

Die Landesregierung hat aus der Erkenntnis, daß Jugendarbeit nicht professionalisiert werden darf, den Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit geschaffen. Die Reduzierung des ge-

gesetzlichen Anspruches von 12 auf 8 Tage Freistellung sowie das Wegfallen der finanziellen Ausstattung bedeuten, daß eine vernünftige Vorbereitung und Durchführung der Jugendbildungsarbeit sowie der allgemeinen Jugendarbeit bald nicht mehr möglich ist.

Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen sind nach wie vor unumstritten ein wichtiger und notwendiger Bestandteil der Jugendarbeit. Diese Maßnahmen haben traditionell wesentliche Bedeutung für die Kinder und Jugendlichen, die aus sozial schwachen Familien kommen. Die Entwicklung der Förderung von einer guten finanziellen Ausstattung zu einer pro Tag und Teilnehmer Pauschale von DM 5,-- hat dazu geführt, daß die Jugendverbände, weil sie nicht über Eigenmittel verfügen, den Teilnehmerbeitrag heraufsetzen mußten. Die Teilnehmerstruktur setzte sich folglich immer mehr aus den mittleren und oberen Schichten zusammen, während Kinder aus sozialen Brennpunkten, aus kinderreichen Familien praktisch aus der Förderung ausgeklammert werden. Dies kann und darf nicht die Absicht der Landesregierung sein.

Um zu garantieren, daß der Landesjugendplan noch das jugendpolitische Instrument der Landesregierung bleiben kann, muß

- die Förderung der Jugendbildungsarbeit im Haushaltsjahr 1984 um 20 % angehoben werden,
- das Sonderurlaubsgesetz eine notwendige finanzielle Ausstattung erfahren und der gesetzliche Anspruch von 8 auf 12 Tage Freistellung verlängert werden,
- die Förderung der Jugenderholung mindestens mit DM 10,-- pro Tag und Teilnehmer bezuschußt werden,
- eine Bestandssicherung für die übrigen Positionen des Landesjugendplanes gewährleistet sein.

Initiativantrag 2

Betreff:

Kultur-, Sport- und Jugendpolitik in der Weiterbildung

In den letzten 3 Jahren sind auf Landes- und Gemeindeebene in den Bereichen der Kultur- und Sportpolitik, der Jugend- und Sozialhilfe und in der Weiterbildung durch drastische Sparmaßnahmen, durch den radikalen Abbau sinnvoller Maßnahmen (Sonderurlaubsgesetz für Jugendgruppenleiter, Familienerholung, Berlinfahrten und internationale Begegnungen für Schüler) viele Träger und Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet, tausende von neben- und hauptamtlichen und vor allem ehrenamtlichen Mitarbeitern verunsichert und enttäuscht worden.

Es ist nachzuweisen, daß ohne die beachtlichen Leistungen der freien Träger, ohne den Arbeitseinsatz der vielen zigtausend freiwilligen Helfer, ohne das weit über die normale Arbeitszeit und über jeden Arbeitsvertrag hinausgehende Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiter weit mehr Mittel ausgegeben werden müßten.

Es muß jetzt gerade wegen der knapper werdenden Kassen erklärt werden, daß der Staat, daß die Gemeinden Geld sparen, wenn an ihrer Stelle gemeinnützige Träger wichtige Aufgaben in der Jugend- Familien- und Sozialpolitik wahrnehmen.

Es gilt gerade jetzt das Wort von Gustav Heinemann aus dem Jahre 1974: "Es genügt nicht mehr, den Menschen lediglich in Notfällen zu helfen. Ihre Lebensgestaltung im ganzen muß gesichert und geschützt werden. Soziale Sicherung gehört zur Ausstattung aller Bürger in der Industriegesellschaft als sicherer Beweis praktizierter Solidarität."

Gültigkeit hat für die SPD auch noch der Beschluß des Dortmunder Parteitages von 1976. "Sozialdemokraten wissen den unverzichtbaren Beitrag zu schätzen, den die Wohlfahrtsverbände und Kirchen in der Bundesrepublik in der Sozialarbeit erbringen.

Sie sind der Überzeugung, daß sie vieles besser leisten können als staatliche Einrichtungen. Die Partner in der Sozialarbeit verdienen deshalb weiterhin öffentliche finanzielle Unterstützung."

Selbst im Bundestag wird von unseren Abgeordneten Kritik an der eigenen Jugend- und Familienpolitik geübt. So Hauck am 16. Mai 1981: "Ich sage freimütig, auch in die eigene

Richtung, daß allgemeine Kinder- und Jugendprobleme nicht ausreichend behandelt wurden, was die Förderung z.B. der außerschulischen Jugendbildung, der Freizeiteinrichtungen, der Beratungsdienste usw. anbelangt, auch in der Zeit der Hochkonjunktur und der vollen Kassen."

Die SPD in Nordrhein-Westfalen identifiziert sich mit der Arbeit der vielen Verbände und Vereine, Gruppen und Institutionen in der Kultur- und Sportarbeit, in der Jugend- und Sozialarbeit und in der Weiterbildung. Sie bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Verantwortung als Mehrheitsfraktion im Landtag von NW.

Daraus ergibt sich, daß

- a) weitere Sparmaßnahmen in diesen genannten Bereichen vermieden werden müssen,
- b) in wichtigen Positionen eine maßvolle Ausweitung notwendig wird,
- c) mittelfristig vorübergehend ausgesetzte Förderungen wieder eingestellt werden,
- d) in den nächsten 5 Jahren durch gesetzliche Regelung Mindestangebote im Bereich der Jugendpolitik unter Einbeziehung der kulturellen und sportlichen Maßnahmen sichergestellt werden müssen,
- e) kurzfristig offene Türen und andere Jugendeinrichtungen für Ganztags- und Wochenendangebote - vor allem für arbeitslose Jugendliche - zusätzliche Hilfen erhalten müssen,
- f) in den 80er Jahren auf der Grundlage der Ergebnisse des Jugend-, Kinder- und Familienberichtes und des Weiterbildungsberichtes alles zu tun ist, um die notwendigen materiellen Verpflichtungen des Landes gegenüber Trägern und Einrichtungen kontinuierlich auszubauen.

Initiativantrag 3

Betreff:
Landesjugendplan

Der 7. ordentliche Landesparteitag

fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, die Kommissionsvorschläge im Rahmen der Funktionalreform für den Bereich 9 (Landesjugendplan) abzulehnen.

Begründung:

Die Vorschläge der Kommission für den Bereich 9 sehen eine pauschale Delegation zur Erfüllung der Förderungsaufgaben für die Jugendpolitik an die Landschaftsverbände und Kommunen vor. Dies ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. Die Arbeit der freien Träger wird noch weniger planbar, da ihre Förderung jetzt ausschließlich kommunalen Körperschaften aufgegeben wird. Diese müssen jetzt, jede für sich, Jahr für Jahr die Möglichkeiten der Jugendförderung in ihren Haushalten zum Ausdruck bringen. Ein solches Vorgehen gefährdet die Arbeit freier Träger existenziell.
2. Durch die unterschiedlichen Förderungsschwerpunkte in den einzelnen Kommunen wird in naher Zukunft in Nordrhein-Westfalen eine einheitliche Jugendpolitik nicht mehr vorhanden sein. Es entsteht dann nicht nur eine unterschiedliche Jugendpolitik in Rheinland und Westfalen-Lippe, sondern sie wird von Ort zu Ort, von Jugendamt zu Jugendamt Unterschiede enthalten.
3. Durch die Verlagerung der Zuständigkeiten wird den Landespolitikern das bisherige richtungsweisende Instrument für die Jugendpolitik - der Landesjugendplan - aus der Hand genommen. Die gesetzliche Absicherung der außerschulischen Jugendarbeit wird damit endgültig verhindert.
4. Bei der Umsetzung der Vorschläge des Teiles 9 wird die Interessenvertretung für junge Menschen überörtlich nicht mehr wirkungsvoll möglich sein. Die verpflichtende Kooperation überörtlicher Jugendpolitik wird ausgehöhlt.
5. Durch die Mindereinnahmen der Kommunen sehen wir die besondere Gefahr, daß die vom Land pauschal an die Kommunen zugewiesenen Mittel zur Abdeckung ihrer

eigenen Aufgaben herangezogen werden und nicht ihrem Zweck, der Finanzierung der außerschulischen Jugendarbeit durch die Verbände und freien Träger, zugeführt werden.

Antrag Nr.: E 2

Antragsteller: OV Willich

Betreff:

Landschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen

Landschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen

Vor der letzten Landtagswahl wurde durch die SPD-Landtagsfraktion das Gesetz zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz-LG) in wesentlichen Teilen geändert und neu gefaßt.

Im Mittelpunkt der Neuregelung stehen die Verursacherpflichten, die gegenüber dem bisher geltenden Recht einschneidende Neuerungen bringen.

Das neue Recht enthält eine Aufzählung typischer Veränderungen der Erdoberfläche, die als Eingriffe in die Natur und Landschaft anzusehen sind.

Damit ergeben sich klare Vorgaben, ob wirklich eine Veränderung vorliegt, die geeignet ist, den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild erheblich oder nachteilig zu beeinträchtigen.

Der Verursacher (Straßenbau, Tiefbau und Hochbau etc., öffentlicher und privater) eines Eingriffs ist gemäß § 4 LG-NW verpflichtet:

1. Ausgleichsmaßnahmen an Ort und Stelle des Eingriffs vorzunehmen.
2. Ist dies nicht möglich, der Eingriff aber dennoch zulässig, dann müssen die gestörten Funktionen des Naturhaushaltes oder der Landschaften an anderer

Stelle wieder hergestellt werden.

3. Sind auch derartige Ersatzmaßnahmen nicht möglich, dann muß der Verursacher eine Ausgleichsabgabe an den Kreis oder an die kreisfreie Stadt zur Durchführung von Maßnahmen an anderer Stelle zahlen.
4. Bevor jedoch die Ausgleichsmaßnahmen unter 1.-3. greifen, ist von der Landschaftsbehörde festzustellen, ob ein Eingriff überhaupt notwendig und unabwendbar ist.

Die Durchführung dieses Gesetzes wird nicht mit dem dafür erforderlichen Nachdruck durch die betroffenen Ministerien beachtet. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, kurzfristig durch entsprechende Weisung des Ministerpräsidenten und Maßnahmen der Landtagsfraktion diesen Mißstand abzustellen, um diesem Gesetz Geltung zu verschaffen.

Für die beim Bau der A 57 bereits abgeholzten über 19 ha Wald sind bis heute noch keinerlei Ausgleichsmaßnahmen ergriffen worden. Offensichtlich gibt es Schwierigkeiten zwischen den Landschaftsschutzbehörden und den Verursachern. Nicht ein einziger m² Ersatzfläche zur Aufforstung bzw. zum Ausgleich des massiven Eingriffs in den Naturhaushalt ist festzustellen.

Solche Tatbestände fördern nicht die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Umweltpolitik. Im Hinblick auf festzustellende Veränderungen der Erdoberfläche ist ein weiteres Hinauszögern der Anwendung dieses Gesetzes unverantwortlich.

Die Erstellung von Landschaftsplänen geht nur sehr schleppend voran. Wenn das jetzige Tempo bei der Erstellung beibehalten würde, wäre erst im Jahre 2010 oder später das gesamte Nordrhein-Westfalen überplant.

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird deshalb aufgefordert zu prüfen,

- ob die Zuständigkeitsregelung,

die im derzeitigen Landschaftsschutzgesetz getroffen ist, den Anforderungen genügt;

- ob die Erstellung und Fortschreibung der Landschaftspläne auf leistungsfähigere Institute oder Behörden übertragen werden müßte, um den Zielen des Landschaftsgesetzes gerecht zu werden;
- wie eine landesweite Regelung gefunden werden kann, die den Anforderungen des Landschaftsgesetzes entspricht.

Gegebenenfalls sind Änderungsvorschläge zum LG-NW vorzulegen.

Die nach § 13 LG-NW vorgesehene Landschaftswacht wird - wie die Praxis zeigt, überwiegend auch in ländlich geprägten Kreisen - aus falscher "Angst" oder Desinteresse nicht benannt bzw. eingesetzt.

Es handelt sich nicht um eine Einrichtung von "Grünen Sheriffs" im negativen Sinne, sondern um eine Angelegenheit größter Wichtigkeit zur Beobachtung der Natur und zum Schutz der Natur, um die hohen Ansprüche des LG realisieren zu können.

Der Minister wird deshalb aufgefordert, den Städten und Kreisen, die nach drei (!) Jahren (LG-NW '80) noch immer keine Landschaftswacht eingerichtet haben, einen letzten Termin zur Einrichtung zu setzen.

Sollte dieser Termin wiederum ohne Ergebnis nutzlos verstreichen, wird der Minister aufgefordert, andere geeignete Schritte vorzunehmen, z.B., selbst zu benennen und/oder eine entsprechende Änderung des LG zu veranlassen.

Antrag Nr.: F 3

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff:

Landesmittel für die Ausbildungsförderung von Schülern

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landesregierung werden aufgefordert, als Alternative zum sozialen

Kahlschlag der Bonner Rechtskoalition einen Entwurf für die Wiederherstellung des BAFöG für Schüler und Studierende des 2. Bildungsweges in den Bundestag bzw. Bundesrat einzubringen.

Zugleich werden die SPD-Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, den bisher aufgewandten Landeszuschuß zum Schüler-BAFöG weiterhin zweckgebunden für die Förderung von Schülern aus Familien mit geringem Einkommen zur Verfügung zu stellen.

Die Landesmittel sollen vorrangig schulentlassenen Mädchen und Jungen zugute kommen, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten haben und ohne Arbeit sind, um ihnen den Besuch von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen an Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen zu ermöglichen.

Entsprechende Richtlinien zur Verteilung der Mittel und zur Förderung des Personenkreises sind zu erlassen.

Die durch den Wegfall des Schüler-BAFöG ab Schuljahr 1983/84 freiwerdenden Landesmittel dürfen im Landeshaushalt keiner anderen Verwendung zugeführt werden.

Begründung:

Für das mit sozialdemokratischer Mehrheit geführte Land NW sollte die Fortführung der bisherigen SPD-Politik zur Ausbildungsförderung Verpflichtung sein.

Um allen Jugendlichen gleiche Bildungschancen zu geben, müssen insbesondere die Mädchen und Jungen gefördert werden, die nach Schulabschluß von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Es muß sichergestellt werden, daß sie Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen an Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen besuchen können.

Antrag Nr.: F 9

Antragsteller: OV Derendorf-Golzheim

Betreff:
Ausbildungsförderung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Bundestag darauf hinzuwirken, daß die Ausbildungsförderung in dem Umfang wieder hergestellt wird, der zur Zeit der sozial-liberalen Koalition in Bonn bestanden hat. Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung NRW werden aufgefordert, die Bemühungen der Bundestagsfraktion im Bundesrat zu unterstützen und den bisherigen Landesanteil an der Ausbildungsförderung in Höhe von 90 Millionen DM für die Förderung von Schülern aus sozial benachteiligten Familien zu verwenden.

Initiativantrag: 1

Betreff:
Änderung der Schulbauförderung
- Reduzierung der Landeszuschüsse -

Die in den Richtlinien über Förderung von Baumaßnahmen für öffentliche Schulen (Runderlaß des Innenministers/Finanzministers) vom 28.2.1983 vorgenommenen Reduzierungen für Schulbauten sollen wieder zurückgenommen werden.

Sollten die Erlaßregelungen beibehalten werden, die entgegen bisheriger Praxis auch keine Förderung von Räumen für die Verwaltung, sanitäre Einrichtungen, Kellerräume sowie Funktions- und Verkehrsflächen mehr vorsehen, wird davon vornehmlich der Bereich zukünftig zu errichtender Gesamtschulen betroffen.

Begründung:

Bei der bisherigen Praxis der Zweckzuweisungen muß die o.a. Reduzierung vornehmlich den Bereich der Gesamtschule treffen. In diesem Zusammenhang muß dann auch darauf hingewiesen werden; daß kürzlich durch Minister Girgensohn die Aufforderung an die Kommunen ging, im Zuge der Bedürfnisermittlung weitere Gesamtschulen zu errichten.

Nachdem die Kommunen inzwischen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet sind (durch Verlagerung z.B. bei der Sozialhilfe

etc.), ist eine derartige Forderung, gekoppelt mit der Rücknahme auch dieser Förderung, für die Kommunen nicht mehr verkraftbar.

Antrag Nr.: G 1

Antragsteller: DV Oberbilk

Betreff:
Lokaler Rundfunk

Die konservative Bundesregierung und privatwirtschaftliche Kräfte, wie Werbewirtschaft und Zeitungsverleger, Medienkonzerne und Gerätebauindustrie, drängen auf eine zügige Zulassung kommerzieller Rundfunkanbieter in der Bundesrepublik. In CDU-regierten Bundesländern werden Landesmediengesetze vorbereitet und diskutiert, die private Rundfunkveranstalter zuerst im Rundfunk, und später im Fernsehen zulassen wollen. Ab 1986 wird die Bundesrepublik im UKW-Frequenzbereich 100 bis 104 MHz zusätzliche Frequenzen erhalten, die auch für lokale Hörfunkveranstaltungen geeignet sind. In Niedersachsen soll nach dem Willen der CDU-Landesregierung ein werbefinanzierter Rundfunk entstehen. Parallel zu dieser Entwicklung wird die Bundespost nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Großstädte und Ballungsräume der Bundesrepublik mit Kupferkoaxialkabel verlegen. Allein 1983 sollen für 1 Mrd. Kupferleitungen verkabelt werden. In Nordrhein-Westfalen werden für ca. 200 bis 300 Mio. DM Kupferleitungen verlegt. Ein Kupferkoaxialkabel hat eine Übertragungskapazität für 30 Fernsehkanäle. Für die Kapazität eines Fernsehkanals können alternativ auch 24 Hörfunkprogramme in Stereoqualität übertragen werden.

Wenn dichtbewohnte Stadtbezirke von Großstädten mit Kabel verlegt sind, kann bereits eine Vielzahl von Fernseh- und Hörfunkprogrammen in die Kabelnetze eingespeist werden. Neben den herkömmlichen Programmen der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten können auch technische Übertragungskapazitäten für privatwirtschaftliche Rundfunkveranstalter zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD wendet sich jedoch entschie-

den gegen die Kommerzialisierung von Rundfunk und Fernsehen. Der Rundfunk darf nicht werbefinanziert in die Hände von kapitalkräftigen Wirtschaftsgruppen fallen. Wir werden uns vielmehr mit Nachdruck für den Erhalt, den Ausbau und die Entwicklungsfähigkeit des staats- und kommerzfreien Rundfunks in unserem Lande einsetzen. Die Pressekonzentration in der Bundesrepublik, aber auch in Nordrhein-Westfalen, fordert den kommerzfreien Rundfunk geradezu heraus. Die CDU würde, auch in unserem Lande, kommerzielle Rundfunkanstalten zulassen. Insbesondere im lokalen Hörfunk oder später im lokalen Fernsehen möchten Zeitungsverleger als Rundfunkveranstalter auftreten. Würden allerdings örtliche Zeitungsverleger auch noch lokale Sender programmlich bestimmen, dann würde dies in einigen Städten zu einem publizistischen Doppelmonopol führen. Der kritisch analytischen, unabhängigen und objektiven Berichterstattung auf der einen wie der freien Meinungsbildung auf der Seite des Bürgers würde damit der reale Boden entzogen. Informationen und Meinungsbildung vollziehen sich dann auf kommunaler Ebene nach den Gesetzen des Marktes von Angebot und Nachfrage. Gebracht wird nur das, was hohe Einschaltquoten verspricht, denn nur diese garantieren hinreichende Werbeeinnahmen.

Andererseits müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß der lokale Nahbereich großes Interesse bei den Bürgern hervorruft. Erfahrungen im Ausland, z.B. in Großbritannien, Holland, Italien und Schweden, zeigen, daß lokale Hörfunkprogramme von den Hörern angenommen werden. Mit der neuen Frequenzuteilung im 100- bis 104-MHz-Band auf UKW und der Teilverkabelung von Wohnbezirken in Ballungsgebieten wird lokaler Hörfunk technisch bald realisiert sein. Um sicherzustellen, daß die neuen Übertragungsmöglichkeiten nicht kommerziell vereinnahmt werden, fordert der Landesparteitag die Landtagsfraktion auf, neben dem Dortmund-Kabelpilotprojekt auch in anderen Städten des Landes Versuche mit lokalem Hörfunk zu veranstalten. In diesen Versuchen können verschiedene Organisations- und Rechtsformen von lokalen Rundfunkanstalten erprobt werden: lokaler Rundfunk als gemeinnütziges Stiftungsmodell, als

gemeinnütziger Verein, als Gruppenfunk ähnlich wie in Holland oder als öffentlich-rechtlicher Rundfunk wie die Landesrundfunkanstalt WDR. Mit dem Versuch sollten auch verschiedene Finanzierungsmodelle erprobt werden, z.B. durch Gebühren, Spenden, Selbstfinanzierung etc.

Es muß jedoch sichergestellt sein, daß der lokale Hörfunk nicht aus Werbung finanziert wird. Der Werbeanteil bei den Einnahmen darf nicht mehr als 15% betragen. Die lokalen Rundfunksender müssen wirtschaftlich und publizistisch unabhängig von örtlichen und überörtlichen Zeitungs- und Medienverlagen bleiben. Die lokalen Sender geben sich einen Programmauftrag, der sich am Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten orientiert.

Ob ein binnenplurales oder ein außenplurales Modell gewählt wird, es muß in jedem Fall verhindert werden, daß eine Gruppe eine andere personalpolitisch oder programmpolitisch dominieren kann. Es sind Formen zu erproben, nach denen Bürger Programme selbst gestalten können. Das Mitspracherecht von Bürgern und das Mitbestimmungsrecht von Redakteuren sind zu sichern.

Bei der anstehenden Novellierung des WDR-Gesetzes sind lokale nicht-kommerzielle Rundfunkanstalten vorzusehen.

Antrag Nr.: G 2

Antragsteller: OV Derendorf-Golzheim

Betreff:
Novellierung des Landespresseggesetzes

Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Landespresseggesetzes von 1966 durchzuführen.

Schwerpunkte der Novellierung sollten sein:

1. Offenlegungspflicht

Der Verleger eines periodischen Druckes muß in regelmäßigen Zeitabschnitten im Druckwerk offenlegen, wer am Unternehmen oder in abhängigen/beherrschenden Unternehmen wirtschaftlich beteiligt ist, und zwar bei Tageszeitungen in der ersten Nummer jedes Kalendervierteljahres, bei anderen periodischen Druckschriften in der ersten Nummer jedes Kalenderjahres. Änderungen sind unverzüglich zu veröffentlichen.

Aus diesen Offenlegungen muß auch die Art der Beteiligung an anderen Presseerzeugnissen hervorgehen. Vor allem die zunehmende Konzentration in der Presselandschaft, die Tatsache, daß manche noch "unabhängige" Zeitung längst wirtschaftlich und damit auch weithin inhaltlich abhängig geworden ist, macht jedoch eine solche Regelung zwingend notwendig, um zumindest die tatsächliche Verzahnung und fortschreitende Monopolisierung sichtbar zu machen.

2. Journalisten sind keine Textverarbeiter

Journalisten dürfen nicht zur Texteingabe in den Satzrechner eingesetzt werden. Textverfassung und -verarbeitung zum Zwecke der Satzherstellung ist ausschließlich Fachkräften der Druckindustrie vorzubehalten. - Von außen kommender Text, insbesondere Agenturmaterial, darf nicht unter Umgehung der Redaktion in Satz gegeben werden. Kein Journalist darf verpflichtet werden, von außen kommendes Material unverändert zum Satz freizugeben. In der Praxis ist dies keineswegs nur ein sozialpolitischer Grundsatz. Hier geht es auch schon um die Verteidigung der Pressefreiheit, insofern es um die Wahrung der Unabhängigkeit und Verantwortung des Journalisten und Redakteurs geht.

3. Grundsätzliche publizistische Haltung

Die "grundsätzliche publizistische Haltung" eines Presseerzeugnisses ist, auf allgemeine Grundsätze beschränkt, schriftlich festzulegen und der Redaktionsausschuß dazu zu hören. Sie ist Bestandteil des Arbeitsvertrages der Journalisten und ist in dem Presseerzeugnis an hervorragender Stelle zu veröffentli-

chen. Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Redaktionsversammlung. Tritt eine Änderung ein, haben Redakteure das Recht, das Arbeitsverhältnis wegen Unzumutbarkeit zu lösen, wobei eine entsprechende Abfindung zu zahlen ist. Bei dieser Regelung geht es darum, daß die grundsätzliche Haltung offen dargelegt und klar umrissen wird und nicht hinter Floskeln wie "unabhängig" vernebelt werden kann.

Jede Änderung der grundsätzlichen publizistischen Haltung ist unverzüglich zu veröffentlichen und zu begründen.

4. Mitbestimmung verankern

Alle gesetzlichen Regelungen können nicht funktionieren, wenn sie nicht konkret am Arbeitsplatz in die Praxis umgesetzt werden können. Nur ein fest verankertes Mitbestimmungsrecht der Kollegen in den Betrieben kann die innere Pressefreiheit garantieren. Deshalb soll eine demokratische Redaktionsverfassung Bestandteil des Landespressegesetzes NRW sein.

Organe der Redaktion sind die Redaktionsversammlung, der Redaktionsausschuß (bzw. der Redaktionssprecher) und der Chefredakteur.

Der Redaktionsversammlung gehören alle hauptberuflichen Journalisten an, die überwiegend für das Publikationsorgan tätig sind, sowie Volontäre.

Wichtig ist,

1) daß der Betriebsrat in dem Redaktionsausschuß Sitz und Stimme hat,

2) daß der Redaktionsausschuß Einblick in die wirtschaftliche Lage hat,

3) daß die Berufung und Abberufung von Chefredakteur und Ressortleitern nur mit Zustimmung des Redaktionsausschusses möglich ist.

In den letzten Wochen ist deutlich geworden, daß Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte der Journalisten gestärkt werden müssen.

Mit einem neuen Pressegesetz wird auch ein Beispiel für kostenlose Reformpolitik gegeben, zumal es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die "Innere Pressefreiheit" über Redaktionsstatute oder Tarifverträge abzusichern.

Antrag Nr.: G 3

Antragsteller: OV Bielefeld-Kupferhammer

Betreff:
Landespressegesetz

Die verantwortlichen Sozialdemokraten im Landtag und in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, unverzüglich eine Novellierung des Landespressegesetzes vorzunehmen mit dem Ziel, die "Innere Pressefreiheit" zu sichern. Bei der Erarbeitung einer solchen Gesetzesnovelle ist zu prüfen, inwieweit die Novellierungsvorschläge der Journalistengewerkschaften (Rheinisch-Westfälischer Journalistenverband/RWJV und Deutsche Journalistenunion/dju) Eingang in ein künftiges Landespressegesetz finden können.

Begründung:

Nachdem die sozialliberale Koalition in Bonn während ihrer 13jährigen Regierungszeit offenbar aus Rücksichtnahme vor den Verlegern kein Bundespresserechtsrahmengesetz verabschiedet oder auch nur vorgelegt hat, ist unter den veränderten politischen Konstellationen überhaupt nicht mehr zu erwarten, daß ein solches Gesetz zur Absicherung der "Innere Pressefreiheit" zustande kommt. Pressefreiheit darf aber nicht bloße Verlegerfreiheit sein, soll die Presse die ihr in einer Demokratie zukommenden Aufgaben erfüllen können. Es ist daher notwendig, die Unabhängigkeit der Redaktionen gegen Eingriffe zu sichern, die dieser Unabhängigkeit von wirtschaftlichen oder privaten Interessen drohen.

Antrag Nr.: G 4

Antragsteller: Bezirk Ostwestfalen-Lippe
und
UB Herford

Betreff:

Novellierung des Landespressegesetzes

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Landespressegesetzes mit dem Ziel zu verabschieden, die "Innere Pressefreiheit" zu stärken. Grundlage einer solchen Novellierung sollen die Vorstellungen der IG Druck und Papier und des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) sein, die in einem Gesetzentwurf bereits vorliegen. Unverzichtbare Forderungen sind:

- Wahl von Redaktionsvertretungen, die die publizistischen Interessen der Redaktionen wahrnehmen (Aufstellung von Redaktionsetats und Stellenplänen für die Redaktion, Mitbestimmung bei der Wahl des Chefredakteurs bzw. bei seiner Entlassung, Mitbestimmung bei personellen Änderungen in der Redaktion),
- kein Redakteur darf entgegen seiner journalistischen Verantwortung zur Veröffentlichung von Informationen bzw. zum Unterlassen von Veröffentlichungen gezwungen werden,
- die publizistische Haltung darf nicht ohne Zustimmung einer Mehrheit der Redaktionsversammlung verändert werden,
- die Eigentumsverhältnisse bei den periodisch erscheinenden Druckwerken müssen in regelmäßigen Abständen offengelegt werden.

Begründung:

Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung frei veröffentlichen zu können. Dies geflügelte Wort ist immer weniger gültig: Die Konzentration im Pressewesen hat die Zahl der "Herren über die veröffentlichte Meinung" im letzten Jahrzehnt noch weiter eingeschränkt. Wenige Medienkonzerne (Springer, Bauer, Burda usw.) beherrschen den Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt. Jetzt wollen sie, massiv unterstützt von der neuen Kohl/Genscher/Zimmermann-Regierung, auch Rundfunk und Fernsehen unter ihre Kontrolle bekommen. Die Verkabelung der Republik soll massiv vorangetrieben werden, damit die Medienkonzerne dem öffentlich-

rechtlichen Rundfunksystem durch
privates Fernsehen den Garaus ma-
chen können.

Von Mitbestimmung der Redakteure in
den "alten Medien" ist dabei längst
nicht mehr die Rede. Die Forderung
nach einer Novellierung der Landes-
pressegesetze steht seit mehr als
einem Jahrzehnt im Raum. Die Bundes-
kanzler Brandt und Schmidt haben in
ihren Regierungserklärungen 1969
bzw. 1974 die Notwendigkeit der Re-
form betont, ihre Zusagen jedoch
nicht eingehalten. Gleichzeitig
ging die Konzentration munter wei-
ter, die Anzahl der Übergriffe auf
die Arbeit der Redaktionen nahm im-
mer weiter zu.

Die sozialdemokratische Landesregie-
rung muß die Chance nutzen und das
Thema jetzt endlich anfassen, um so
mehr, als dieses eine Reform ist,
die kein Geld kostet.

Überweisung an die nordrhein-westfä-
lische Landesregierung mit der Bit-
te um Überprüfung:

Initiativantrag: 5

Betreff:

Zwangsräumung gegen die iranischen
Studenten

Die Landesregierung Nordrhein-West-
falen wird aufgefordert, die anste-
henden Zwangsräumungen gegen die
iranischen Studenten in den Studen-
tenwohnheimen des Studentenwerkes
Münster zu verhindern.

13. Wahlen

Alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt und nahmen die Wahl an.

Stimmergebnisse



a) für die Wahlen des Landesvorsitzenden Johannes Rau

abgegebene Stimmen 307,
davon 285 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

b) für die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden



Antje Huber

abgegebene Stimmen 297,
davon 259 Ja-Stimmen
33 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen



Christoph Zöpel

abgegebene Stimmen 297, davon
234 Ja-Stimmen,
46 Nein-Stimmen
16 Enthaltungen

c) der Beisitzer

abgegebene Stimmen: 296, davon
1 ungültige

F.-J. Antwerpes	215,
F.-J. Beucher	230,
Friedhelm Farthmann	240,
Reinhard Grätz	239,
Helmut Hellwig	245,
Waltraud Hessedenz	252,
Werner Kuhlmann	233,
Rainer Maedge	239,
Horst Niggemeier	196,
Diether Posser	272,
Helga Schmedt	249,
Hans Schwier	249,
Hilmar Selle	213,
Gerd Wendzinski	230,
Fritz Ziegler	229,

d) der Mitglieder der Landeskontrollkommission

abgegebene Stimmen 280, davon

Klaus Bobisch	274,
Ferdi Franke	280,
Jörg Grahl	276,
Wilfried Mittelberg	280,
Rainer Verhoeven	279,

e) eines Mitgliedes für den Parteirat

Christoph Zöpel

abgegebene Stimmen 237, davon
195 Ja-Stimmen
31 Nein-"
11 Enthalt.

Am Nachmittag nahm der Parteivor- sitzende Willy Brandt Gelegenheit, zu den Anwesenden zu sprechen.



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde!

Ich habe mich über die Einladung zu diesem Landesparteitag gefreut und habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, was heute vormittag Johannes Rau und nach der Mittagspause Karl Josef Denzer gesagt haben.

Ich möchte vor allem auch Johannes Rau und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Antje Huber und Christoph Zöpel meinen herzlichen Glückwunsch sagen und weitere gute Zusammenarbeit wünschen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich hoffe, daß uns allen miteinander bewußt ist, was noch einmal von Nordrhein-Westfalen und was noch einmal von den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten abhängt: für das Land selbst, für die Bundesrepublik im ganzen, aber eben auch sehr speziell für den weiteren Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Für uns alle, und ich sage das für die

vielen in unserer Partei außerhalb der Landesgrenzen, ist es von gewaltiger Bedeutung, daß das größte Bundesland ein nicht überzogenes, aber klares sozialdemokratisches Kontrastprogramm zu entwickeln und zu vertreten versteht und das Gegengewicht bilden kann zu den konservativen Kräften, die jetzt in Bonn das Sagen haben.

Deshalb liegt mir so viel daran, daß von diesem Landesparteitag - ein gutes Vierteljahr nach dem 6. März - eine klare Botschaft ausgeht, in der es erstens heißt: Wir denken nicht daran, uns auf den absteigenden Ast zu setzen, und zweitens: Wir wollen hart daran arbeiten, uns in unserer Verantwortung zu behaupten und als führende politische Kraft zu bewähren in den Kommunen, im Land und in den gesellschaftlichen Organisationen, auch wieder in Bonn.

Aber es ist ja keinem von uns entgangen, daß es nach dem 6. März nicht nur Enttäuschung gegeben hat. Das war ganz verständlich. Aber es hat auch Unruhe und es hat in einigen Regionen, in einigen Bereichen die Gefahr einer zeitweisen Lähmung gegeben. Heute komme ich zu dem Ergebnis, daß wir überwiegend die Frustration nicht mit uns herumschleppen, sondern daß es nicht fehlt an Anzeichen nicht nur neuen Nachdenkens, sondern auch neuer Aktivität.

Da sind viele Unbekannte in der Rechnung, die erst noch neu aufzumachen ist. Ich weiß, daß man von "denen da oben" eine ganze Menge erwartet und zumindest erwarten kann, daß sie verständliche Unruhe produktiv zu machen verstehen. Der Parteivorstand ist bemüht, dazu seinen Beitrag zu leisten. Die Bundestagsfraktion hat mit ihrer Arbeit unter veränderten Bedingungen gut begonnen, aber es bleibt dem viel hinzuzufügen.

Eine wesentliche Voraussetzung für das, was jetzt vor uns liegt, ist, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, daß wir anderen nicht den Gefallen tun, uns zu zerstreiten. Daß wir auch aufpassen, uns nicht über Gebühr mit uns selbst zu befassen, sondern uns den politischen Gegner vornehmen.

Sozialdemokraten kennen in ihrer ganzen Geschichte nicht nur Harmonie. Doch gebietet es ihnen, uns also, aus Tradition und Pflicht die jeweilige Diskussion auf die Sache zu konzentrieren, sich an den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen zu orientieren und sich solidarisch an die Beschlüsse der Partei zu

halten, solange die Partei nicht jeweils neu beschlossen hat. Nicht der oder die hilft der Partei, der oder die viel über sie - über die Partei - redet, sondern der möglichst viel für sie tut und dabei sachliche und menschliche Widersprüche nicht aufbläht, sondern um einen Ausgleich bemüht ist.

Was wir von Funktionären in den Ortsvereinen erwarten, das müssen wir als Maßstab für uns selbst gelten lassen, zumal, wenn wir herausgehobene Verantwortung tragen. Die Konservativen in den Zeitungen und in den sonstigen Medien malen sich eine SPD, wie sie sie gerne haben möchte. Bloß: Die das jetzt schreiben, waren auch früher gegen uns, als wir angeblich schon einmal besser waren. Fallt hierauf nicht herein, sondern erinnert Euch an das, womit der alte Bebel recht behalten hat: Wenn der Gegner die Sozialdemokraten lobt, dann müssen sie sich fragen, was sie falsch gemacht haben!

Der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Johannes Rau, zugleich stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpartei, hat hier eindrucksvoll Vertrauen entgegennehmen können. Er wird noch viel Solidarität nötig haben, wenn ich mir ausrechne, was auf uns miteinander und gerade auch auf ihn, auf Euch im Lande zukommt. Nun weiß ich, daß es Situationen gibt, in denen man es als Gewissensfrage empfinden kann, ob man einer bestimmten Aufgabe weiter verbunden bleibt oder nicht. Und ich versage niemandem den Respekt, Hans Otto Bäumler schon gar nicht, der sich unter den von ihm empfundenen Umständen dazu entscheidet, für eine Weile beiseite zu gehen. Aber dann, und das gilt nicht nur für eine Person speziell, sondern ganz allgemein: dann bitte so, daß man den Genossen und Kollegen die Arbeit nicht schwerer macht als sie ohnehin ist.

Die Geschichte unserer Partei zeigt, daß nur erneutes Aufeinanderzugehen weiterführt. Und wenn ich diese persönliche Bemerkung machen darf: mir ist manche Entscheidung der letzten Jahre auch nicht immer leicht gefallen. Aber ich habe es für notwendig gehalten, den Bundeskanzler zu stützen, weil ich meine, daß wir den deutschen Einfluß auf Ost und West nicht aus der Hand geben dürfen, wenn sich das irgendwie vermeiden läßt.

Ich habe mich manchmal darüber gewundert, daß einige dachten, sie müßten mir Nachhilfeunterricht darin erteilen, wie man Wahlen gewinnt. Das hatten wir schon hinter uns. Ich habe das dann her-

untergeschluckt und sage jedem, den es angeht: Nehmt Euch nicht wichtiger als Ihr seid. Die Bewegung ist alles, der Eigensinn ist nichts.



Da lächeln einige, weil sie glauben, daß ich bei Eduard Bernstein eine Anleihe gemacht habe, aber das ist doch eben eine deutliche Abwandlung von dem, was er über Bewegung und Ziel gesagt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, es klang ja schon an und eigentlich wissen wir es alle miteinander, daß doch ziemlich viele Bürger, darunter auch solche, die uns schon einmal gewählt hatten, sich unter dem Eindruck der Krise an die ihnen vermittelte Hoffnung vom Aufschwung geklammert hatten. Aber wenn da der versprochene Aufschwung nicht kommen wird, wird die Desillusionierung folgen - bei manchen schon im Winter oder im nächsten Frühjahr, aber sie wird uns nicht automatisch zugute kommen. Sondern es bedarf einer harten Arbeit an uns selbst, was die Inhalte und was die Rückgewinnung von Vertrauen angeht, um diese Desillusionierung in vernünftige Bahnen zu lenken und sie konstruktiv auszuwerten.



Da habe ich eine Bitte oder einen Rat-schlag, wie Ihr wollt: Diejenigen, die die Hoffnung vom Aufschwung geweckt haben, sind auch die, die immer noch re-

den von den schrecklichen 70er Jahren, die nun endlich hinter ihnen und dem Volk liegen. Und darauf dürfen wir Sozialdemokraten meiner Überzeugung nach nicht zu defensiv reagieren.

Natürlich haben wir auch nicht immer alles richtig gemacht, aber wir haben eine Menge - gerade was das Jahrzehnt angeht, die 70er Jahre in Bund und Land - erreicht, worauf wir uns selbstbewußt berufen, woran wir anknüpfen können.

Eine wichtige Aufgabe in Bund und Land und dann auch in den europäischen Zusammenhängen, die uns mit Blick auf die Europawahl im nächsten Juni beschäftigen wird, ist: Wie gelingt es uns, die neuen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Perspektiven zu entwickeln, die sich aus den veränderten Bedingungen ableiten?

Fraktion und Vorstand sind an der Arbeit. Der ordentliche Parteitag im nächsten Mai muß dazu schon Wesentliches zu sagen haben. Die Europawahl muß durch die Beschäftigungspolitik stark mitgeprägt sein. Ich habe das Gefühl, daß dies nicht allein Gremienarbeit bleiben kann, sondern daß wir in den nächsten Jahren allen fortschrittlichen Sachverständigen mobilisieren müssen, den es in diesem Lande gibt. Also nicht nur in unseren Vorständen und in unseren Fachausschüssen, sondern als Einladung von vielen Menschen aus vielen Feldern des öffentlichen Lebens, daß wir sie bitten - egal ob sie in der Partei sind oder nicht -, mit uns nachzudenken und mit uns die Probleme in den Griff zu bekommen trachten, die wir in den vor uns liegenden Jahren meistern müssen.

Ich will gern noch, ohne dies hier zu lange werden zu lassen, ein Wort sagen. Nicht zur Umweltproblematik, denn dazu ist Wichtiges bereits gesagt worden. Einige von uns haben sich mit diesem Thema auch schon beschäftigt, bevor wir wußten, daß es einen Begriff geben würde, der Ökologie heißt. Wir dachten vor 25 Jahren, es gehe primär darum, eine neue große Bedrohung der Volksgesundheit durch die Verschmutzung der Luft und des Wassers abzuwenden. Damit fing alles an. Wir haben eine Menge, woran wir anknüpfen können.

Ich will das in diesem Augenblick nicht noch einmal durchbuchstabieren, sondern ich möchte eine Bemerkung machen zu dem, was uns nun in den kommenden Monaten begleitet und was sich vernünftigerweise der nordrhein-westfälische Landesverband nicht auf diesem Parteitag vornimmt, weil es auf einem Parteitag nach der Sommerpause behandelt

wird. Ich begrüße es, daß Ihr Euch an den Terminplan haltet, auf den wir uns in der Gesamtpartei aus guten Gründen verständigt haben. Aber es bleibt ohne jeden Zweifel von großer Bedeutung, daß wir neben dem, wovon die Rede war, immer den Zusammenhang sehen zwischen den zwei großen Aufgaben, die uns jetzt nicht mehr verlassen werden: nämlich Arbeit und Frieden, Frieden und Arbeit.

Wir müssen, so wie es Johannes Rau heute früh hat anklingen lassen, erkennen, daß uns die Notwendigkeit, für eine menschenachtende Politik einzutreten, kaum von anderen abgenommen wird. Im Gegenteil. Wir müssen noch einmal deutlich machen: Solange Menschen verhungern und geschunden werden, solange eine Gewerkschaftsbewegung isoliert wird wie in Polen oder Gewerkschafter in Gefängnisse geworfen werden wie in Chile, solange sind über unsere heimischen Probleme hinaus noch sehr viel Fortschritt und öffentliches Bewußtsein nötig, die geweckt werden müssen, ist gesellschaftlicher Einfluß unverzichtbar, der dafür eingesetzt werden kann.



Ich bedanke mich für die Kampagne, die der nordrhein-westfälische Landesverband zugunsten der Rückkehr von Demokratie in Chile und zugunsten der Verteidigung der sandinistischen Revolution in Nicaragua eingeleitet hat. Und ich füge hinzu: man darf nicht über Afghanistan schreien und zu Mittelamerika komplizenhaft den Mund halten.

Wer zum Terror in der Türkei schweigt, schwächt einen Prozeß gegen Menschenrechtsverletzungen in kommunistischen Staaten. Es ist einfach schrecklich, was es jetzt wieder an Verwirrungen in der deutschen Außenpolitik geben wird. Die Regierung Kohl hat zunächst den Begriff der Kontinuität und Berechenbarkeit übernommen, als wenn sie das innerlich wörtlich meinte, was ja dann auch bedeuten würde, daß die bisherige Außenpolitik eine so schlechte Erblast nicht gewesen sein kann.

Aber wir müssen leider sehen, daß das Wort mittlerweile schon nichts mehr wert ist. Ich finde es schlimm, wenn es der Bundeskanzler zuläßt, wie der Begriff der Entspannungspolitik beinahe geächtet, wie die Ostpolitik in ihrer Substanz aufs Spiel gesetzt wird. Hier ist in hohem Maße Wachsamkeit geboten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Art und Weise, in der versucht wird, schmerzlich begrabene Illusionen auf unserer Seite wieder zu erwecken und damit alte Befürchtungen auf polnischer Seite zu beleben, ist unverantwortlich. Es ist heuchlerisch, wenn man bedenkt, daß andere - nämlich solche von der Union - zur selben Stunde dem Papst und den um nationale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Souveränität ringenden polnischen Nachbarn ihre Sympathie bekunden, weil sie nicht bedenken, und das muß man ihnen dann sagen, daß Verstehen und langsam wachsendes neues Vertrauen gerade im Verhältnis zu Polen schwer zu gewinnen wären. Ich denke, daß es viele in unserem Lande gibt, die nicht wollen, daß dies leichtfertig verspielt wird. Deshalb dürfen wir das nicht durchgehen lassen. Wir dürfen auch Kohl nicht durchkommen lassen mit seiner jovialen Dickfälligkeit, die er in der Vergangenheit gezeigt hat. Illusionen sind nicht am Platz, aber die gefährlichsten Illusionisten sind heute jene, die unter Berufung auf ihren vermeintlichen Realismus das Spiel mit dem Wettrüsten einfach weiterlaufen lassen. Demgegenüber ist eine neue Art von Realismus durchzusetzen, einer, der die Sorgen der Menschen und die Verantwortung gegenüber dem eigenen Erbe und der gemeinsamen Zukunft gleichermaßen ernstnimmt. Dafür lohnt es sich dann, über unsere Reihen hinaus möglichst viele derer zusammenzuführen und aufzubieten, die guten Willens sind.

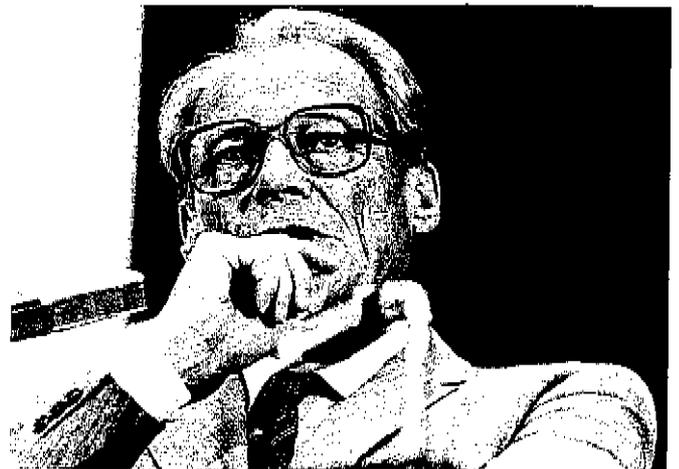
Wir stehen vor einem schwierigen Herbst. Wir müssen weiter darauf drängen, daß die Mächtigen dieser Welt und zumal die, die beide nuklearen Weltmächte vertreten, miteinander sprechen und verhandeln - in Genf und anderswo, aber gerade in Genf. Auf hoher Ebene zu schweigen, dient nicht dem Frieden und also auch nicht den deutschen Interessen:

Ich bin dafür, den Druck auf die Verhandlungsführer in Genf nicht aufzugeben, das heißt: die Verhandlungen nicht abzuschreiben. Daraus ergibt sich logisch unser Vorschlag, in welchem Zeitrythmus wir uns mit den schwierigen Fragen befassen, die jetzt anstehen.

Es kann gar nicht genug Menschen geben, die ihre Sorge zum Ausdruck bringen über den Wahnsinn des Wettrüstens. Aber wir müssen auf sie einwirken, wo wir es können, daß sie es gewaltfrei tun, weil sonst das Gegenteil dessen bewirkt wird, was sicher vernünftige Leute - ob sie in der Sozialdemokratie oder in der Friedensbewegung sind - vorgenommen haben.

Ich höre, daß es in Krefeld neben 15.000 friedlich Demonstrierenden und zu deren Leidwesen 300 Gewalttäter gegeben hat, die dort hingereist sind und aus deren Auseinandersetzungen mit der Polizei, Angriffen auf die Polizei sich eine Bilanz mit Verletzten ergibt, leider auch einen Vorfall, wobei der Vizepräsident eines wichtigen, mit uns verbündeten Landes mit Steinen beworfen worden ist.

Wir haben so etwas schon einmal vor zehn Jahren in anderen Zusammenhängen erlebt.



Bei allem, was die gegenwärtige amerikanische Regierung von meiner Auffassung trennt und meine von ihrer, entschuldige ich mich für die deutschen Sozialdemokraten für die, die unser Land in Veruruf bringen. Bei dieser Gelegenheit, und bitte, behaltet das dann auch in Eurer Erinnerung, muß ich aber auch sagen, daß vieles bisher deshalb besser gelaufen ist, als es hätte laufen können - ich denke dabei an die Jahre 1981 und 1982 -, weil es einen vernünftigen nordrhein-westfälischen Innenminister gibt. Dann darf man vielleicht auch einmal bei einer solchen Gelegenheit Dankeschön sagen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, achtet mit darauf, daß aus der verständlichen Sorge über das atomare Wettrüsten nicht eine sachlich völlig unangebrachte Gegnerschaft zwischen Volk und Bundeswehr entsteht, denn es wäre eine

absolut falsche Vermischung von Gegenständen und eine Rückentwicklung auf einem Gebiet, auf dem wir sie nicht gebrauchen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, Günter Samtlebe hat in seinem neuen Amt als Präsident des Deutschen Städtetages gesagt, daß wir die Gemeinden, deren Bedeutung wir neu hervorheben, nicht überfordern sollen. Das ist wahr. Wenn wir sagen, daß wir in weiten Teilen der Bundesrepublik von unten neu aufbauen wollen, dann bedeutet das zuerst die Stärkung der Ortsvereine und das Erfassen der neuen Bedingungen, unter denen sie arbeiten, und dann heißt das zum zweiten: Verstärkung der eigentlichen Kommunalpolitik.

Ich bin Johannes Rau dankbar dafür, daß er sich zusätzlich zu allem auch bereit-erklärt hat, einen Blick auf diesen wichtigen Teil unserer Arbeit in der engeren Parteiführung mit zu werfen.

Wir haben ihm viel aufgebürdet: Ministerpräsident des größten Bundeslandes, Landesvorsitzender, stellvertretender Bundesvorsitzender. Dabei ist klar: Johannes Rau kann diese drei gewichtigen Aufgaben gar nicht besser erfüllen als durch die unumstrittene Behauptung der sozialdemokratischen Führungsposition in Nordrhein-Westfalen. Dazu braucht er unser aller Unterstützung, die wir ihm auch hoffentlich heute nicht nur durch das Ankreuzen auf dem Stimmzettel gegeben haben.

Wir haben in den vergangenen Jahren insgesamt schwere Einbußen hinnehmen müssen, und zwar ganz besonders in den letzten beiden Jahren aus Gründen, die eher in Bonn oder in der Welt als vor Ort zu suchen waren. Wir haben jetzt eine schwere Wegstrecke vor uns. Aber wir haben auch Kapital, mit dem wir wuchern können. Das haben wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen und wiederum nicht zuletzt in den Städten und Gemeinden. Es gilt, Kommunal- und Landespolitik gleichermaßen ernstzunehmen. Und es geht darum, unsere Kräfte neu zu bündeln, unsere Positionen auszubauen, hart an den Inhalten, auch wo es um die neuen Probleme geht, zu arbeiten.

Wenn wir das tun, liebe Genossinnen und Genossen, dann schaffen wir den Wiederaufstieg der deutschen Sozialdemokratie. Ich bin allen dankbar, die daran arbeiten, und ich bin sicher, daß wir es schaffen können.

14. Schlußwort

Johannes Rau

Liebe Genossinnen und Genossen,

es geht bei Parteitag so, daß die, die geduldig ausgeharrt haben, auch noch ein Schlußwort hören müssen. Wie lang der Marsch durch die Institutionen ist, das können wir daran erkennen, daß das Motto: samstags gehört Vati mir schon zwanzig Jahre alt ist und wir doch noch samstags in einer Halle sitzen, wenngleich ich zu dieser Halle große Sympathien habe, und einige können sich das denken. Mir hat gerade jemand gesagt, ob ich nicht die fünfzehn Gegenstimmen und die sieben Enthaltungen in den Nebenraum bitten wollte. Das will ich nicht. Ich will auch jetzt nicht versuchen, was man gelegentlich tut, noch einen Appell auszusprechen. Sondern ich meine, daß wir uns darüber freuen sollten, daß jetzt noch gesungen wird. Wir sollten alle mitsingen, wenn jetzt die Falken "Wann wir schreiten Seit' an Seit'" anstimmen. Da will ich Euch noch sagen, was die wenigsten wissen, daß dies ein ganz altes Lied der Arbeiterbewegung und der Jugendbewegung ist und von Hermann Claudius als Liebeslied geschrieben wurde. Das war ursprünglich nicht politisch gemeint. Wir sollten es aber politisch meinen und wir sollten es singen für all diejenigen, die an diesem Tage und vor diesem Tage so gearbeitet haben, daß dieser Parteitag ohne Reibung verlaufen konnte: die Schreibkräfte und die ehrenamtli-

chen Helferinnen und Helfer aus dem Unterbezirksbüro Duisburg, dem Landesbüro. Wir sollten dankbar dafür sein - und das werdet Ihr den Papieren entnommen haben und nicht nur den Papieren, daß wir im Landesbüro eine so aktive und kreative Mannschaft haben unter Bodo Hombach, dem ich hier ganz besonders danken möchte für alles, was er unter meinem Namen und zum Teil mit meiner Billigung veröffentlicht.

Diejenigen, die jetzt Urlaub machen, sollten in einigen Punkten mal abschalten. Ihr könnt über vieles nachdenken, aber die Namen, die Euch dabei einfallen, dürft Ihr wirklich nur mir schreiben, weil ich die Zeitungen nicht alle lesen kann, in denen mir Vorschläge gemacht werden.

Ich danke der Antragskommission, dem Präsidium, den Delegierten.

Wir freuen uns über diesen Parteitag und wir wollen ein kleines bißchen von dem, was wir gehört, gesagt und erarbeitet haben, so in die Orstvereine und in die Nachbarschaft mitnehmen, daß daraus Ermutigung entsteht. Wenn die Menschen dies spüren, haben wir viel erreicht.

Kommt gut heim. Der Parteitag ist geschlossen.

Zum Abschluß des Parteitages sangen die Anwesenden gemeinsam mit der Falkengruppe "Wann wir schreiten Seit' an Seit'" und "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

SPD. NRW
DEUTLICHER LANDESPARTEITAG.

